

THEMEN DES MONATS

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Unternehmen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Ehrenamt	29
Preise & Ausschreibungen	29

SERVICE

Rezensionen	31
Internet	34
Neu erschienen	34
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Bundesweites Kindergartenprojekt	

Gentechnik

Rumoren im Gentech-Sumpf

Die EU-Kommission will Gentechnikpflanzen durchsetzen – die meisten Mitgliedstaaten sind dagegen

Seite 2

Wirtschaftspolitik

Die Sorglos-Ökonomie in der Falle

Der Umgang mit der Finanzkrise offenbart die blinden Flecken unserer Wirtschaftsweise

Seite 4

Industrieemissionen

Regeln für Schornsteine

Vergibt Europa eine Chance, Schadstoffe an der Quelle zu vermeiden?

Seite 5

Erneuerbare Energien

Es entscheidet der Markt

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bietet neues Potenzial für die Branche

Seite 8

Interview: Biolebensmittel

„Wir sind nicht die Polizei“

Die Ökokontrollstellen sollen schwarze Schafe in der boomenden Biobranche erkennen

Seite 19

THEMENHEFT

Europawahl

Beilage

Gentechnik

Rumoren im europäischen Gentech-Sumpf

Die EU-Kommission will Gentechnikpflanzen durchsetzen – die meisten Mitgliedstaaten sind dagegen

Die Europäische Kommission hat einen neuen Anlauf zur Durchsetzung des Gentechnikanbaus in der EU gestartet. Im März stimmten allerdings gleich 22 der 27 EU-Umweltminister gegen sie. Auch in Berlin gibt es Streit zwischen den Ressorts. Die Gentechnikindustrie setzt unterdessen auf eine schleichende Verbreitung ihrer Produkte. Noch im Frühjahr fallen in Brüssel weitere wichtige Entscheidungen. ■ VON BENEDIKT HAERLIN, ZUKUNFTSSTIFTUNG LANDWIRTSCHAFT

Nach einer längeren Ruhephase ist in Brüssel der Kampf um die Gentechnik neu entbrannt. Die Gentechnikindustrie nehme einen neuen Anlauf, endlich ihre Produkte auch in Europa durchzusetzen, meldete vor ein paar Wochen die New York Times hoffnungsfroh. Der Widerstand habe abgenommen und die Chancen stünden nicht schlecht für die Zulassung neuer Gentechnikmaissorten.

In Deutschland lesen wir dagegen, die bayerische Staatsregierung wolle den Freistaat zur gentechnikfreien Zone machen und Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) denke ernsthaft über ein Verbot des Gentechnikmaises Mon 810 nach. Der ohnehin lächerlich geringe Anbau der einzigen derzeit zugelassenen Gentechniksorte aus dem Hause Monsanto geht in Deutschland deutlich zurück – auf weniger als zwei Promille der Maisanbaufläche. Gleiches geschieht in Europa nach einem Verbot in Frankreich und mangels substanzieller Ausweitung im Hauptanbaubereich Spanien. Wie passt das zusammen?

Mehrheit gegen Zwangs-Anbau

Tatsächlich hat die Europäische Kommission Anfang des Jahres eine konzertierte Aktion für die Agrogentechnik gestartet: Ungarn, Österreich, Frankreich und Griechenland sollten gezwungen werden, ihre nationalen Verbote für den Anbau von Mon 810 aufzugeben. Mit zwei neuen Sorten von Bt-Mais, Syngentas Bt11 und DAS 1507 von Pioneer/DuPont, sollen erstmals seit zehn Jahren neue Gentechnikkonstrukte für den Anbau in der Gemeinschaft zugelassen werden. Und schließlich soll die seit acht Jahren schwelende Debatte um so-

genannte Grenzwerte für die gentechnische Verunreinigung herkömmlichen Saatgutes neu in Schwung gebracht werden.

CDU in der Minderheit

Das erste Vorhaben der Kommission scheiterte zur Hälfte Anfang März im Rat der Umweltminister. Mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit⁽¹⁾ lehnten 22 der 27 EU-Mitgliedstaaten die Aufhebung der nationalen Verbote in Österreich und Ungarn ab. Damit hatte man in Brüssel sichtlich nicht gerechnet. Übrigens wohl auch nicht in Berlin: Dass Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) Deutschlands entscheidende 29 Stimmen für die Beibehaltung der Verbote abgab, bezeichnete Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) tags darauf als einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen.

Grundsätzlich gilt im Bundeskabinett die Regel, sich auf EU-Ebene zu enthalten, wo keine Einigung besteht. Die vordemokratischen Regeln der EU machen freilich aus Enthaltungen de facto Ja-Stimmen für die Vorschläge der EU-Kommission. Nach dem hier angewandten sogenannten Komitologieverfahren gilt: Wenn der Ministerrat ihn nicht mit qualifizierter Mehrheit ablehnt, ist der Vorschlag der Kommission angenommen. Sämtliche Zulassungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kamen so bisher gegen die – allerdings nicht qualifizierte – Mehrheit der Stimmen der Mitgliedsländer zustande. Die erste Zulassung eines GVO im Jahre 1996 wurde sogar erteilt, obwohl nur ein einziger Mitgliedstaat dafür stimmte.

Nun bleibt abzuwarten, ob sich die CDU-Minderheit in der Regierung bei

den nächsten Abstimmungen gegen die Mehrheit von SPD und CSU doch noch durchsetzt. Wie die aktuell schweigende aber nachhaltige Freundin der Agrogentechnik, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), ihrem Kollegen Nicolas Sarkozy im Zweifelsfall erklären will, warum Deutschland zwar für die Verbote in Österreich und Ungarn, aber gegen die in Frankreich und Griechenland stimmt, wäre die Wahlkampfsorge von CSU und SPD nicht.

EU-Behörde winkt Neuzulassungen durch – mit deutscher Hilfe

Kritischer wird es bei den beiden Neuzulassungen. Auch andere EU-Regierungen wollen zwar das Selbstbestimmungsrecht der Nachbarn nicht verletzen, sind aber für die Umsetzung der gegenwärtigen Zulassungsbestimmungen: Wenn keine Gesundheits- oder Umweltschäden nachzuweisen sind, besteht ein Anspruch auf Genehmigung.

Die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit EFSA hat den beiden Sorten längst Unbedenklichkeit für Gesundheit und Umwelt bescheinigt. Das „unabhängige“ Wissenschaftlergremium, dem auch zwei streitbar gentechnikbegeisterte Vertreter des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit angehören, hat bisher alle Zulassungsanträge durchgewunken. Die Prüfungskriterien der EFSA, insbesondere in Bezug auf langfristige Risiken, wurden zwar vom Umweltministerrat im Dezember letzten Jahres kritisiert. Auch merkten die Minister zaghaft an, dass mehr koordinierte, unabhängige Risikoforschung erforderlich sei. Denn bisher werden die Anträge von den

EFSA-Experten ausschließlich auf Basis der von Monsanto, Syngenta oder Bayer vorgelegten Untersuchungen entschieden, die zudem als „Betriebsgeheimnisse“ der Einsicht durch andere Wissenschaftler und der öffentlichen Kritik weitgehend entzogen sind.

Die Umweltminister hatten schließlich in ihrer einstimmigen Entschließung betont, dass die EU-Kommission künftig, wie in den Richtlinien vorgesehen, auch sozio-ökonomische Kriterien bei der Zulassung bedenken und regionale Unterschiede nicht nur der Umweltbedingungen, sondern auch der landwirtschaftlichen Praxis verschiedener Regionen Europas beim Für und Wider des Gentechnikanbaus berücksichtigen sollte.

Umweltkommissar unter Druck gesetzt

Entschließungen sind freilich keine Gesetze. Die Vorlagen für ihre Umsetzung müssen die Kommission schreiben. Doch dort herrschen andere Mehrheitsverhältnisse. Der gentechnikkritische Umweltkommissar Stavros Dimas, der jahrelang neue Zulassungen für den Anbau verhindert hatte, wurde von der neoliberalen Technofraktion um Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der auch der deutsche Industriekommissar Günter Verheugen zuneigt, derart unter Druck gesetzt, dass er jetzt die Zulassungsempfehlungen für Bt11 und DAS 1507 unterschrieb. Vor einem Jahr noch hatte Dimas dafür plädiert, die Konstrukte zu verbieten.

Auch die Einführung von Grenzwerten für die Verunreinigung von Saatgut ist Dimas' Sache nicht. Im Jahre 2004 war seine Vorgängerin Margot Walström mit dem Vorschlag, bis zu 0,3 Prozent GVO in Maissaatgut von der bisher lückenlosen Kennzeichnungspflicht auszunehmen, am Veto des ins gentechnikkritische Italien scheidenden Kommissionspräsidenten Romano Prodi gescheitert. Dimas bezweifelte seither öffentlich, dass es derartiger Grenzwerte überhaupt bedürfe. Doch nun wird er auch hier von den Kollegen zum Jagen getragen. Noch vor der Sommerpause soll er einen Vorschlag vorlegen. Tatsächlich zeigt Österreich mit einer seit 2001 gut

Gegen Gentechnik aktiv werden

Gegen die Zulassung der neuen Gentechnik-Sorten und die Aufhebung der nationalen Gentechnik-Verbote läuft derzeit eine Unterschriftenaktion an Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Umweltminister Sigmar Gabriel.

► www.keine-gentechnik.de

Eine Initiative von hunderten Organisationen und 200.000 EinzelunterzeichnerInnen setzt sich für gentechnikfreies Saatgut ein.

► www.saveourseeds.org

Gegen den Genmaisbau wehren sich in Deutschland zahlreiche Initiativen und Organisationen – auch mit der Aktion „Bantam-Mais“, bei der samenfester Zuckermais der Sorte Golden Bantam angebaut wird, um gegen die Verunreinigung mit Gentech-Pollen zu protestieren.

► www.bantam-mais.de

Europäische Konferenz gentechnikfreier Regionen am 24. und 25. April in Luzern:

► www.gmo-free-regions.org

funktionierenden Reinheitsverordnung, wie einfach es ist, Saatgut mit geringem Aufwand gentechnikfrei zu halten. Auch die als Europäische Saatgut-Vereinigung (ESA) auftretende Gentechnikindustrie, die Grenzwerte von mindestens 0,5 Prozent fordert, beweist seit Jahren wider Willen, dass sie sich in der Praxis an die gegenwärtigen Reinheitsvorschriften halten kann.

Das Kalkül der Gentechnikindustrie

Der Gentechnikindustrie geht es wohl weniger um die Kosten und die unterschiedliche, auch ohne Grenzwerte zu harmonisierende Prüfungspraxis der Mitgliedstaaten, die sie als „Verzerrung des Binnenmarktes“ geißelt. Hinter dem Ruf nach Saatgutgrenzwerten steht ein einfacheres Kalkül: Wenn erst einmal (im Falle von 0,3 Prozent) über 300 Gentechnikpflanzen pro Hektar angebaut werden können, ohne dass der „gentechnikfreie“ Landwirt dies auch nur weiß geschweige denn verhindern kann, bekommt die Debatte um die sogenannte Koexistenz zwischen gentechnischem und gentechnikfreiem Anbau eine neue Dimension: Wer soll dann noch unterscheiden zwischen Auskreuzungen vom Nachbarfeld und hausgemachter Saatgutverunreinigung? Zudem würde „das bisschen Gentechnik“ im Saatgut auch dann zur flächendecken-

den Verbreitung der GVO sorgen, wenn sich die Bauern weiter gegen die Segnungen der Industrie resistent zeigen.

Wie stimmt Deutschland ab?

Die Regeln der EU verlangen es, dass über die Verbots- und Zulassungsanträge noch vor den Europawahlen im Juni, diesmal im Agrarministerrat, abgestimmt wird. Die Verantwortung kommt also auf Ilse Aigner zu. Im Bayernkurier stimmte sie die Parteifreunde vorsichtig ein: „Eine klare Haltung der CSU und von mir gegen den Anbau führt noch zu keiner Mehrheit auf der nationalen Ebene.“ Stimmt. Sie braucht dafür auch noch eine klare Haltung der SPD und von Sigmar Gabriel. Den Gefallen, sie in dieser Frage jetzt hängen zu lassen, wird der ihr wohl kaum tun.

Anmerkung

► (1) Qualifizierte Mehrheit: mindestens 72,2 Prozent Ja-Stimmen von der Mehrheit der Mitgliedsländer, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren.

Benedikt Haerlin arbeitet für die Zukunftsstiftung Landwirtschaft und befasst sich seit Langem mit der Agrotechnik.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 275903-09, E-Mail: haerlin@zs-l.de, www.zs-l.de



Wirtschaftspolitik

Die Sorglos-Ökonomie in der Falle

Der Umgang mit der Finanzkrise offenbart die blinden Flecken unserer Wirtschaftsweise

Die Finanzkrise gilt immer noch als Betriebsunfall eines ansonsten gut funktionierenden Wirtschaftssystems. Doch die ökologische und die wirtschaftliche Krise zeigen, dass unsere Gesellschaft auf Pump lebt. Vorsorgendes Denken und Handeln sind mehr denn je gefragt. ■ VON UTA VON WINTERFELD, AG FRAUEN IM FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Allmählich habe ich den Eindruck: Alles ist „Finanzkrise“. Oder alles ist wegen der „Finanzkrise“ in der Krise: Die Kultur, die Realwirtschaft, die Gleichberechtigung – und das Geld sowieso. Das ruft nach einer Pause. Der Prozess der Gleichberechtigung droht ins Stocken zu geraten, wenn das Geld ohne demokratische Mitsprache und ohne ernst zu nehmende soziale und ökologische Auflagen zu den Not leidenden Banken und Konzernen geleitet wird. Unter anderem deshalb, weil die prekär Beschäftigten von Krisen zuerst betroffen sind. Und das sind häufig Frauen. Die Krise ist auch eine Krise der kostenlosen Aneignung von ökonomisch nicht bewertetem sozialem und natürlichem Vermögen. Der Prozess der grenzenlosen Kreditaufnahme und des grenzenlosen Handelns mit nicht vorhandenem Geld hätte sich nicht selbst an und in den Abgrund manövrieren müssen, wenn die Finanzspekulierenden mitsamt den sie kon-

trollierenden Gremien nicht so unter sich geblieben, sondern kompetent und kritisch beaufsichtigt worden wären. Zu dieser Beaufsichtigung gehören auch Stimmen, die Erfahrungen aus der Lebenswelt einbringen können. Die „Finanzkrise“ als Unfall, als versehentliche Entgleisung zu interpretieren hieße, ihre Beschaffenheit und die ihr innewohnenden Herausforderungen zu verkennen. Was hat uns in die Krise getrieben?

Schuldenzwang und Leben auf Kredit

Die „Finanzkrise“ und die ökologische Krise haben Gemeinsamkeiten. Eine solche liegt in dem krisenauslösenden Moment, heute mehr zu verbrauchen als bis und für morgen (wieder) zur Verfügung stehen kann – das Wirtschaften und Leben auf Kosten der Zukunft. In Deutschland zeigt sich dies beispielsweise daran, dass die Beratung der mehr und mehr überschuldeten Privathaushalte zunimmt und andere Bereiche der Verbraucherberatung zurückdrängt. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Situation krasser – die ganze amerikanische Gesellschaft ist auf Kredit gebaut. Entsprechend basiert auch der Konsum größtenteils auf Krediten und die heute so genannte „Finanzkrise“ begann 2007 als Subprime- oder Immobilienkrise. Viele Menschen konnten ihre Hypothekenkredite für den Hauskauf nicht zurückzahlen, weil die Zinsen stiegen und die Konjunktur schwächelte. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die von den Banken verbrieften Derivate und weltweit gehandelten Hypothekenkredite durch die Ratingagenturen völlig falsch und viel zu hoch bewertet waren.

Was aber treibt zum Wirtschaften auf

Pump? Die Ursachen liegen zum einen in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die lange schon die eigentliche Nachfrage übertreffen würde, wenn es nicht auf allen Ebenen billige Kredite gäbe. Zum anderen setzte die dritte industrielle Revolution (der Mikroelektronik) einen Rationalisierungsprozess neuer Qualität in Gang, der Arbeitskräfte schneller überflüssig machte, als die Märkte sich ausdehnen konnten. Diese doppelte Schwäche der Nachfrageseite kann jedoch von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik kaum gelöst werden.

Wachstumszwang und Hunger nach Mehr

Eine weitere Gemeinsamkeit von „Finanzkrise“ und ökologischer Krise liegt darin, dass sie durch die Verweigerung von Begrenzung ausgelöst werden: Ökologische, ökonomische und soziale Grenzen des Wachstums werden ignoriert. Dabei ist es eine merkwürdige Logik, dass nur genug sein kann, was mehr wird. Diese Logik speist sich aus dem Knappheitspostulat und aus der Annahme der Unersättlichkeit: Für die unendlichen Bedürfnisse der Vielen ist niemals genug vorhanden. Eine solche Konstruktion ist womöglich nicht zwangsläufig. Sie entspricht allerdings dem Kapital: Geld, das Lust hat, mehr zu werden – und sich selbst nicht genügen kann. Das grenzüberschreitende Moment der „Finanzkrise“ liegt zum einen darin, dass die Ausdehnungsgrenzen der realen Güter- und Dienstleistungsmärkte durch die Schaffung spekulativer Finanzmärkte kompensiert werden sollten. Zum anderen liegt es darin, dass zur Lösung der Kaufkraftschwäche Finanzprodukte entwickelt und damit virtuelle Kaufkraft erzeugt

Geld zum Spekulieren

... oder Geld zum Leben? Die aktuelle Wirtschaftskrise beschäftigt nicht nur Umweltverbände. Die Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (genanet) veröffentlicht in loser Reihenfolge eine Serie von „Feministischen Anmerkungen zur Finanzkrise“. Die Stellungnahmen machen den Versuch, die Finanzkrise mit Umwelt- und Genderthemen zu verbinden und damit das herzustellen, was in den bisherigen Konzepten fehlt: Konsistenz.

► www.genanet.de/positionen.html

wurde. So entstand anstelle des gegenwärtig erzeugten Mehrwerts ein Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert. Damit ist die oft erwähnte Gier nicht nur und auch nicht vor allem das Problem einiger skrupelloser Akteure. Vielmehr ist sie Ausdruck eines Systems, das seine Systemgrenzen partout nicht wahrhaben will und deshalb zu den absurdesten Verrenkungen ausholt.

Ausbeutungszwang und Verkennung von Sorge

Eine dritte Gemeinsamkeit von „Finanzkrise“ und ökologischer Krise liegt in der Degradierung des Lebensnotwendigen oder des für das gute Leben Notwendigen zur Ressource. Ist eine Wirtschaftsweise auf Effizienz (mit möglichst wenig möglichst viel zu erreichen) und Gewinnmaximierung ausgerichtet, so tendiert sie dazu, sich Naturgüter und Sozialgüter als Ressourcen einzuverleiben. Diese Ressourcen sollten möglichst billig, wenn nicht kostenlos sein. Damit Werte erzeugt werden

können, muss es etwas Wertloses, etwas zu Verwertendes geben. Und für das auszubehutende „Material“, für seine Qualität und Regenerationsfähigkeit kann keinerlei Verantwortung übernommen und keinerlei Sorge getragen werden.

Genau hier setzt die feministische Kritik an und fordert, diese groteske Umkehrung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wirtschaften dient der Versorgung (providing) der breiten Bevölkerung mit dem alltäglich Notwendigen. Wirtschaften ruht auf dem Handlungsprinzip der Sorge (care). Sorgen und Fürsorgen sind Tätigkeiten, welche die Erde so erhalten, fort dauern lassen und wiederherstellen, dass Menschen so gut wie möglich auf ihr leben können.

Derzeit aber gibt es der Schweizer Ökonomin Mascha Madörin zufolge nur drei Möglichkeiten, mit sorgenden Tätigkeiten in Bereichen wie Gesundheit, Erziehung oder anderer persönlicher Dienstleistungen markante Gewinne zu erzielen:

- ▶ mit Privatkrankenhäusern und Eliteschulen für Reiche;

- ▶ durch die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen für alle anderen;
- ▶ durch nicht existenzsichernde Löhne. Daraus folgt mehr als die Eindämmung der aktuellen Finanzkrise: Es ist das Wirtschaften selbst, das von seinen Grundprinzipien her verändert und erneuert werden muss – von einem sorglosen zu einem sorgsamem Wirtschaften. In diesem bilden die bislang zumeist von Frauen bezahlt wie unbezahlt verrichteten Tätigkeiten der Sorge und Versorgung den Ausgangspunkt.

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Uta von Winterfeld ist Privatdozentin an der Freien Universität Berlin und arbeitet als Projektleiterin in der Abteilung Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen am Wuppertal Institut.



Kontakt:

Tel. +49 (0)202/ 2492-176,
E-Mail: uta.winterfeld@wupperinst.org
www.forumue.de/47.html

Industrieemissionen

Regeln für Schornsteine und Abwasserrohre

Vergibt Europa eine Chance, Schadstoffe an der Quelle zu vermeiden?

Die EU will der Industrie neue Auflagen für Emissionen machen. Da 52.000 Anlagen betroffen sind, ist die Neugestaltung der Regeln hart umkämpft. Umweltverbände fordern eine verbindliche Orientierung an der besten verfügbaren Technik, doch einige EU-Mitgliedstaaten und PolitikerInnen sträuben sich vehement. ■ VON CHRISTIAN SCHAIBLE, EEB

Ende Dezember 2007 hat die Europäische Kommission einen neuen Gesetzesvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU) vorgelegt. Eine Überarbeitung hatte sich im Rahmen der EU-Kampagne für „bessere Rechtsetzung“ als erforderlich erwiesen. Sie folgt einem zweijährigen Revisionsprozess, an dem verschiedene Interessengruppen beteiligt waren.

Der Richtlinienentwurf fasste die bestehenden Rechtsvorschriften für Indus-

trieanlagen unter einem Dach zusammen. Dies ist zum einen die IVU-Richtlinie in ihrer überarbeiteten Form, in deren Mittelpunkt das integrierte Konzept der Anwendung von sogenannten besten verfügbaren Techniken (BVT) steht. Zum anderen sind das sechs sektorbezogene Richtlinien, die Mindestanforderungen wie Betriebsauflagen und andere technische Anforderungen regeln. Zu den sechs Richtlinien gehören die Richtlinien über Titandioxid sowie über Tätigkeiten und Anlagen, bei denen organische Lösungsmittel entstehen, außerdem die politisch umstrittene Richtli-

nie über Großfeuerungsanlagen und die Abfallverbrennungsrichtlinie.

Die Neufassung der IVU-Richtlinie ist deshalb so wichtig, weil sie die Hauptursachen für Luftschadstoffe, Bodenverschmutzung, Abfall sowie Ressourcen- und Energieverbrauch an der Quelle regelt. Die IVU-Richtlinie beruht dabei auf einem einzigartigen integrierten Ansatz: Die Erkenntnis, dass Umweltbereiche und -auswirkungen nicht nur isoliert betrachtet werden dürfen, wenn Umweltschutz erfolgreich sein soll, hat hier endlich einmal Gesetzeskraft erlangt. Der neue Kommis-

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

NEU!

2009



SCHWERPUNKT

Landnutzung und Klimaschutz

Wie eine angepasste Bewirtschaftung zum Klimaschutz beitragen kann

WEITERE THEMEN

- Zur Unwirksamkeit marktbasierter Instrumente im Umweltschutz
- Die überfällige Bringschuld der Wirtschaftswissenschaften
- Evolutionäres Management für den ewigen Frühling

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

oekom@de.rhenus.com

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

sionsvorschlag hat deshalb direkten Einfluss auf Luftreinhaltung, Bodenschutz, Energieverbrauch (und damit auch Klimaschutz), Ressourcenschonung, Abfallvermeidung, Umweltmanagement, Zugang zu Umweltinformationen und öffentliche Beteiligung. Deshalb ist dieses Rechtsinstrument auch für jeden Umweltverband bedeutsam. Dementsprechend sollte dem aktuellen Revisionsprozess in Brüssel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

52.000 Großverschmutzer im Visier

Die IVU-Richtlinie betrifft mindestens 52.000 Anlagen. Ein Blick in die Datenbank des Europäischen Schadstoffemissionsregisters EPER macht deutlich, für wie viele Luft- und Wasserschadstoffe die betroffenen Industrieanlagen verantwortlich sind. Ihr Anteil beläuft sich auf 83 Prozent für Schwefeldioxid, 55 Prozent für flüchtige organische Verbindungen, 43 Prozent für Feinstaub und 34 Prozent für Stickoxide – und das sind nur die wichtigsten Luftschadstoffe. Beachtlich ist auch der Anteil der erfassten Anlagen an den Gesamtemissionen anderer Luftschadstoffe wie Ammoniak (38 Prozent), Quecksilber (23 Prozent) und Dioxine (25 Prozent). Diese Betriebe sind außerdem Hauptquellen von Wasserschadstoffen wie Phosphor, Stickstoffen und Schwermetallen sowie alleinige Emittenten der in der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfassten Schadstoffe. Die externen Kosten für die Gesellschaft werden auf mindestens 53 bis 164 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Beste verfügbare Technik oft ignoriert

Das Kernstück der IVU-Richtlinie gilt den besten verfügbaren Techniken. Die BVT beschreiben den fortschrittlichsten Entwicklungsstand der Verfahren und Methoden, die Industrieanlagen momentan anwenden können. Die Orientierung an diesen Techniken soll auf die wirksamste Weise ein allgemein hohes Schutzniveau für die Umwelt erreichen. Die BVT werden im sogenannten Sevilla-Prozess erarbeitet. Die andalusische Stadt ist Sitz der zuständigen EU-Behörde. Beim Sevilla-Prozess

sitzen IndustrievertreterInnen, Mitgliedstaaten und ExpertInnen von Umweltverbänden an einem Tisch. Sie einigen sich auf erreichbare Emissionsbandbreiten, die in BVT-Merkblättern als sogenannte assoziierte Emissionswerte festgelegt werden. Allzu oft werden diese Emissionswerte, deren Erarbeitungsprozess aus Steuermitteln finanziert wird, jedoch von den Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten schlicht ignoriert.

Ein wesentlicher Schwachpunkt liegt darin, dass die technischen BVT-Merkblätter den nationalen Genehmigungsbehörden nur als Referenzdokumente dienen und nicht bindend sind. Zudem hat das IVU-System eine wesentliche Schwachstelle, die es erlaubt, dass Genehmigungsbehörden wegen technischer Merkmale der Anlage, ihres geografischen Standorts und der lokalen Umweltbedingungen Emissionsgrenzwerte festlegen können, die die BVT-assoziierten Emissionswerte überschreiten. Diese Flexibilität stärkte ursprünglich die Akzeptanz dieses dynamischen Systems, wurde aber von vielen Mitgliedstaaten missbraucht.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), die Vertretung der in der EU tätigen Umweltverbände in Brüssel, hat den po-

Ringgen um die IVU-Richtlinie

- ▶ Vorschlag der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/ivu-vorschlag07
- ▶ Position des Europäischen Umweltbüros:
www.kurzlink.de/eeb-ippc-pos08

Dokumente des Europäischen Parlaments:

- ▶ Eingereichte Änderungsanträge:
www.kurzlink.de/ep-ippc-1lesung09
- ▶ Verabschiedeter Bericht:
www.kurzlink.de/ep-ippc-1bericht09
- ▶ Welcher Abgeordnete hat wie gestimmt?
www.kurzlink.de/ep-ippc-abst0903
(Seiten 26–84)
- ▶ Ergebnis der Abstimmung:
www.kurzlink.de/ep-abst-09-doc
- ▶ Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

litischen Prozess um den neuen Richtlinienvorschlag frühzeitig verfolgt und Änderungsvorschläge eingereicht. Diese sind im Wesentlichen in den Bericht des Umweltausschusses des EU-Parlaments aufgenommen worden. Am 10. März hat das Parlament den überarbeiteten Bericht in erster Lesung verabschiedet. Die Umweltverbände sind damit im Großen und Ganzen zufrieden, vor allem weil sie dem extremen Druck der Industrie trotzen konnten und weil mehrere für die Umwelt und die Gesundheit der europäischen BürgerInnen katastrophale Änderungsanträge abgewiesen wurden.

Ausnahmen bleiben möglich, aber unter Kontrolle der Öffentlichkeit

Das klare Grundprinzip, dass die Behörde Emissionsgrenzwerte so festlegen soll, dass BVT-assoziierte Emissionswerte nicht mehr überschritten werden können, wurde zwar aufgeweicht, jedoch sollen die Gründe und Auflagen im Falle der Gewährung von Abweichungen öffentlich zugänglich gemacht sowie die Öffentlichkeit in dem Entscheidungsfindungsprozess beteiligt werden. Die Mitgliedstaaten sollen außerdem innerhalb von vier Jahren nach Aktualisierung des betreffenden Referenzdokuments die Genehmigungsaufgaben überprüfen und gegebenenfalls auf den neuesten Stand bringen. Manche Abgeordneten hatten hier eine Aufschiebung ohne Frist verlangt. Außerdem konnten die Umweltverbände ein robustes und differenziertes Inspektionssystem mit Mindesthäufigkeiten für IVU-Anlagen durchsetzen. Auch Forderungen nach mehr Transparenz für Industrieaktivitäten und nach stärkerer Beteiligung der Öffentlichkeit in Genehmigungsverfahren waren erfolgreich.

Modernisierungsverweigerer setzen sich nicht durch

Die Vorgaben für Großfeuerungsanlagen gerieten unter extremen Druck vom Verband der Stromkonzerne und von einigen Mitgliedstaaten wie Großbritannien und den osteuropäischen Neumitgliedern, die die Orientierung an besten verfügbaren

Techniken entweder verschlafen haben oder für die sie mit großen Investitionen verbunden sind. Immerhin konnte das Schlimmste verhindert werden: Vorschläge für „zusätzliche Flexibilität“ wurden abgewiesen. Da ging es um das Aufschieben und Außerkraftsetzen von bindenden Emissionsgrenzwerten, um den Vorrang nationaler Emissionsreduktionspläne oder um einen höheren Schwellenwert für Großfeuerungsanlagen.

Außerdem sprach sich das Europäische Parlament ganz klar für eine zukünftige Ausdehnung von bindenden Emissionsgrenzwerten auf andere IVU-Sektoren aus. Momentan gibt es dieses „europäische Sicherheitsnetz“ nur für Großfeuerungs- und Müllverbrennungsanlagen, für die Tioxidindustrie sowie für Anlagen zur Herstellung flüchtiger organischer Verbindungen (VOCs). Die EU-Kommission soll nach dem Willen des Parlaments binnen eines Jahres nach Veröffentlichung eines BVT-Merkblatts anhand der auf BVT bezogenen Ergebnisse Emissionsgrenzwerte sowie Überwachungs- und Einhaltungsvorgaben für den entsprechenden Industriesektor festlegen.

Deutsche Konservative bremsen beim Wasser- und Bodenschutz

Das aber ist noch Zukunftsmusik und dieser Ansatz stößt auf Gegenwehr bei den Mitgliedstaaten (außer Deutschland, Österreich und einigen nordischen Staaten). Deshalb ist es unumgänglich, dass bis dahin das Grundprinzip – Emissionsgrenzwerte in den Genehmigungsaufgaben sollen die BVT-assoziierten Emissionswerte nicht mehr überschreiten – schnell und konsequent auf lokaler Ebene umgesetzt wird.

Leider hat das Parlament auch noch einen vom Europäischen Mineralölnindustrieverband Europa geschriebenen Änderungsantrag verabschiedet. Die Einbeziehung von weiteren Anlagen für die intensive Tierhaltung in Geflügelbetrieben wurde gestrichen und die Anwendung von BVT für die Ausbringung von Jauche und Gülle komplett aufgeweicht.

Von deutscher Seite war deutlicher politischer Druck gegen jegliche Form von

Boden- und Grundwasserschutz im neuen Vorschlag zu spüren. Diese vehemente Blockadehaltung wurde insbesondere von der Abgeordneten Anja Weisgerber (CSU) vorangetrieben. Ihre konservative EVP-Fraktion hat dazu Änderungsanträge eingereicht, die jegliche Anforderungen zur Überwachung gefährlicher Stoffe im Hinblick auf eine mögliche Boden- und Grundwasserverschmutzung auf dem Gelände der Anlage für null und nichtig erklären wollten. Dies ging so weit, dass die Konservativen auch den Grundsatz zurückwiesen, dass bei endgültiger Stilllegung einer Anlage die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen sind, um eine Verschmutzung der Umwelt zu vermeiden, und der Betreiber den im Ausgangsbericht beschriebenen Zustand wiederherzustellen hat.

Arbeit für Umweltverbände

Jedoch hat hier das Parlament klar erkannt, dass es sinnvoll ist, an der Quelle vorbeugend zu handeln, und sich für Vorgaben zum Boden- und Grundwasserschutz im neuen Vorschlag für industrielle Emissionen entschieden – auch in Anbetracht eines Ausbleibens jeglicher EU-Vorgaben zum Bodenschutz.

Die Mitgliedstaaten stehen noch in Diskussionen zu dem Vorschlag. Noch unter tschechischer Ratspräsidentschaft, also bis Ende Juni, soll aber ein Kompromissvorschlag vorliegen. Die Vorgaben zu Bodenschutz und Großfeuerungsanlagen und die Rolle der BVT-Merkblätter waren die großen Themen im März. Präsenz der Umweltverbände und „Meinungsbildung“ bei den zuständigen Ministerien sind jetzt sehr nötig.

Christian Schaible studierte internationales Umweltrecht und arbeitet als Referent für Industrieemissionen und Chemikalien beim Europäischen Umweltbüro (EEB) in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 28910-90,
Fax -99, E-Mail:
christian.schaible@eeb.org,
www.eeb.org



Erneuerbare Energien

Über den Erfolg entscheidet der Markt

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bietet neues Potenzial für die Branche

Seit Anfang des Jahres ist das im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz gebündelte Klimaschutzpaket in Kraft. Auch wenn die Regelungen zur künftigen Förderung und zum Ausbau erneuerbarer Energien in der Branche im Großen und Ganzen positiv gesehen werden: Erst die Umsetzung wird zeigen, ob sich die Erwartungen erfüllen. Nicht zu vergessen: Alle finanziellen Zusagen wurden vor der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht. ■ VON BERND ROMEIKE, GLC

Das Ziel ist klar: Im Jahr 2020 sollen insgesamt 30 Prozent des deutschen Stroms aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. 2007 waren es 14 Prozent. Am 1. Januar ist die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Kraft getreten. Die verlorene Zeit zwischen dem Bundestagsbeschluss im Juni 2008 und dem Inkrafttreten einmal abgerechnet, bleiben nun zwölf Jahre, um das anspruchsvolle Ziel zu erreichen. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, dass in den letzten zwölf Jahren der Anteil erneuerbarer Energien gerade mal um 9,5 Prozentpunkte gestiegen ist: von 4,7 Prozent im Jahr 1995 auf 14,2 Prozent im Jahr 2007.

The winner is: Wind

Auch der Gewinner unter den alternativen Energien steht fest: Es ist der Wind. Das neue EEG erhöht ab 2009 die Tarife für Windstrom an Land und auf See, fordert aber auch zusätzliche Beiträge, um die Windkraft in das elektrische Versorgungssystem zu integrieren: EEG-Anlagen über 100 Kilowatt Anschlussleistung – das trifft auf praktisch alle neuen Windenergieanlagen zu – müssen in Zukunft am Einspeisemanagement bei Netzengpässen teilnehmen; alle Windenergieanlagen müssen zur Spannungs- und Frequenzregelung im Netz beitragen – auch dafür erhöht sich die Anfangsvergütung um 0,5 Cent je Kilowattstunde (ct/kWh).

Die Anfangsvergütung für neue Windenergieanlagen an Land (Onshore) beträgt seit dem 1. Januar 9,2 ct/kWh (bisher 8,03 ct/kWh). Dieser Wert wird für neu in Betrieb genommene Anlagen jedes Jahr um ein Prozent gesenkt (bisher: zwei

Prozent). Für Anlagen auf See (Offshore) beträgt die Anfangsvergütung 15 ct/kWh bis Ende 2015, sinkt danach für neu in Betrieb genommene Anlagen auf 13 ct/kWh und wird jedes Jahr um fünf Prozent verringert.

Anpassungsbedarf vorprogrammiert

Problematisch ist dabei, dass die derzeit durchaus marktgerechten Vergütungsregelungen nicht dynamisiert wurden. Wenn sich die Preise für Rohstoffe wie Stahl und Kupfer weiter so wie in den letzten vier Jahren entwickeln und stärker steigen als die Effizienzgewinne bei Produktion und Betrieb von Windenergieanlagen, wird es schon in wenigen Jahren erneuten Anpassungsbedarf für das EEG geben.

Auch der begrüßenswerte Repowering-Bonus für „alte“ Windenergieanlagen an Land – eine um 0,5 ct/kWh erhöhte Anfangsvergütung – hat eine „dunkle Seite“. Er schafft zwar endlich die notwendigen Investitionsanreize, um Windenergieanlagen der ersten Generationen durch moderne, effizientere Turbinen zu ersetzen (2007 wurden 108 alte Anlagen abgebaut, 45 neue traten an ihre Stelle; gleichzeitig erhöhte sich die Gesamtleistung von 41 Megawatt auf 103 Megawatt). Aber die Formel „Halbierung der Anlagenzahl bei Verdoppelung der Leistung und Verdreifachung des Ertrags“ funktioniert nur, wenn sich die Rahmendaten für die Umrüstung einer Altanlage nicht verschlechtern.

Denn neue Anlagen braucht das Land. Der Zeitrahmen zur Anhebung der Windleistung auf insgesamt 55.000 Megawatt bis 2020 ist sehr knapp und stellt Hersteller und Zulieferer von Windenergieanlagen

vor erhebliche logistische Herausforderungen. Er kann nur eingehalten werden, wenn zusätzlich zu den neuen Offshoreanlagen auch die Windenergie an Land weiter ausgebaut werden kann. Und deren Erfolgsformel heißt aufgrund der klaren wirtschaftlichen Vorteile gegenüber Altanlagen: Repowering. Sofern die Politik diesmal den notwendigen langen Atem hat und Investitionssicherheit schafft.

Der kurze Blick zurück macht klar, woher diese Sorge stammt: Weltweit wurden 2007 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 20.000 Megawatt neu installiert. Deutschland hat mit 1.667 Megawatt neu installierter Leistung gerade noch acht Prozent zum Weltmarkt beigetragen und die einstige Spitzenreiterposition an die USA verloren. Auch Spanien, China und Indien sind vorbeigezogen. Hauptgrund für diesen Einbruch im Jahr 2007 um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr war die bisherige, nicht mehr wirtschaftliche Vergütung für Windstrom an Land.

Weniger Geld für Solarenergie

Die Solarenergie soll dagegen künftig deutlich weniger gefördert werden. Die Absenkung beträgt für Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden in den Jahren 2009 und 2010 je acht Prozent bei weniger als 100 Kilowatt installierter Leistung, ab 2011 jährlich je neun Prozent (bisher jährlich fünf Prozent). Auch die Förderung von Solarstrom aus neuen, ebenerdig errichteten Solarparks soll 2009 und 2010 um je zehn Prozent gesenkt werden statt wie bisher um 6,5 Prozent. Der sogenannte Fassadenbonus wird sogar ganz gestrichen. Der Druck auf kleine und mittelständische

Betriebe dürfte sich angesichts dieser veränderten Fördersituation in den nächsten Jahren verschärfen. Mit der Degressionsregelung sollen eigentlich Preissenkungen, die sich aus dem technologischen Fortschritt und einsetzenden Skaleneffekten ergeben, in der Förderung berücksichtigt werden. Aber das war vor der Finanzkrise. Heute ist fraglich, ob die Solarbranche die erhöhte Degression ohne Substanzverlust verkraftet.

Der Innovationsdruck in dieser Branche ist enorm. Die weltweite Spitzenposition Deutschlands auf dem boomenden Solarmarkt kann nur gehalten werden, wenn die Branche ihren Technologievorsprung von fünf bis sieben Jahren hält. Voraussetzung dafür: Die deutschen Solarunternehmen müssen wie geplant in den Ausbau ihrer Solarfabriken und in Forschung und Entwicklung investieren können. Das aber setzt voraus, dass ihre geplanten Investitionen finanziert werden und der Absatz neuer Anlagen konstant bleibt. Kommt es zum nicht auszuschließenden Markteinbruch, ist der technologische Vorsprung schnell Schnee von gestern. Arbeitsplatzabbau und Firmenschließungen wären die logischen Folgen.

Bioenergie profitiert

Bei Biogas fällt die Einschätzung des neuen EEG für Anlagen bis 500 Kilowatt durchweg positiv aus. Denn mit der Anhebung der Grundvergütung für Alt- und Neuanlagen bis 500 Kilowatt um einen Cent auf 11,67 ct/kWh und der Erhöhung des Bonus für nachwachsende Rohstoffe (Nawaro-Bonus) ebenfalls um einen Cent auf sieben ct/kWh kann die Kostenexplosion bei den Rohstoffen zumindest teilweise abgefangen werden.

Nachdem sich die Preise für Mais und Getreide, die derzeit wichtigsten Einsatzstoffe in Biogasanlagen, in den vergangenen 15 Monaten mehr als verdoppelt hatten, konnten die bestehenden Anlagen kaum mehr wirtschaftlich betrieben werden. Das hatte zur Folge, dass im landwirtschaftlichen Bereich seit dem Frühjahr 2007 keine Biogasanlagen mehr gebaut wurden und zahlreiche Anlagen aus wirtschaftlichen

Gründen vor der Schließung standen oder geschlossen wurden.

Ein richtiges Signal ist auch die Einführung eines Sonderbonus von zwei ct/kWh, wenn zur Stromerzeugung überwiegend Pflanzen oder Pflanzenbestandteile aus der Landschaftspflege eingesetzt werden (Landschaftspflege-Bonus). Damit bewegt sich der Fokus weg von der fatalen Diskussion um „Tank oder Teller“, also um die Verwendung von Lebensmittelgrundstoffen für die Biogasproduktion.

Geothermie als Zukunftsenergie

Das neue EEG schafft auch erheblich bessere Voraussetzungen für die Nutzung der Erdwärme. Die Grundvergütung für Geothermieanlagen bis einschließlich zehn Megawatt installierter Leistung wird von 15 auf 16 ct/kWh angehoben. Projektentwickler, die ihre Anlagen bis 2015 ans Netz bringen, erhalten mit einem zusätzlichen Bonus von vier Cent dann für jede eingespeiste Kilowattstunde 20 Cent. Wer zudem Voraussetzungen schafft, auch die Abwärme der Kraftwerke zu nutzen, kann drei Cent extra in Anspruch nehmen. Besonders weitsichtig ist die Entscheidung, künftig auch innovativen Technologien wie Hot-Dry-Rock-Kraftwerken, bei denen heißes Gestein aufgebrochen und Wasser durchgeleitet wird, durch einen Bonus von vier ct/kWh den Markteintritt zu ermöglichen.

Noch ist nichts entschieden

Das EEG schafft nach Jahren des Stillstands eine neue Basis für die forcierte Entwicklung der regenerativen Energie. Viele bisher zurückgehaltene Projekte können nun auf einer überarbeiteten gesetzlichen Grundlage realisiert werden. Die neuen Rahmenbedingungen sorgen vielfach für ansprechende Möglichkeiten für Repowering-Projekte bei Wind- und Biogasanlagen. Das aber verlangt Planungssicherheit bei Finanzierung und Projektierung. Vor diesem Hintergrund bleibt angesichts des gegenwärtigen Kreditstaus abzuwarten, ob sich die Anlagenbetreiber wirklich zu einer Modernisierung entschließen – und sie finanziert bekommen. In jedem Fall ist

Das EEG

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert Betreibern regenerativer Energieanlagen über einen bestimmten Zeitraum einen festen Vergütungssatz für ihren Strom. Das seit dem Jahr 2000 geltende EEG gilt als größter Erfolg der damaligen rot-grünen Koalition. Es wurde von 47 Staaten übernommen.

eine sorgfältige Beurteilung der idealen Kombination von Förderung, Leistung und Ertrag vonnöten, auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Vorteile von Kraft-Wärme-Kopplungs-Projekten.

Auch die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen des neuen EEG sind noch mit einem Fragezeichen versehen. Nach einer Studie des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg boten die regenerativen Energien 2006 bereits 235.600 Beschäftigten Arbeit. Gegenüber 2004 ist das ein Plus von fast 50 Prozent. Der Bereich erneuerbare Energien ist schon heute ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsmarktes, der durch das neue EEG gefestigt und ausgebaut werden könnte. Allein die Solarbranche will in den nächsten drei Jahren 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Das Fraunhofer-Institut ISI Karlsruhe erwartet bis 2020 rund 100.000 neue Arbeitsplätze rund um die nachwachsenden Rohstoffe. Doch ob diese Blütenträume reifen, wird sich erst entscheiden, wenn die Unternehmen in den nächsten Jahren ihre Investitionspläne realisieren.

Prof. Dr. Bernd Romeike ist Mitglied des Vorstandes der GLC Glücksburg Consulting AG. Von Rostock aus berät er kleine und mittlere Unternehmen vor allem im Bereich regenerative Energien.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 /
854006-45, Fax -13,
E-Mail:
bzimny@glc-group.com,
www.glc-group.com



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Abfallpolitik

Wenn der Müll aber nun kein Müll ist

■ Das Gemeinsame Forschungszentrum (JRC) der EU hat seinen Abschlussbericht über die Definition von Abfalleigenschaften von Stoffen vorgelegt. Der Bericht nennt Grundlagenkriterien, ab wann Materialien nicht mehr als Abfall, sondern als Rohstoffe oder Ähnliches gelten. Das JRC schlägt eine einheitliche Methodologie und Prinzipien für die Definition von Abfallkriterien vor. Außerdem müsse es Qualitätskontrollen geben. Der Bericht enthält auch Fallstudien etwa für Kompost und Metallschrott. Die EU-Kommission will noch in diesem Jahr einen Vorschlag vorgehen, wie diese Ergebnisse in Gesetzesregelungen umgesetzt werden können. [jg]

► www.kurzlink.de/jrc-abfdef2009

EU-Abfallstatistik

Jeder macht's anders

■ Die Sammlung und Behandlung von Abfall wird in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich gehandhabt. Das ergab die abfallstatistische Untersuchung für 2007. In Bulgarien, Rumänien und Litauen werden noch über 95 Prozent des Mülls deponiert, in Deutschland, Belgien, Schweden und den Niederlanden sind es weniger als fünf Prozent. Das jährliche Aufkommen von Haushaltsabfällen reicht von unter 300 Kilogramm pro Person in Tschechien bis zu gut 800 Kilogramm in Dänemark. Bei Recycling und Kompostieren des anfallenden Mülls liegen mit über 50 Prozent Deutschland, Belgien, Österreich und die Niederlande an der Spitze. In Dänemark, Schweden und Luxemburg wird rund die Hälfte des Mülls verbrannt.

Meldungen über illegale Müllverbringungen innerhalb der EU haben sich

zwischen 1997 und 2005 verdoppelt. Das ist das Ergebnis einer Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA). Allerdings bleibe die übergroße Mehrheit der Abfallmaßnahmen im Rahmen der Gesetze. [jg]

- www.ec.europa.eu/eurostat
- www.eea.eu/highlights/the-waste-trade-2013-legal-and-illegal

Müllverbrennung

Zwang zum Müllimport

■ Der NABU hat Anfang März gewarnt, dass zur Auslastung der Überkapazitäten in deutschen Müllverbrennungsanlagen künftig vermehrt Abfall aus dem Ausland eingeführt werden muss. Die Naturschutzorganisation hatte Abfallexperten der Prognos AG beauftragt, das Wachstum der Müllverbrennungskapazitäten in verschiedenen Szenarien dem Abfallaufkommen bis zum Jahr 2020 gegenüberzustellen. Dieser Studie zufolge müssten bis 2020 rund 8,6 Millionen Tonnen Müll zusätzlich importiert werden, um die Kapazitäten auszulasten. Bereits heute würden rund zwei Millionen Tonnen Abfall aus dem Ausland verbrannt. Dennoch sind 28 neue sowie der Ausbau sechs weiterer Anlagen geplant. Statt einen nicht vorhandenen Bedarf zu erfüllen und mehr Müll zu verbrennen als anfällt, müssten Verwertung und Recycling von Müll weiter ausgebaut werden, forderte der NABU.

Eine Studie der Kölner Ecoprog GmbH und des Fraunhofer-Instituts hat ergeben, dass die Müllverbrennung auch weltweit auf dem Vormarsch ist. In den letzten zehn Jahren seien die globalen Kapazitäten von 160 auf 200 Millionen Tonnen pro Jahr gestiegen. In den kommenden fünf Jahren sei ein weiteres Anwachsen auf bis zu 240 Millionen Jahrestonnen zu erwarten. [jg]

- NABU, Dr. Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841610, E-Mail: benjamin.bongardt@nabu.de, www.nabu.de/kreislaufwirtschaft
- Ecoprog: Weltmarkt Müllverbrennungsanlagen 2008/2009. www.ecoprog.de/studie_muellverbrennungsanlage.php

Alternative Abfallpolitik

Bald müllfreie Kommunen?

■ Schon zum fünften Mal haben sich im Februar Aktive zum „Zero Waste Dialogue“ getroffen. Die dreitägige internationale Konferenz in Neapel schloss mit einer Protestdemonstration, die gegen die Pläne der Stadt, vier große Müllverbrennungsanlagen zu errichten, um des chronischen Müllproblems Herr zu werden, Tausende mobilisierte.

Angenommen wurde außerdem ein Papier, das globale Prinzipien für müllfreie Kommunen aufstellt. Dazu gehören die strikte Einhaltung des Verursacherprinzips, der Ausbau von Infrastrukturen für Wiederverwertung und Recycling, die Erforschung und Finanzierung von Alternativen sowie die Aufklärung der Bevölkerung. Dies sei der schnellste und billigste Weg für Kommunen, den Klimawandel zu bekämpfen, Gesundheit und lokale Nachhaltigkeit zu fördern sowie neue Jobs zu schaffen. [jg]

► www.zwia09.info

Abfallbehandlung

Giftskandal in Sachsen

■ Bodenproben der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in der Umgebung einer Abfallbehandlungsanlage im sächsischen Pohritz haben erhöhte Schwermetallbelastungen ergeben. Der zulässige Bleigehalt wurde um das Sechsfache, der für das Schwermetall Cadmium sogar um den Faktor elf überschritten. EinwohnerInnen klagen seit Jahren über die Staubbekämpfung, die von der Anlage ausgeht, die gefährliche Abfälle vor ihrer Deponierung aufbereitet. Die DUH versuchte nach eigenen Angaben bereits seit einem Jahr die Behörden zu alarmieren. Da diese seit Monaten von dem Problem gewusst, aber nicht angemessen reagiert hätten, stellte die Umweltorganisation Ende Februar Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige gegen den verantwortlichen Behördenleiter. Letzter Auslöser für den Schritt, so die DUH, sei das

im Februar veröffentlichte Eingeständnis des Landratsamts Nordsachsen gewesen, dass das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie bereits Ende 2008 von Auffälligkeiten in Bezug auf Immissionen von bleikontaminiertem Staub wusste.

Erst nach Veröffentlichung der DUH-Bodenanalyse warnte das Landratsamt vor direktem Bodenkontakt im unmittelbaren Umkreis und empfahl einen eingeschränkten Verzehr von Wintergemüse. Die Abfallbehandlungsanlage steht in der Nähe einer Obstplantage. Der Bürgerverein Sauberes Delitzscher Land forderte einen Ausbaustopp für die Anlage und mehr Transparenz bei der Abnahme und Deposition der Abfälle.

Blei und Cadmium sind starke Umwelt- und Gesundheitsgifte. Beide sind krebserregend, Blei schädigt zudem das Nervensystem. [jg]

- ▶ DUH, Abfallexpertin Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240086741, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de (Projekte – Abfall)
- ▶ www.muellverbrennung-delitzsch-nein.de

UN-Umweltpolitik

Weltweit gegen Quecksilber

■ Mit einem verbindlichen Abkommen will die internationale Staatengemeinschaft die Produktion und Emission von Quecksilber eindämmen. Das haben die Umweltminister der Vereinten Nationen Mitte Februar bei der UNEP-Jahresversammlung in der kenianischen Hauptstadt Nairobi beschlossen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sprach von einem „großen Erfolg aller Beteiligten“. Jahrelange Anstrengungen und das „zähe Ringen um einen Konsens“ hätten sich gelohnt. Gabriel hob die aktive Unterstützung durch die USA hervor. UmweltschützerInnen hatten bei vergangenen Treffen der damaligen US-Regierung unter Georg W. Bush stets vorgeworfen, ein verbindliches Abkommen zu blockieren. Die Ausarbeitung aller Details wird voraussichtlich weitere vier Jahre in Anspruch nehmen, sodass ein Abkommen 2013 zur Unterzeichnung vorliegen wird.

Die Europäische Kommission hat 2005 eine Strategie gegen Quecksilber entworfen und erste Maßnahmen ergriffen. So ist der Verkauf von Quecksilberthermometern ab April verboten. Ab 2011 darf kein Quecksilber mehr aus der EU exportiert werden. [fn]

- ▶ Deutscher Naturschutzring, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, Fax -80, E-Mail: florian.noto@dnr.de, http://quecksilber.dnr.de
- ▶ UNEP-Dokumente: www.unep.org/newscentre (Press Releases – 20 February 2009)

Nanotechnologie

EU tut sich schwer mit Nanoteilchen in Kosmetik

■ In der EU soll in Kürze die Entscheidung über eine neue Kosmetikverordnung fallen, die auch den Umgang mit Nanomaterialien regelt. Der BUND und andere Umweltverbände sehen in den bisherigen Vorschlägen und generell der rechtlichen Grauzone für die neuen Substanzen winziger Größe jedoch erhebliche Mängel. Zurzeit herrscht nicht einmal Einigkeit über eine Definition von Nanomaterialien.

Die Kosmetikverordnung soll nur unlösliche oder biopersistente (langlebige) Materialien bis 100 Nanometer Größe berücksichtigen. Sie gälte also nicht für Stoffe, die größer sind, aber die gleichen neuen, nanospezifischen Eigenschaften aufweisen. Der BUND plädiert dafür, Materialien bis 300 Nanometer einzubeziehen, da die erwähnten Eigenschaften mindestens bis zu dieser Größe auftreten können. Darüber hinaus müssten Sicherheitstests vor der Markteinführung neuer Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Es müsse eine Kennzeichnungspflicht für die Produkte, die Nanomaterialien enthalten, geben, sodass VerbraucherInnen selbst entscheiden können, ob sie sie kaufen oder nicht.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) fordert ein Regelwerk für Nanomaterialien, dem das Vorsorgeprinzip zugrunde liegt. Gesundheits- und Umweltschutz müssten vorgehen, denn einmal in die

Umwelt entlassen, könnten mit heutigen Methoden Nanopartikel teilweise gar nicht mehr kontrolliert werden. Die Bevölkerung müsse außerdem in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden, bevor die Marktdurchdringung mit Nanoprodukten weiter voranschreite.

Kanada ist das erste Land, das im vergangenen Jahr eine Berichtspflicht für Produzenten und Importeure von mehr als einem Kilogramm Nanomaterialien eingeführt hat. Diese müssen seit Februar alle Informationen, die sie über die Substanzen haben – physikalische und chemische Eigenschaften, toxikologische Daten sowie Methoden der Herstellung und Anwendung – an die Behörden melden. Die Informationen sollen der zukünftigen Risikobewertung dienen. [jg]

- ▶ BUND, Katja Vaupel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586422, E-Mail: katja.vaupel@bund.net
- ▶ EEB-Positionspapier zu Nanotechnologie: www.eeb.org (Publications)
- ▶ www.rsc.org/chemistryworld (News – 25.02.09 Nano-regulation creeps closer)

Umwelthinformationen

Schadstoffregister öffentlich

■ Ab Juni können sich BürgerInnen kostenlos einen Überblick über die erfassten Umweltdaten des Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregisters verschaffen. Das PRTR (Pollutant Release and Transfer Register) wird dann im Internet verfügbar sein.

Seit dem letzten Jahr gilt für große Industriebetriebe, zu denen die Energiewirtschaft und die chemische Industrie, aber auch die Intensivtierhaltung und große Kläranlagen zählen, eine Informationspflicht über Schadstofffreisetzung. Falls festgelegte Schwellenwerte überschritten werden, müssen Schadstofffreisetzung in Luft, Wasser und Boden sowie Schadstoffe im Abwasser und die entsorgten Abfallmengen mitgeteilt werden. Grundlage ist die EU-Verordnung 166/2006. [jg]

- ▶ PRTR: www.home.prtr.de

Vom Höhlenfeuer zum Energiekollaps

Die solare Wende in der globalen Energieversorgung lässt weiter auf sich warten, obwohl die Zeit mehr denn je drängt. Um die Trägheit von Entscheidungsträgerinnen und Konsumenten zu erklären, reichen gängige Muster nicht aus, so der Soziologe Hartwig Berger. Er ist dem historischen Wandel im Umgang mit Energie nachgegangen, hat die sozio-kulturellen Hintergründe der Energieverschwendung analysiert und prüft, unter welchen Umständen ein Wandel möglich ist.

H. Berger

Der lange Schatten des Prometheus

Über unseren Umgang mit Energie

214 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-129-5

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Schatten des
PROMETHEUS

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

UN-Umweltpolitik

Neuer Erdgipfel 2012?

■ 20 Jahre nach dem internationalen Umweltgipfel in Rio und zehn Jahre nach dem Gipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg planen Regierungen und Interessengruppen ein neues Treffen. Auch auf der Konferenz des Verwaltungsrates des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) Ende Februar war ein „Rio+20-Gipfel“ Thema. Noch sind die Diskussionen informell, doch erste Ideen zu möglichen Inhalten wurden bereits im Internet veröffentlicht. [jg]

► www.earthsummit2012.org

KLIMA & ENERGIE

Meeresspiegelanstieg

Millionen Menschen in Gefahr

■ Nach neuesten Erkenntnissen der Klimawissenschaftler könnte der Meeresspiegel bis zum Ende des Jahrhunderts um weitaus mehr als einen Meter ansteigen. 600 Millionen Menschen in Küstenregionen wären davon bedroht. Bangladesch könnte sogar 17 Prozent seiner Landmasse verlieren. In dem Bericht des Weltklimarats IPCC vom März 2007 war die Wissenschaft noch von 18 bis 59 Zentimetern Anstieg ausgegangen. Die neuesten Forschungsergebnisse, die 2.500 Klimawissenschaftler aus 80 Ländern Anfang März auf einer dreitägigen Konferenz in Kopenhagen austauschten, lassen bis 2100 auf einen Anstieg des Meeresspiegels um 75 bis 190 Zentimeter schließen. In der neuen Studie wird unter anderem das verstärkte Abschmelzen der Polarkappen berücksichtigt „Der Welt bleibt nur noch wenig Zeit“, warnte der Chef des Weltklimarats und Friedensnobelpreisträger Rajendra Pach-

auri. Der deutsche Klimawissenschaftler Stefan Rahmsdorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sagte, dass selbst bei günstigstem Szenario, also bei einer erheblichen Senkung der Treibhausgasemissionen, ein Anstieg um etwa einen Meter nicht mehr zu verhindern sei.

Die genauen Ergebnisse sollen Anfang Juni veröffentlicht werden und die wissenschaftliche Grundlage für die Weltklimakonferenz im Dezember in Kopenhagen liefern.

Parallel zur Konferenz trafen sich in New York auch die sogenannten Klimaskzeptiker, darunter der Präsident der Tschechischen Republik und derzeitige EU-Ratspräsident Václav Klaus. In seiner Rede beschuldigte Klaus die EU-Regierungen der Panikmache. Sie befänden sich in „Knechtschaft radikaler Umweltschützer“. Organisator der Veranstaltung war die Organisation Heartland Institute, die in der Vergangenheit vom Ölonternehmen ExxonMobil finanzielle Unterstützung erhielt. Der Ökonom Nicholas Stern, der 2007 für die britische Regierung einen einflussreichen Bericht über die wirtschaftlichen Konsequenzen des Klimawandels verfasst hatte, sagte, die Klimawandel-leugner machten sich auf ähnliche Weise lächerlich wie diejenigen, die die Erde für eine Scheibe hielten. [mv]

► www.climatecongress.ku.dk

Emissionshandel

Frischer Wind aus den USA

■ Während die Preise für CO₂-Emissionsrechte infolge der Wirtschaftskrise in den Keller fallen, kommt aus den USA neue Hoffnung für den Emissionshandel. US-Präsident Barack Obama hat bei seiner ersten Rede vor dem US-Kongress die Abgeordneten dazu aufgefordert, ihm ein Gesetz für ein nationales Emissionshandelssystem vorzulegen.

Die Einnahmen für den Verkauf der Emissionsrechte hat Obama bereits im Staatshaushalt ab 2012 eingeplant. 510 Milliarden Euro soll der Handel von

2012 bis 2019 einspielen. Ein Teil davon soll in erneuerbare Energien und Steuererleichterungen fließen, um den Bürgern die Anpassung an eine CO₂-arme Wirtschaft zu erleichtern. Neben den USA arbeitet auch Australien an einem eigenen Emissionshandelssystem.

Unterdessen leidet der Markt für Emissionsrechte unter der Finanzkrise. Die zurückgehende Wirtschaftsleistung senkt den Bedarf nach Emissionsrechten, die Preise sinken und mit ihnen der Anreiz für Unternehmen, in energiesparende Technologien zu investieren. Im Februar lag der Preis für eine Tonne CO₂ bei nur noch acht Euro. Das Forschungsinstitut Point Carbon geht davon aus, dass der Markt in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr ein Drittel seines Wertes verlieren wird. [sl]

► Point Carbon, Entwicklung der Kohlenstoffmärkte 2009: www.pointcarbon.com/1.1060511

Kyoto-Folgeabkommen

Umweltminister drücken sich vor Finanzfragen

■ Weder die Umwelt- noch die FinanzministerInnen der EU-Staaten konnten sich bei ihren Treffen im März über die Finanzierung von Klimaschutz und -anpassung im Kyoto-Nachfolgeabkommen einigen. Sie geben damit das am meisten umstrittene Thema im sogenannten Kopenhagen-Prozess weiter an ihre Staats- und Regierungschefs.

Der Umweltministerrat griff in seinem Schlusssdokument lediglich den globalen Investitionsbedarf auf, der laut EU-Kommission für die Bekämpfung des Klimawandels erforderlich ist. 175 Milliarden Euro an staatlichen und privaten Mitteln jährlich würden weltweit bis 2020 zur Reduktion von Treibhausgasen benötigt. Für die Anpassung von Entwicklungsländern an den Klimawandel müssten von 2013 bis 2020 zwischen 23 und 54 Milliarden Euro aufgebracht werden.

Wie viel Europa und andere Industriestaaten konkret beitragen sollen, blieb

weiter offen. Der deutsch-französische Vorschlag, dass die EU-Kommission im Juni konkrete Zahlen vorlegen solle, wurde nicht in die endgültigen Vereinbarungen aufgenommen.

„Die Umweltminister haben den Kopf eingezogen und den Klimawandel wie eine heiße Kartoffel weiter gereicht“, kritisierte Joris den Blanken von Greenpeace Europe. „Währenddessen werden Milliarden von Steuergeldern dafür verbraucht, versagende Banken und Autohersteller wieder aufzubauen. Für die Bekämpfung des Klimawandels ist kein Cent übrig.“ Umweltverbände fordern, dass die EU ab 2012 mindestens 35 Milliarden Euro jährlich für die Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern zur Verfügung stellt.

Einem noch unveröffentlichten Bericht der Kommission zufolge könnte ein Untertassen von Klimaschutz die EU erheblich teurer zu stehen kommen. Im Jahr 2020 betrügen die Kosten 6,2 Milliarden Euro und würden bis 2060 auf 54 bis 63 Milliarden pro Jahr anwachsen.

Die Frage der Finanzierung wird nun bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. März (nach Redaktionsschluss) diskutiert. Experten erwarten jedoch, dass eine Einigung schwierig wird und viele Mitgliedstaaten die Nennung konkreter Zahlen weiter hinausziehen wollen.

Wie beim EU-Energie- und Klimapaket beschwor der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) einen Konflikt zwischen Klimaschutz und dem Industriestandort Deutschland herauf. Er wehrte sich dagegen, dass die individuellen Treibhausgasreduktionen der Industriestaaten anhand des CO₂-Ausstoßes pro Kopf berechnet werden sollen. Deutschland werde so als Industrienation gegenüber anderen EU-Staaten benachteiligt, so Gabriel. [sl]

- Kurzübersicht zum EU-Gesetzgebungsprozess: www.eu-koordination.de (Publikationen – Factsheets)
- EU-Umweltministerrat, Schlussfolgerungen: www.kurzlink.de/schlussfolgerungen
- Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung www.eu-koordination.de (EU-News)

Energieversorgungssicherheit

EU-Energiestrategie „alles andere als strategisch“

■ Im Februar haben die EU-Energieminister über die Versorgungssicherheit in Europa beraten. Die EU-Kommission hatte dazu im vergangenen November einen Gesetzesvorschlag zur sogenannten Zweiten Überprüfung der Europäischen Energiestrategie unterbreitet.

Frauke Thies, Greenpeace-Expertin für europäische Energiepolitik, nannte die EU-Energiestrategie „alles andere als strategisch“. Thies kritisierte vor allem die darin vorgesehene Unterstützung widersprüchlicher Energietechnologien. So werde auf der einen Seite für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und ein modernes Stromnetz plädiert, aber auf der anderen Seite weiter für kohleabhängige Technologien und Atomkraft geworben und damit ein zentralisiertes und nicht zukunftsfähiges Energiemodell gefördert.

In ihren sogenannten Schlussfolgerungen befürworteten die Minister sechs von der Kommission empfohlene Infrastrukturprojekte, darunter ein mediterranes Energiering sowie ein Nordsee- und ein Nord-West-Offshore-Netz. Weiter machten sie sich für die Nutzung der europäischen Ölvorkommen, den schnellen Einsatz der CO₂-Speicherung (CCS) und besseres Atommüllmanagement stark.

Schließlich versprachen die Minister, sich noch in diesem Jahr über das Gesetzespaket zu Energieeffizienz zu einigen. Die EU-Kommission hatte dazu als Teil der Strategieüberprüfung mehrere Richtlinienvorschläge gemacht, unter anderem zu Gebäudeenergieeffizienz, Energiekennzeichnung und Kraftwärmekopplung.

Auf ihrem Frühjahrsgipfel am 19. und 20. März (nach Redaktionsschluss) wollten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Strategie weiter diskutieren. [mv]

- EU-Ministerrat, Schlussfolgerungen: www.kurzlink.de/energiestrategie-mrz
- Greenpeace Europe, Frauke Thies, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 274 912, E-Mail: frauke.thies@greenpeace.org, www.greenpeace.org

EU-Energieeffizienzlabel**Industrierausschuss stimmt verbraucherfreundlich**

■ Der Industrierausschuss des EU-Parlaments hat im März dafür gestimmt, für Hausgeräte wie Waschmaschinen und Kühlschränke die Energieverbrauchsklassen A bis G beizubehalten. Die EU-Kommission hatte in ihrer Neufassung der Energiekennzeichnungsrichtlinie für Haushaltsgeräte vorgeschlagen, stattdessen Klassen A1, A2 und A3 einzuführen. Eine Studie des Marktforschungsinstituts Ipsos vom Dezember zeigte jedoch, dass VerbraucherInnen die alte A-bis-G-Skala bevorzugen. Einige EU-Mitgliedstaaten sowie Umwelt- und Verbraucherverbände drängen deshalb darauf, die Klassen A bis G beizubehalten und regelmäßig zu aktualisieren. „Nur die besten zehn bis 15 Prozent dürfen ein A tragen“, forderte Effizienzexperte Christian Noll vom BUND.

Der Industrierausschuss machte sich auch dafür stark, dass die Richtlinie auf alle energiebezogenen Produkte wie etwa wärmedämmte Fenster ausgedehnt wird. Auch solle jegliche Werbung für die technische Leistung eines Produkts Informationen zum Energieverbrauch enthalten.

Corinna Fischer vom Verbraucherzentrale-Bundesverband (VZBV) zeigte sich erfreut, dass der Ausschuss sich für eine dynamisierte A-bis-G-Skala sowie mehr Information in der Werbung und Marktüberwachung ausgesprochen habe. „Nun kommt es darauf an, dass die Mitgliedstaaten nicht hinter das Erreichte zurückfallen.“ Der EU-Energieministerrat streitet noch über seine Position. Das in Deutschland federführende Wirtschaftsministerium hält, wie auch Spanien und Polen, an den Energieklassen A1 bis A3 fest. Noch im März (nach Redaktionsschluss) wollten sich die Minister einigen. Das Plenum des EU-Parlaments stimmt im April über die Änderungsvorschläge ab. [mv]

- ▶ Hintergrundpapier BUND, DUH, VZBV: www.kurzlink.de/eu-label-duh
- ▶ Ipsos-Verbraucherstudie: www.mtprog.com (Library – Publications – Mori Report)

Energiebesteuerung**EU-Kommission schnürt „grünes Steuerpaket“**

■ Die Europäische Kommission wird voraussichtlich Anfang April ein „grünes Steuerpaket“ vorschlagen, darunter eine Neufassung der Richtlinie über die Energiebesteuerung. Dies erfuhr das Europäische Umweltbüro (EEB) durch einen Brief der Generaldirektion Steuern und Zollunion der EU-Kommission. Geplant ist unter anderem, Mitgliedstaaten zu erlauben, die Mehrwertsteuer für bestimmte „grüne Produkte“ herabzusetzen, um den Markt für umweltfreundliche Technologien anzukurbeln. Außerdem will die Kommission, ein umfassendes Strategiepapier über die Rolle von Steuern für die Umwelt- und Energiepolitik verfassen.

Die Kommission hatte bereits im europäischen Konjunkturprogramm, das die EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember letzten Jahres beschlossen haben, Vorschläge zur Herabsetzung der Mehrwertsteuer angekündigt. Besonders Produkte und Dienstleistungen, die das Energieprofil von Gebäuden verbessern, sollen gefördert werden. [mv]

- ▶ EEB, John Hontelez, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 289109, E-Mail: hontelez@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ EU-Kommission, Steuern und Zollunion, www.ec.europa.eu/taxation_customs

Ökodesignrichtlinie**Glühbirne ade**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat im Februar über die Erweiterung der Ökodesignrichtlinie, das EU-Umweltzeichen und das Umweltmanagementsystem EMAS abgestimmt. Großen Aufruhr erregte im Vorfeld eine Debatte um die Glühlampe.

Die deutschen Abgeordneten Anja Weisgerber (FDP) und Holger Kraemer (CDU) hatten eine Initiative gestartet, um die Abschaffung der ineffizienten Glühbirne zu verhindern. Sie stießen jedoch auf

Widerstand bei ihren KollegInnen, die den Blockadeversuch mit 44 zu 14 Stimmen vereitelten. Ab 2012 sollen Glühbirnen nun durch energiesparendere Leuchtkörper ersetzt werden.

Ferner stimmten die Abgeordneten dafür, Ökodesignstandards auf Produkte auszuweiten, die den Energieverbrauch beeinflussen, wie etwa Fenster, Dämmmaterialien oder Duschköpfe. Bislang sind nur Produkte betroffen, die selbst Energie nutzen.

Den Vorschlag des rumänischen Berichterstatters Magore Imre Csibi, Energiestandards für alle Produkte einzuführen, lehnte eine knappe Mehrheit ab. Dies hätte bedeutet, dass die EU auch für Kleidung, Nahrungsmittel oder Bücher Umweltstandards erlassen hätte. Stattdessen forderte der Umweltausschuss die EU-Kommission auf, im Jahr 2012 einen Vorschlag für Produkte vorzulegen, die in ihrem Lebenszyklus ein hohes Energiesparpotenzial aufweisen.

Im April hält das EU-Parlament seine erste Lesung zu den Ökodesignanforderungen. [sl]

- ▶ BUND, Energiereferent Thorben Becker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-421, E-Mail: thorben.becker@bund.net, www.bund.net/oekodesign

CO₂-Speicherung**Zu teuer und zu spät**

■ Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat die Abstimmung des Bundeskabinetts über das umstrittene Gesetz zur unterirdischen Lagerung von CO₂ vorerst verschieben lassen. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung die EU-Richtlinie zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) umsetzen, die im Dezember 2008 als Teil des Energie- und Klimapakets verabschiedet wurde.

Umweltverbände kritisierten das Gesetz. Die CCS-Technik packe das Problem der Ressourcen- und Energieverschwendung nicht an der Wurzel. Stattdessen vergrößere sie den Energieverbrauch, indem sie den Wirkungsgrad der Kraftwerke um

zehn Prozentpunkte vermindere. Statt den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen, würde die Kohlepolitik weiter zementiert, bemängelten die Umweltverbände. Gelder würden massiv in Forschung und Demonstrationsvorhaben zur CO₂-Abscheidung umgeschichtet, im Vergleich dazu seien die Mittel für erneuerbare Energien ein Tropfen auf den heißen Stein. Dabei sei bislang vollkommen unsicher, wann die Technik zur Verfügung stehe. Viele Experten rechnen damit, dass die CO₂-Abscheidung in größerem Stil nicht vor 2020 einsatzfähig ist. „Zu spät, zu teuer und zu riskant“, resümierte Greenpeace.

Der BUND beanstandete insbesondere, dass das Gesetz die Haftung von den Kraftwerksbetreibern auf die Allgemeinheit abwälze. Schon 20 Jahre nach Verschluss der Lagerstätte sollen die Bundesländer den Betreibern die Haftung abnehmen.

„Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz hat Deutschland so lange gewartet, bis es ein Vertragsverfahren am Hals hatte. Die CO₂-Speicherung wird hingegen sofort in Angriff genommen“, rügte Rainer Baake von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) auf der Jahreskonferenz Erneuerbare Energie. Dies sage viel über die Lobbykräfte und die Prioritäten in der Regierung aus, so Baake. [sl]

- ▶ DUH, Rainer Baake, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-0, E-Mail: baake@duh.de, www.duh.de
- ▶ Greenpeace: Wundermittel CO₂-Speicherung, www.greenpeace.de (Klima – Klimawandel)

Atomindustrie

Für Asse zur Kasse

■ Nach neuen Erkenntnissen des Bundesumweltministeriums (BMU) hat die Atomindustrie das Forschungsbergwerk Asse II in der Vergangenheit als sicheres Entsorgungslager angegeben. Dies ermöglichte laut BMU auch die Genehmigungen zahlreicher neuer AKWs.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und der Betreiber des maroden Salzbergwerks, das Bundesamt für Strahlenschutz, bestätigten im März, dass über 70 Prozent des radioaktiven Mülls aus AKWs der Energieunternehmen stammten, hauptsächlich Brennelemente aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe. Gabriel hat nun vorgeschlagen, die Atomindustrie anstelle der Steuerzahler für die schätzungsweise über vier Milliarden Euro teure Sanierung von Asse und dem Endlager Morsleben zur Kasse zu bitten. Eine neue Kernbrennstoffsteuer von einem Cent pro Kilowattstunde Atomstrom soll der Haushaltskasse nach den Vorstellungen Gabriels jährlich 1,6 Milliarden Euro einbringen. „Es kann nicht sein, dass die Gewinne aus der Atomenergie privatisiert und die Kosten für die Schäden sozialisiert werden“, sagte Gabriel. Das Deutsche Atomforum rief Gabriel daraufhin zur Vertragstreue zum Atomausstiegsbeschluss auf, obwohl es sich derzeit zusammen mit der Union für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten einsetzt. Die Union lehnte Gabriels Vorstoß ebenfalls ab. [mv]

Kohlekraftwerke

Eins zu null gegen Vattenfall

■ Nach monatelangen Protesten hat der schwedische Staatskonzern Vattenfall im März seine Pläne für ein neues Kohlekraftwerk in Berlin aufgegeben. Nun sollen zwei Biomassekraftwerke für Holzabfälle und ein Gaskraftwerk mit Kraftwärmekopplung entstehen. Zum Protest aufgerufen hatten die Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk“ und die Klima-Allianz. Das Bündnis aus über 100 Organisationen setzt sich mit weiteren Bündnispartnern gegen den Bau der etwa 30 in Deutschland geplanten neuen Kohlekraftwerke ein.

Für die Bürgerinitiative ist der Erfolg in Berlin „der Beweis, dass mit Engagement und Hartnäckigkeit auch ein großer Gegner in die Knie gezwungen werden kann“. Jürgen Maier von der Klima-Allianz sagte: „Wir sind zuversichtlich, dass Berlin nicht das letzte verhinderte Kohlekraftwerk war.“ Allerdings setzte sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) nur einen Tag später in Mainz für einen dort geplanten Kohlekraftwerksneubau ein.

Zweifel an Vattenfalls neuen Biomasseplänen äußerte unterdessen der Landesforstbetrieb Brandenburg. Man arbeite bereits „hart an der Nachhaltigkeitsgrenze“ und könne den angegebenen Holzbedarf nicht aus der Region decken. [mv]

- ▶ Die Klima-Allianz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177571, de, www.die-klima-allianz.de
- ▶ Bürgerinitiative: www.kraftwerksneubau.de



Kirchentag

und Klimaschutz

www.kirchentag.de / klimaschutz

*Nachhaltiger
Lebensmittelkonsum*

gerechte Wassernutzung

Strom & Wärme

Mitmachen

Vorträge

Diskussionen

globaler Klimawandel

zukunftsfähige Mobilität

Klimapavillons

Ausstellungen

nachhaltige Zukunft

**32. Deutscher
Evangelischer Kirchentag**
20. bis 24. Mai in Bremen

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbraucherrecht**EU bündelt Kundenrechte**

■ Die EU-Kommission will die Verbraucherschutzrechte in einem Gesetz bündeln und die Kundenrechte stärken. Bis Mitte März gab es dazu eine Internetkonsultation, in der Unternehmen, Verbraucher und Verbände Stellung nehmen konnten. Der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments wollte die Ansichten der verschiedenen Interessengruppen kennenlernen.

Die Vorsitzende des Verbraucherschutz Ausschusses, die Britin Arlene McCarthy von der sozialdemokratischen Fraktion, sagte, der „Vorschlag für eine umfassende EU-Richtlinie zur Harmonisierung der wichtigsten Verbraucherrechte“, den die Kommission im Herbst 2008 vorgelegt hatte, gehöre zu den wichtigsten Veränderungen im europäischen Verbraucherrecht.

Laut dem Kommissionsvorschlag sollen vier bisher gültige Richtlinien zum Verbraucherschutz in einem Rechtsakt vereint und das Verbraucherrecht den Marktentwicklungen angepasst werden. So sollen beispielsweise beim Handel im Internet die Kundenrechte gestärkt werden. [mbu]

► www.ec.europa.eu/consumers (Deutsch)

Pestizide**Bundesamt gibt Entwarnung**

■ 2,7 Prozent der Obst- und Gemüseproben aus Deutschland haben 2007 die gesetzlichen Höchstwerte für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln überschritten. Zum Vergleich: EU-weit waren es fünf Prozent, bei Obst- und Gemüseproben aus Nicht-EU-Ländern sogar 9,5 Prozent. Diese Ergebnisse sind in der „Nationalen Berichterstattung Pflanzenschutzmittelrückstände 2007“ nachzulesen, die das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Febru-

ar veröffentlicht hat. Nicht nur Obst und Gemüse, auch alle anderen Lebensmittel werden auf Rückstände von Ackergiften untersucht. Von allen 17.700 untersuchten Lebensmittelproben waren 39 Prozent frei davon. Giftreste unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte wurden in 57 Prozent der Proben festgestellt.

Die überprüfte Säuglings- und Kleinkindernahrung überschritt in keinem Fall die Höchstgehalte. 83 Prozent der geprüften Kleinkindnahrung wiesen keine Pestizidrückstände auf.

Blumenkohl, Brokkoli, Kartoffeln, Möhren und Bananen schnitten gut ab: Weniger als ein Prozent der Proben überschritt die Obergrenzen für Rückstände. Hingegen überschritten Auberginen, Grünkohl, Rucola, Tee, Kräuter und Gurken häufiger die Höchstgehalte.

Die besten Werte erzielte erneut Bioware. Von 1394 untersuchten Ökoprodukten waren 83 Prozent frei von Pflanzenschutzmittelrückständen. 16 Prozent enthielten Rückstände in Spuren bis zu 0,01 Milligramm je Kilogramm. Bei 0,9 Prozent wurden die Höchstgehalte überschritten. [mbu]

► www.kurzlink.de/pflanzenschutz-2007

Acrylamid**Bessere Chips und Cornflakes**

■ Zahlreiche verarbeitete Nahrungsmittel, die erhitzt werden, enthalten heute weniger Acrylamid als vor sechs Jahren. Vor allem Kartoffelchips, Cornflakes und gerösteter Kaffee sind geringer belastet. Auch bei Spekulatius, Mürbegebäck und Backwaren für Kleinkinder und Diabetiker konnten die Acrylamidgehalte vermindert werden. Das teilte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Februar mit.

Acrylamid gilt als gesundheitsgefährdend. Eine abschließende Bewertung des Risikos für den Menschen steht aber auch sechs Jahre, nachdem der Stoff erstmals in Lebensmitteln nachgewiesen wurde, noch aus. Vermutet wird eine krebserzeugende und erbgutschädigende Wirkung. 2002

hatte das BVL gemeinsam mit den Bundesländern, der Wirtschaft und dem Bundesverbraucherministerium eine Initiative gestartet, um die Acrylamidbelastung in Lebensmitteln zu senken. Seither wurden 15.000 Proben untersucht. Seit 2008 gibt es ein EU-weites Acrylamidprogramm, nach dem in Deutschland zusätzlich Brot, Getreidebrei sowie Säuglings- und Kleinkindernahrung in Gläsern untersucht werden. [mbu]

► www.kurzlink.de/bvl-acrylamid

► www.kurzlink.de/eu-acrylamid-2008

Verpackungen**Gift im Saftkarton geheim**

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat das Bundesverbraucherministerium aufgefordert, die Messergebnisse zur Verunreinigung von Saft- und Milchkartons mit der Druckchemikalie ITX vor drei Jahren herauszugeben. Nach wie vor hält das Ministerium die Akten zurück, obwohl das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dies im vergangenen Herbst als verfassungswidrig einstufte (Az.: BVerwG 20 F 2.08).

Die DUH will die Akteneinsicht nun erneut vor Gericht einklagen. „Das ist ein einzigartiger Vorgang“, sagte Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Nach Informationen der DUH waren die Verpackungen damals stärker belastet als bisher bekannt. 2006 hatte die Umweltorganisation die gesundheitsschädliche Kontamination von Getränkekartons mit ITX publik gemacht. Erst nach zwei Monaten wurden die Produkte aus dem Verkehr gezogen.

Die DUH wirft den Behörden vor, die Kunden im Unklaren zu lassen, während betroffene Lebensmittelketten über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen informiert würden. Diese versuchten nun weiter die Herausgabe der Akten zu verhindern, da eine Chemikalienbelastung ein schützenswertes Betriebsgeheimnis darstelle. [mbu]

► DUH, Jürgen Resch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, E-Mail: info@duh.de, www.duh.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Gentechnikzulassung I

EU erlaubt Genmaisverbot

■ Das Anbauverbot für Genpflanzen in Österreich und Ungarn muss vorerst nicht aufgehoben werden. Das entschied die EU-Umweltminister mit 22 von 27 Stimmen im März in Brüssel. Auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sprach sich für die nationalen Anbauverbote aus. Er könne den gesellschaftlichen Mehrwert der Monsanto-Produkte nicht erkennen, sagte Gabriel. Die Mehrheit der Bevölkerung sei ohnehin gegen Genprodukte.

Die EU-Kommission wollte die Anbauverbote für die genetisch veränderten Maissorten MON 810 von Monsanto und T25 von Bayer aufheben. Der Umweltministerrat wies dies mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit zurück. MON 810 ist zurzeit der einzige Genmais, der in Europa angebaut wird. Auch Frankreich

und Griechenland haben ihn verboten. In Deutschland wird ebenfalls geprüft, wie der Genmaisbau verboten werden kann. Vor allem in Ostdeutschland wächst MON 810 auf einigen Feldern. Das Thema ist in der Bundesregierung umstritten. Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) forderte von Monsanto Beweise, dass alle Auflagen erfüllt werden. Bis Ende April soll eine Entscheidung fallen. Im April ist die Zeit der Maisaussaat. Aigner befürwortet auch gentechnikfreie Zonen in der EU. Dagegen fordert das CDU-geführte Forschungsministerium mehr Möglichkeiten für Freisetzungsversuche.

Umweltverbände lobten die Entscheidung Gabriels und seiner EU-Kollegen. Der BUND forderte, auch die Genmaissorten Bt11 von Syngenta und 1507 von Pioneer nicht zuzulassen. [mbu]

- ▶ BUND, Heike Moldenhauer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-456, E-Mail: heike.moldenhauer@bund.net, www.bund.net/gentechnik
- ▶ Ergebnisse EU-Umweltministerrat (PDF, 13 S., 190 kB): www.kurzlink.de/umweltrat-03.09

Gentechnikzulassung II

Genraps darf nach Europa

■ Die Europäische Kommission hat im März die gentechnisch veränderte Rapsorte T45 zugelassen. Die Ölsaat des Herstellers Bayer CropScience darf demnach künftig für Lebensmittel und Futtermittel verwendet werden. Erlaubt seien der Import und die Verarbeitung des Genrapses. Die Zulassung gilt für zehn Jahre. Sie sei wichtig, da so die Einfuhr von Raps aus Kanada in die EU wiederaufgenommen werden könne, hieß es. T45 sei von der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA als sicher eingestuft worden. Nachdem sich die Agrarminister der 27 EU-Staaten weder auf eine Genehmigung noch ein Verbot einigen konnten, durfte die EU-Kommission entscheiden. Der Umgang mit Genpflanzen ist in den EU-Ländern sehr unterschiedlich. Deshalb kommt es im Ministerrat regelmäßig zu solchen Pattsituationen. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology



B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

GUTSCHEIN:

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgaben(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/Brandenburg
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

© Umwelt aktuell 05/09/09

160 Seiten ISBN 978-3-932309-30-4

Jetzt NEU für Niedersachsen und Bremen!
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 149

Bündnispartner für den Öko-Landbau

- Bio und Slow Food: Spannendes Verhältnis mit Entwicklungspotenzial
- Gemeinsam für weniger Schadstoffe: Gesundheitswesen und Öko-Landbau

Themen in Heft 149 aus Forschung, Praxis und Beratung

- Status quo bei Lachs, Forelle & Co.
- Förderpreis Naturschutzhöfe
- Öko-Milchprodukte:
Wie viel dürfen sie kosten?

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 31,- EUR |
Firmen/Organisationen 48,80 EUR | ermäßigt 22,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 8,50 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 (0)89 / 5414184-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

Gentechnikrecht I

Imker soll Gentechnik dulden

■ Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat im Februar die Klage eines Imkers gegen einen Freisetzungversuch der Firma Pioneer abgewiesen. Der Imker fordert einen Mindestabstand zwischen den Versuchsfeldern und seinen Bienenstöcken.

Die Aktion Genklage kritisierte, das Urteil. Es sei nur durch mangelhafte Kenntnisse des Richters zu erklären, sagte Christoph Palme, der Rechtsbeistand des Imkers. Trotz klarer Urteile zweier Oberwaltungsgerichte, wonach bereits kleinste Gentechnikspuren zur Vernichtung des Honigs führen müssen, habe das Gericht kein Problem mit einem Freisetzungversuch neben einer Imkerei gehabt.

Der Imker will in Berufung gehen. Habe das Urteil Bestand, sei dies für alle zukünftigen Freisetzungen ein „Freifahrtsschein zur Kontamination von benachbarten Feldern und Imkereien“, sagte Palme. Zudem widerspreche es dem Gentechnikgesetz, das seit 2005 ausdrücklich die Koexistenzrechte benachbarter Landwirte und Imker stärke. Auch das EU-Recht werde missachtet. [mbu]

► Aktion Genklage, Tübingen, Tel. +49 (0)7071 / 687038, www.stoppotgennahrungsmittel.de

Gentechnikrecht II

Freisetzungen nicht geheim

■ Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU darf nicht vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Das entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Februar in Luxemburg (Az: C-552/07). Demnach haben die Bürger Anspruch auf umfassende Informationen. Die Behörden müssen dabei auch die genaue Lage der Felder angeben.

2004 hatte ein Bürger im elsässischen Sausheim Auskunft verlangt, wo in seinem Wohnort Genpflanzen ausgesät wurden. Die französischen Behörden gaben nur einen Teil der Informationen heraus. Vor allem verweigerten sie das Kartenmaterial,

aus dem die genauen Standorte hervorgehen. Eine Veröffentlichung beeinträchtigt die Privatsphäre und die Sicherheit der betroffenen Landwirte, so die Begründung.

Die EuGH-Richter schufen nun Klarheit. Ziel des EU-Rechts sei vollständige Transparenz. Daher hätten die Bürger Anspruch auf nahezu sämtliche Angaben, die der Anmelder der Freisetzungversuche gemacht habe. [mbu]

► www.kurzlink.de/eugh-gen-standorte

Exportsubventionen

EU-Milch ruiniert Kleinbauern

■ Seit März hat die EU-Kommission mehrere zehntausend Tonnen Butter und Magermilchpulver aufgekauft, um die Milchpreise in Europa zu stabilisieren. Ende Januar waren bereits die EU-Exportsubventionen für Milchprodukte wieder eingeführt worden. Das kritisieren die Entwicklungsorganisation Oxfam und die alternative Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Die strukturellen Probleme der EU-Milchwirtschaft blieben ungelöst, sagte Marita Wiggerthale, Handlungsexpertin von Oxfam Deutschland.

Entwicklungsländer sind wichtige Absatzmärkte für europäische Agrarprodukte. 2007 gingen dorthin mehr als zwei Drittel der Milchexporte. „Die billigen Milchpulver- und Frischmilchimporte unterbieten die Preise der einheimischen Kleinbauern und gefährden ihre Existenzgrundlagen“, so Wiggerthale. Hunderttausende Kleinbauern könnten mit subventionierten Dumpingpreisen nicht mithalten, sagte Berit Thomsen von der AbL. Die Folgen seien Armut und Hunger. Die Agrarpolitik in Deutschland und Europa habe durch die Ausweitung der Milchquote dieses Dumping provoziert – auch zulasten der Milchherzeuger in Deutschland. [mbu]

- Oxfam, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 42850621, www.oxfam.de. Hintergrund (PDF, 5 S., 74 kB): www.kurzlink.de/oxfam-milchexporte
- www.milchdumping-stoppen.de
- www.abl-ev.de

„Wir prüfen nicht wie die Polizei oder wie ein Staatsanwalt“

Wer mit Ökolebensmitteln sein Geld verdienen will, muss sich laut EU-Ökoverordnung einem staatlich geregelten Kontrollverfahren unterziehen. In Deutschland sind dafür rund 20 Ökokontrollstellen zuständig. Trotz schwarzer Schafe auch in der Biobranche boomt der Markt weiterhin. Wie VerbraucherInnen vor Lebensmittelskandalen und Etikettenschwindel geschützt werden können, erläutert Rainer Friedel, Geschäftsführer der Agro-Öko-Consult Berlin.

umwelt aktuell: Sie haben mit einem Hersteller oder Verkäufer von Biolebensmitteln einen Vertrag geschlossen. Was passiert dann?

Rainer Friedel: Zunächst gibt es die Ersterhebung. Das ist eine angemeldete Kontrolle. Da kommt einer unserer Kontrolleure zu dem Unternehmen und führt dort die Prüfung durch. Das Erste ist die Betriebsbegehung. Man läuft durch das Unternehmen und schaut sich an, was man mit den Augen sieht. Dadurch, dass unsere Kontrolleure Fachleute sind, haben sie natürlich einen geschärften Blick für die einzelnen Sachverhalte – egal, ob das ein Landwirtschaftsbetrieb ist oder ein Verarbeitungsbetrieb oder ein Händler.

Was sind das beispielsweise für Spezialisten?

Die Landwirtschaftsbetriebe werden bei uns von Landwirten kontrolliert. Alle Landwirte bei uns haben studiert. Im Lebensmittelbereich haben wir Lebensmittelingenieure, Lebensmitteltechnologien und einen Koch.

Reicht der geschärfte Blick aus?

Nein, darauf folgt dann die Unterlagenprüfung. Dabei werden Lieferscheine und Ausgangsrechnungen als die wichtigsten Belege kontrolliert. Zunächst stellt der Kontrolleur fest: Wie ist der Warenfluss? Das heißt, ausgehend von dem, was verkauft wurde, rechnet er zurück: Hat der Einkauf ausgereicht, diese Menge an Bioprodukten zu produzieren? Wenn ein Gastwirt sagt, er hat in einem bestimmten Zeitraum 30 Portionen mit Biogemüse, Biokartoffeln und Bioenten verkauft, dann lassen wir uns ein Rezept geben, in dem die einzelnen Mengenanteile stehen. Und dann wird zurückgerechnet anhand seiner Lieferscheine. Weil der Verkauf in der Regel über eine Registrierkasse abläuft, ist also ganz klar, wie viel in diesem Restaurant wirklich verkauft wurde.

Wenn ein Betrieb das Biosiegel hat, wie geht es dann weiter?

Es gibt auch unangemeldete Kontrollen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum Beispiel waren bei einem Unternehmen im vergangenen Jahr die Unterlagen nicht ordnungsgemäß. Oder es gab Auflagen und wir

überprüfen, ob die komplett erfüllt sind. Eine dritte Möglichkeit: Es gab eine Anzeige; die sind in aller Regel anonym. Dem gehen wir natürlich sofort nach durch eine unangemeldete Kontrolle.

Wie konnte es passieren, dass ein Betrug wie der von Putenzüchter Franzsander, der den Tieren konventionelles Mastfutter gab, so lange unentdeckt blieb?

Es ist einfach so, dass wir mit unseren Mitteln prüfen, ähnlich wie eine Behörde. Das heißt, wir unterstellen, dass dort nicht unbedingt kriminelle Energie dahintersteckt. Wir prüfen also nicht wie die Polizei oder wie ein Staatsanwalt. Die meisten Abweichungen, die durch Versehen oder durch falsche Handlungsweise zustande kommen, erkennen wir. Die Fälle, wo kriminelle Energie dahintersteckt, wo Unterlagen gefälscht, falsche Aussagen gemacht werden, die erkennt nicht mal unbedingt der Staatsanwalt. Und wir erkennen das mit unseren Mitteln bestimmt nicht sofort.

Was muss geschehen, um dies zu verbessern?

Ich glaube, dass in der Summe die Instrumente, die wir bis jetzt haben, ausreichend sind, um Abweichungen festzustellen. Denn sie werden ja festgestellt, und zwar häufiger im ökologischen Landbau als im konventionellen.

Warum?

Sie werden deshalb häufiger festgestellt, obwohl sie seltener sind, weil das Kontrollverfahren viel intensiver ist. Im konventionellen Landbau gibt es kein vergleichbares Kontrollverfahren. Es gibt dort die Lebensmittelkontrolle und die gilt ganz genauso für Ökobetriebe. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Kontrolle ist der Wettbewerb. Das heißt, die meisten Missstände werden von den Mitbewerbern signalisiert. Ein Betrieb, dem das Zertifikat entzogen wurde, muss alle seine Kunden selbst informieren. Er muss also schreiben: Ich darf Sie nicht mehr mit Biolebensmitteln beliefern. Das ist ein äußerst blamabler Brief. So jemand wie Franzsander ist in der Branche für immer erledigt.

Stimmt es, dass ein Betrieb einfach die Kontrollstelle wechseln kann, wenn ihm diese nicht mehr passt?

Ja, natürlich hat er ein Kündigungsrecht, weil es ein Vertrag ist. Aber hier hat der Gesetzgeber einen Riegel vorgeschoben, sodass ein Betrieb vom Regen in die Traufe kommt, wenn er tricksen will. Er kann zwar weggehen, aber sämtliche Kontrollunterlagen mit allen Auflagen gehen an die nächste Kontrollstelle. Zudem informieren sich die Kontrollstellen gegenseitig. Und wenn es ein schwarzes Schaf der Branche ist, dann gibt es auch die Warnung durch die Behörde.

Wer kontrolliert Sie?

Oje, ich glaube, es gibt kaum ein System, das so vielschichtig ist wie die Kontrolle im ökologischen Landbau. Als Erstes kontrolliert sich das Unternehmen selbst. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt, weil ein überwiegender Anteil der ökologischen Erzeuger dieser Produktionsweise anhängt, weil er damit eine Philosophie verbindet. Dann wird das Unternehmen von unserem Kontrolleur kontrolliert. Dann wird der Kontrolleur von der Kontrollstelle kontrolliert. Bevor das Biozertifikat vergeben wird, entscheidet die Kontrollstelle nach dem Vier-Augen-Prinzip. Es gibt auch eine Vielzahl begleiteter Kontrollen mit Vertretern der zuständigen Landesbehörden. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, die für die Zulassung der Kontrollstellen zuständig ist, kontrolliert nach Aktenlage den Ausbildungsstand und Weiterbildungsverlauf der Kontrolleure.

[Interview: Marion Busch]

Der Agrarwissenschaftler Dr. Rainer Friedel ist Geschäftsführer der Agro-Öko-Consult Berlin GmbH, die Biounternehmen kontrolliert.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
5478-2353,
E-Mail:
rainer.friedel@aoec.de,
www.aoec.de



NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Urwaldschutz

Aus für illegales Holz?

■ Mit einem weitreichenden Gesetzentwurf hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments Mitte Februar dem illegalen Holzeinschlag den Kampf angesagt. Ein komplexes Prüfsystem soll verhindern, dass in Europa Holz aus illegalen Quellen gehandelt und verarbeitet wird. Firmen müssen dann genau dokumentieren, woher ihr Holz stammt. Nationale Behörden sollen Verstöße ermitteln und Sanktionen verhängen dürfen. Der Entwurf geht weit über den Kommissionsvorschlag vom vergangenen Oktober hinaus. Jetzt müssen EU-Parlament und Ministerrat zustimmen. Die endgültige Entscheidung des Parlaments wird für den 23. April erwartet. Seit fünf Jahren wird über ein solches Gesetz in Brüssel gestritten. In Deutschland startete mit dem rot-grünen Urwaldschutzgesetz eine ähnliche Initiative, wurde aber zu Gunsten der EU-Regelung gestoppt. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/umweltausschuss-holz (Nr. 11)
- ▶ WWF, Anke Schulmeister, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7400922, E-Mail: aschulmeister@wwfepo.org, www.wwf.org

Arten- und Biotopschutz

30 Jahre Vogelschutzrichtlinie

■ Am 2. April wird die europäische Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (79/409/EWG) 30 Jahre alt. Sie regelt EU-weit den Schutz von Wildvogelarten und schreibt die Einschränkung und Kontrolle der Jagd sowie die Einrichtung von Vogelschutzgebieten (Special Protected Areas – SPA) zur Erhaltung, Wiederherstellung oder Neuschaffung der Lebensräume von Wildvögeln vor.

Die Meldung der Vogelschutzgebiete steht nun nach 30 Jahren in Deutschland kurz vor dem Abschluss. Mittlerweile sind etwa neun Prozent der Landesfläche als Vogelschutzgebiet ausgewiesen. Das entspricht etwa 55 Prozent der Fläche aller Important Bird Areas (IBA) – der von der Vogelschutzorganisation BirdLife nach wissenschaftlichen Kriterien identifizierten Referenzgebiete für die Auswahl der SPAs. Doch vor allem in einigen Staaten Südeuropas werden noch immer jährlich mehrere Millionen Zugvögel getötet. Naturschützer betonten, es gebe viele Gründe zu feiern, aber noch mehr, sich weiter konsequent für den europäischen Artenschutz einzusetzen. [bv]

- ▶ NABU, Claus Mayr, Brüssel, Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: claus.mayr@nabu.de

EU-Bodenschutz I

Bodenschutz ist Klimaschutz

■ Ein im März veröffentlichter Bericht der EU-Kommission unterstreicht die Bedeutung der Böden für den Klimaschutz durch die Bindung von CO₂. Die in Böden gebundene Kohlenstoffmenge ist laut der Studie etwa doppelt so groß wie in der Atmosphäre und dreimal so groß wie in der Vegetation. In Europa enthalten die Böden demnach rund 75 Milliarden Tonnen Kohlenstoff. Fast die Hälfte davon sei in den Torfmooren Skandinaviens und der britischen Inseln gespeichert. Der Schutz der Torfböden sei somit besonders wichtig. Eine falsche Bodenbewirtschaftung habe Folgen für den Klimawandel.

Während Grünland und Wälder Kohlenstoff binden, setzt Ackerland ihn frei. Der Bericht prognostiziert, dass künftig noch mehr Grünland- und Waldflächen in Kulturlächen umgewandelt werden. Die Studie zeigt aber auch Möglichkeiten der CO₂-Minderung in der Landwirtschaft auf. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, die Datenlage und Überwachung der europäischen Böden zu verbessern und sie bei künftigen Klimaschutzabkommen stärker einzubeziehen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (IP/09/353)
- ▶ www.ec.europa.eu/environment/soil

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Megacitys – Risikolebensräume mit Zukunft

Das unkontrollierte (Bevölkerungs-)Wachstum stellt die Megastädte und die gesamte Menschheit vor gewaltige ökologische sowie soziale Herausforderungen.

Die Autor(inn)en der *politische ökologie*¹¹⁴ analysieren die vielschichtigen Probleme wie Armut oder Versorgungsengpässe und zeigen Strategien, mit denen Megastädte die Lebensbedingungen ihrer Bewohner(innen) verbessern können.

- _ Wie lässt sich das Chaos regieren?
- _ Was bedeutet die Megaurbanisierung für die Welt?
- _ Worin können Megacitys Vorbild sein?

Mit Beiträgen von G. Mertins, G. Meinert, O. Schöller-Schwedes, A. Schaubert, B. Petersen, F. Kraas u.v.m.

Stillen Sie Ihre Neugier! Fordern Sie Heft 114 an_14,90 EUR (inkl. Versand)/23,80 CHF!
_ISBN 978-3-86581-130-1_oekom verlag_ Fax 089/54 41 84-49_neugier@oekom.de_www.oekom.de



EU-Bodenschutz II**Frischer Wind für den Boden?**

■ Nach Angaben des Umweltinformationsdienstes ENDS Europe daily wollen die EU-Staaten die festgefahrenen Verhandlungen zu einer Bodenschutzrichtlinie wieder aufnehmen. Größter Streitpunkt bleibt der Umgang mit kontaminierten Böden. Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission von 2006 wird seit Dezember 2007 von Deutschland und vier weiteren Mitgliedstaaten blockiert. Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft will nun das Thema wieder auf die Agenda setzen. Ein Sprecher des Umweltministeriums in Prag warnte jedoch, die nötige Einigung bis zum Sommer sei kaum zu erreichen. [bv]

Klimawandel**Welche Vögel bleiben?**

■ Der Klimawandel bedroht laut einer Veröffentlichung im Onlinejournal PLoS One langfristig drei Viertel der Vogelarten. Die Forscher hatten Daten zum Klimawandel und den Beständen von 122 Vogelarten seit den 1980er-Jahren verglichen. 30 Arten, darunter Wiedehopf und Pirol, werden sich laut der Studie künftig ausbreiten. 92 Arten wie der Kiebitz und die Bekassine werden Bestandseinbußen haben. [bv]

► www.kurzlink.de/klimawandel-voegel

Biotopvernetzung**„Grüne“ Infrastruktur**

■ Eine neue Broschüre des Europäischen Umweltbüros verdeutlicht, warum die Vernetzung von Biotopen für den Kampf gegen den Verlust der Artenvielfalt, besonders in Zeiten des Klimawandels, notwendig ist. „Building green Infrastructure for Europe“ gibt Anregungen für eine europäische Biodiversitätspolitik nach 2010. [bv]

► www.kurzlink.de/green-infrastructure (PDF, 1 MB)

Globaler Biodiversitätsschutz**Neue Strategie gefragt**

■ Umweltexperten aus aller Welt haben sich auf Einladung des Bundesumweltministeriums im März in Bonn getroffen, um neue weltweite Ziele und eine neue Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu entwickeln. Konsens war, dass die Weltgemeinschaft die Leistungsfähigkeit von Ökosystemen stärker in den Mittelpunkt der politischen Anstrengungen stellen sollte. „Ein besserer Schutz für die natürlichen Ressourcen wird auch der weltwirtschaftlich kostengünstigere Weg sein“, betonte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Ein Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) ist die Vorbereitung einer UN-Generalversammlung im nächsten Jahr, die Ziele für den weltweiten Naturschutz bis 2020 beschließen soll. [bv]

► www.bmu.de

US-Artenschutzgesetz**Obama streicht Bush-Erlass**

■ US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, die von seinem Vorgänger vorgenommene Schwächung des Artenschutzgesetzes zurückzunehmen. George W. Bush hatte den Endangered Species Act kurz vor Ende seiner Amtszeit stark aufgeweicht, indem er die Pflicht zur Prüfung neuer Bauvorhaben auf ihre Konsequenzen für den Artenschutz außer Kraft setzte. Umweltschützer begrüßten Obamas Ankündigung, befürchten allerdings, dass der positive Effekt durch andere politische Initiativen etwa zur Förderung von Biosprit konterkariert werden könnte. Obama plant eine Erhöhung der Biospritproduktion auf jährlich 136 Milliarden Liter bis 2022. Den damit einhergehenden Anbau von Energiepflanzen auf bislang unbewirtschafteten Flächen betrachten Ökologen als neue Gefahr für die biologische Vielfalt. [sb]

► Global Justice Ecology Project, Dr. Rachel Smolker, E-Mail: rsmolker@globaljusticeecology.org

Bundeswaldgesetz**Keine Kahlschläge, außer ...**

■ Im März hat sich die Koalition in Berlin auf eine Novellierung des Bundeswaldgesetzes geeinigt und damit einen monatelang schwelenden Konflikt beendet. Insbesondere das von Naturschützern dringend geforderte Kahlschlagverbot war Anlass zum Streit. Der Kompromiss ist nun ein „grundsätzlicher Verzicht auf Kahlschläge“ – mit Ausnahmen. Waldbesitzer sollen stabile, vitale und standortheimische Wälder aufbauen und eine „gute fachliche Praxis“ einhalten. Schnellwuchsplantagen und Agroforstflächen sollen aus dem Staatswaldbegriff herausgenommen werden, um die Bioenergieerzeugung zu erleichtern.

Umweltverbände kritisierten die Novelle scharf. Zwar beinhalte sie einige Fortschritte, bleibe jedoch in weiten Teilen viel zu vage. Insbesondere was „gute fachliche Praxis“ sei, werde nur undeutlich definiert. Konkrete Vorgaben, etwa die Pflicht, eine angemessene Menge Totholz zu belassen, fehlten. Auch die Ausnahmen vom Kahlschlagverbot seien nicht vertretbar. [sb]

► NABU, Waldexperte Johannes Enssle, Tel. +49 (0)30 / 284984-1623, E-Mail: johannes.enssle@nabu.de, www.nabu.de/wald

Waldzustandsbericht**Eichen sterben schneller**

■ Nach der Ende Februar vom Bundeslandwirtschaftsministerium veröffentlichten Waldzustandserhebung 2008 sind weiterhin zwei von drei Bäumen krank. Besonders der Zustand der Eichen, von denen 52 Prozent schwere Schäden aufwiesen, sei besorgniserregend, so der WWF. Hauptursachen für die Waldschäden seien die hohe Belastung des Grundwassers und der Böden mit Ammoniak und Stickoxiden aus der Intensivlandwirtschaft, bodennahes Ozon sowie die zunehmende Trockenheit wegen des Klimawandels. [sb]

► WWF, Waldexperte Johannes Zahnen, Frankfurt/Main, Tel. +49 (0)69 / 79144-191, www.wwf.de

STADT & REGION

Umweltpreis**EU kürt „grüne Hauptstädte“**

■ Ende Februar hat die EU-Kommission erstmals die Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“ verliehen: Stockholm und Hamburg dürfen sich 2010 und 2011 nacheinander mit dem neuen Titel schmücken. Der Preis wird künftig jährlich an Städte verliehen, die besonderes Engagement für den Umweltschutz zeigen. Verglichen werden die Bewerberstädte anhand von zehn Umweltindikatoren durch eine Jury, in der unter anderem die EU-Kommission, die Europäische Umweltagentur und Umweltorganisationen vertreten sind.

Stockholm und Hamburg setzten sich gegen 33 andere Städte durch. In seiner Festrede sagte EU-Forschungskommissar Janez Potočnik, die Maßnahmen beider Städte zu Luftreinhaltung, Verkehrsberuhigung, Klimaschutz, Abwasser- und Abfallbeseitigung seien vorbildlich. Angesichts der in Hamburg geplanten neuerlichen Elbvertiefung meldeten UmweltschützerInnen jedoch Zweifel an der Vorbildlichkeit des deutschen Preisträgers an. Sie befürchten dramatische Auswirkungen auf das Flussökosystem. [sb]

► www.kurzlink.de/greencapital

Cross-Border-Leasing**Städte vor dem Haushaltsloch**

■ Von der schweren Krise der US-Versicherung AIG könnten auch deutsche Kommunen betroffen sein. Zahlreiche Städte hatten zur Haushaltssanierung Teile ihrer Infrastruktur an Investoren verkauft und mit langjährigen Verträgen per „Cross-Border-Leasing“ zurückgemietet. Über eine Laufzeit von mehreren Jahrzehnten gingen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung oder öffentliche Verkehrsträger an US-Firmen. Dadurch entstanden in den USA Steuervorteile, die an die deutschen

Kommunen weitergereicht wurden. Erst 2004 schafften die USA die Regelung ab. Umweltverbände und das Attac-Netzwerk hatten gewarnt, dass Cross-Border-Leasing die kommunale Daseinsvorsorge, die Verfügungsgewalt der Kommunen über Ressourcen und Dienstleistungen und deren Kontrolle durch die BürgerInnen gefährde. Etwa 150 solcher Geschäfte wurden getätigt, unter anderem in Leipzig, Hamburg, Berlin und Wuppertal. Einige der Städte haben sich nun an das Finanzministerium mit der Bitte um Hilfe gewandt. Doch dort hält man sich bedeckt, da es sich um Risikogeschäfte handele. [jg]

► www.kurzlink.de/cross-border-leasing

TIERSCHUTZ & ETHIK

Nutztierhaltung**Kaninchenhaltungsstandards**

■ Im März hat sich der Bundesrat auf eine Resolution zur Schaffung tiergerechter Standards für die Kaninchenhaltung geeinigt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für EU-einheitliche Kaninchenhaltungsstandards einzusetzen. Wenn dies nicht möglich ist, soll der Bund nationale Standards einführen. Zwar haben einige Handelsketten Kaninchenfleisch bereits freiwillig aus dem Sortiment genommen, doch flächendeckende Verbesserungen der Haltungsbedingungen konnten bisher nicht erreicht werden.

Mastkaninchen werden meist in winzigen Käfigen gehalten, ähnlich wie Hühner in Legebatterien. Natürliche Verhaltensweisen wie Hoppeln und Aufrichten werden unterbunden. Die Folge sind schwere Krankheiten und Verhaltensstörungen. Tierschutzverbände begrüßten den Bundesratsvorstoß als längst überfällig. [sb]

- Menschen für Tierrechte, Augustdorf/Lippe, Tel. +49 (0)5237 / 2319790, www.tierrechte.de
- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604960, www.tierschutzbund.de/00218.html

Tierversuche**Kosmetika tierversuchsfrei**

■ Seit dem 11. März dürfen Inhaltsstoffe von Kosmetika EU-weit nicht mehr an Tieren getestet werden. Auch der Verkauf von Produkten mit tierversuchstesteten Bestandteilen ist untersagt. Tierschutzverbände begrüßten die neue EU-Richtlinie, kritisierten jedoch, dass sie Hintertüren für die Kosmetikindustrie offenhalte.

Einige Tests von Kosmetikinhaltsstoffen sind noch bis 2013 erlaubt, bei „ernsthaften Bedenken“ auch danach. Zudem gilt das Verbot nicht für Substanzen, die außerhalb der EU getestet wurden. Es bezieht sich auch nur auf Inhaltsstoffe, die ausschließlich für Kosmetikprodukte verwendet werden – Tierschützern zufolge ein großes Schlupfloch für die Kosmetikfirmen, deren Rohstoffe oft auch Bestandteil anderer chemischer Produkte sind. Letztere fallen jedoch unter die Chemikalienverordnung REACH, die Tierversuche in vielen Fällen erlaubt. Mehrere Tierschutzverbände forderten deshalb die EU auf, den Weg bis zu einem Verbot sämtlicher Tierversuche weiterzugehen.

Eine Meinungsumfrage des britischen Instituts YouGov in sechs EU-Ländern ergab im März, dass vier von fünf EU-BürgerInnen unnötige und mit Leiden verbundene Tierversuche ablehnen. [sb]

► Deutscher Tierschutzbund, Brigitte Rusche, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604960, www.tierschutzbund.de

Vogeljagd**Steinfallen sind rechtswidrig**

■ Das Komitee gegen den Vogelmord (KgdV) hat im Februar eine Dokumentation über Steinquetschfallen bei der EU-Kommission in Brüssel vorgestellt. Auf ihren Antrag befasst sich damit auch der Petitionsausschuss des EU-Parlaments. Im französischen Zentralmassiv war der Vogelfang mit Steinfallen nach über 100-jährigem Verbot 2005 wieder erlaubt worden. Die Fallen bestehen aus kiloschweren Kalksteinplatten, die auf kleine Stöckchen

gestellt und mit Beeren beködert werden. Die Vögel werden unter den Platten begraben. Zum Fang freigegeben sind Amseln und mehrere Drosselarten. Oft werden aber auch Arten gefangen, die durch die EU-Vogelschutzrichtlinie geschützt sind. Mit Gutachten hatte die französische Regierung die EU-Kommission noch 2005 vom Gegenteil überzeugt. Seit 2006 untersuchte das Komitee gegen den Vogelmord daraufhin rund 2.000 Fallen. Darin fanden sich laut der Dokumentation fast 20 Prozent geschützte Vogelarten. Auch die von Paris angegebene Fangquote sei viel zu niedrig. Die Fallen verstießen damit gegen EU-Recht, so das Komitee, das im Internet eine Protestaktion gestartet hat. [mb]

- ▶ KgdV, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 665521, E-Mail: info@komitee.de, www.komitee.de (Protest)

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europawahlen I

Wahlprogramme und KandidatInnen stehen fest

■ Alle großen und einige kleinere Parteien haben ihre Europawahlprogramme und KandidatInnenlisten veröffentlicht. Die 99 deutschen EU-Abgeordneten werden – ebenso wie 17 aus Österreich – am 7. Juni gewählt. Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) hat die Listen und Programme der großen Parteien im Internet veröffentlicht. Der Dachverband forderte die BürgerInnen auf, zur Wahl zu gehen. 80 Prozent der Umweltschutzgesetzgeber werden in Brüssel angestoßen, so der DNR. Die Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament seien daher entscheidend für die Natur- und Umweltschutzpolitik nicht nur in Brüssel, sondern auch in Berlin oder München. [jg]

- ▶ www.bundeswahlleiter.de
- ▶ www.eu-koordination.de (Europawahlen 2009)
- ▶ www.europarl.eu

Europawahlen II

Umweltverbände richten Forderungen an Kandidaten

■ Ein breites Bündnis von Umweltorganisationen hat unter dem Dach des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) ein Wahlmemorandum für die zukünftigen Abgeordneten des Europaparlaments vorgelegt (siehe Beilage in diesem Heft). Die zehn Forderungen für ein umweltfreundliches Europa reichen von Artenschutz bis zu globaler Verantwortung. Für jedes Themenfeld haben die Verbände ihre Vorstellungen für die nächste Legislaturperiode von 2009 bis 2014 formuliert. Die EU-ParlamentarierInnen sollen sich unter anderem dafür einsetzen, dass die EU zur energie-, ressourcen- und verkehrseffizientesten Wirtschaft der Welt wird.

„Die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 ist ein wichtiger Zeitpunkt, um der Welt eine neue EU-Vision zu präsentieren: eine Agenda, die nicht auf Ängsten, der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Ökosysteme sowie Tierquälerei basiert, sondern auf den europäischen Werten Frieden, Zusammenarbeit, Integration, Solidarität sowie Respekt vor Mensch, Tier und Umwelt“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Ein „ökologischer New Deal“ müsse Umwelt, Soziales und Ökonomie zusammenführen. Das gehe nur im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen. Öffentliche Gelder sollten nur für öffentliche Güter wie die Wasser- und Bodenqualität oder den Biotopschutz ausgegeben werden und nicht für umweltschädliche Infrastrukturen.

Die Forderungen im Einzelnen:

- ▶ Verlust der Artenvielfalt und Zusammenbruch der Ökosysteme aufhalten;
- ▶ die Agrarpolitikreform voranbringen;
- ▶ im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen agieren;
- ▶ einen nachhaltigen EU-Haushalt erreichen;
- ▶ ein sauberes und effizientes Energiesystem fördern;
- ▶ eine sauberere und sicherere Umwelt für gesündere Europäer schaffen;
- ▶ globale Verantwortung übernehmen;

- ▶ ein internationales Klimaabkommen durch eine Führungsrolle der EU ermöglichen;
- ▶ Europa zur verkehrseffizientesten Wirtschaft der Welt machen;
- ▶ die Umsetzung der Umweltgesetzgebung verbessern.

Das Memorandum ist mit den Forderungen der zehn größten europäischen Umweltverbände abgestimmt. [jg]

- ▶ www.eu-koordination.de (Europawahlen 2009 – Positionen zur Europawahl)

EU-Regionalpolitik

Geld für „grüne“ Projekte

■ EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner will Initiativen und Maßnahmen im Umweltbereich stärker unterstützen. Dafür stellte die EU 105 Milliarden Euro bereit, die bis 2013 in die Kohäsionspolitik fließen sollen, dreimal so viel wie in der letzten Förderperiode. 54 Milliarden Euro sollen die Mitgliedstaaten für die Umsetzung der Umweltschutzgesetzgebung ausgeben, weitere 28 Milliarden für besseres Abfall- und Abwassermanagement.

Auch für Klimaschutz sind Mittel vorgesehen: 23 Milliarden Euro für den Bahnverkehr, sechs für städtischen Verkehr, 4,8 für erneuerbare Energien und 4,2 Milliarden für Energieeffizienzmaßnahmen. Eine Liste mit den Ausgaben aller Mitgliedstaaten für Umweltprojekte aus dem Kohäsionsstopf wurde im Internet veröffentlicht. Danach will Deutschland 4,2 Milliarden in Umweltprojekte investieren. Die EU-Kohäsionspolitik will einen Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren europäischen Regionen erreichen.

Umweltorganisationen kritisierten die Fördermittelvergabe für Neubauprojekte wie Müllverbrennungsanlagen und Straßen und verliehen an besonders problematische Vorhaben den Negativpreis „RegioScars“. [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search – Reference: IP/09/369)
- ▶ www.kurzlink.de/regioscars-2009

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 18 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274

E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at

Web: www.ifz.tugraz.at/sote

EU-Kommission

Viele Pläne für 2010

■ Die EU-Kommission hat Mitte Februar ihre jährliche Strategieplanung für das kommende Jahr veröffentlicht. Dies ist der erste Schritt für die Festsetzung der politischen Prioritäten. Wenn im Herbst die neue EU-Kommission eingesetzt ist, wird diese hieraus ihr operatives Arbeitsprogramm entwickeln. Schon jetzt ist abzusehen, dass die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch 2010 noch spürbar sein werden. Falls der Lissabon-Vertrag in Kraft tritt, werden zudem wichtige Änderungen für alle EU-Institutionen eintreten.

Die Ziele für 2010 haben vier Schwerpunkte: wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, bürgernahe Politik und Europa als Partner in der Welt.

Beim Klimaschutz stehen die Folgemaßnahmen zu der Konferenz über ein neues UN-Abkommen im Dezember in Kopenhagen ganz oben auf der Agenda. Im Frühjahr 2010 will der Europäische Rat einen Energieaktionsplan bis 2014 verabschieden.

2010 sollen das Natura-2000-Schutzgebietsnetz fertig sein. Die Erfolge der EU im Biodiversitätsschutz sollen bilanziert und an dem Ziel, bis 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen, gemessen werden. Die Mittel für das Umweltförderprogramm LIFE+ werden nach jetziger Planung um 6,9 Prozent aufgestockt.

2010 soll auch der „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik vollständig umgesetzt sein. Gleichzeitig sollen 479 Millionen Euro von den Direkthilfen zum Bereich ländliche Entwicklung übertragen werden. Eine Milliarde ist für „Breitbandinfrastrukturen in ländlichen Gemeinden“ vorgesehen. Außerdem soll die EU-Fischereipolitik reformiert werden.

Die Kommission will 2010 die integrierte Meerespolitik weiter fördern und umsetzen. Dazu gehören Langzeitprojekte zur Seeüberwachung, zur maritimen Raumplanung und zur Datenerhebung. [jg]

► www.ec.europa.eu/atwork (Jährliche Strategieplanung)

Katastrophenschutz

EU gegen Naturkatastrophen

■ Die EU-Kommission will die Katastrophenschutzmaßnahmen der Mitgliedstaaten durch koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene ergänzen und die Katastrophenvorsorge in ihre Entwicklungszusammenarbeit integrieren. Mitte Februar veröffentlichte sie entsprechende Mitteilungen. Als direkte Folge des Klimawandels seien die EU-Staaten von immer häufigeren und heftigeren Naturkatastrophen betroffen, sagte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Da Entwicklungsländer schon heute stärker unter Naturkatastrophen leiden, sei die Katastrophenvorsorge vor allem in die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Wiederaufbaumaßnahmen zu integrieren. Zusätzliche Finanzierungsinstrumente sind allerdings nicht vorgesehen. Ein Umsetzungsplan soll im Juni vorliegen. [sb, jg]

► Katastrophenschutzstrategie: www.eur-lex.eu (Einfache Suche – Nummer – KOM-Dokument 2009/0082 und 2009/0084)

Umweltgesetzbuch

Rettende Einzelgesetze

■ Nachdem die Große Koalition mit ihrem Vorhaben gescheitert ist, ein einheitliches Umweltgesetzbuch (UGB) zu schaffen, hat sich das Kabinett im März auf mehrere Einzelgesetze geeinigt. Nicht mehr die Bundesländer sind danach künftig für Naturschutz und Wasserrecht zuständig, sondern der Bund. Auch das sei nicht einfach gewesen, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), der der CSU-Führung wegen ihrer Blockadehaltung beim UGB wie auch bei den Einzelgesetzen „Doppelzüngigkeit und Inkonsequenz“ vorwarf.

Über die vier neuen Gesetze müssen nun Bundestag und Bundesrat beraten und möglichst noch vor Ende dieser Legislaturperiode entscheiden. Es handelt sich um die Gesetze zur Neuregelung des Naturschutzes und der Landschaftspflege,

zur Neuregelung des Wasserrechts und zur Regelung des Schutzes vor nicht ionisierender Strahlung sowie das Rechtsbereinigungsgesetz Umwelt. Auch die Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) sollen in Bundeszuständigkeitübergehen.

Nach Angaben von Ulrike Flach (FDP), Berichterstatterin für den Haushalt des Bundesumweltministeriums (BMU), hat das gescheiterte Umweltgesetzbuch die SteuerzahlerInnen mindestens 1,2 Millionen Euro allein zwischen 2006 und 2008 gekostet – je zur Hälfte für Personal sowie für Konferenzen und Gutachten. Da in der Kürze der Zeit nicht alle Personalmitel analysiert werden konnten, wird damit gerechnet, dass die tatsächlichen Kosten noch weit darüber liegen. [jg]

- ▶ BMU: www.umweltgesetzbuch.de
- ▶ Umweltverbände: www.umweltgesetzbuch.org
- ▶ www.ulrike-flach.de (Presse – 12.02.2009)

Verbandsklage

Verbände hoffen auf EU-Recht

■ Vor dem nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht (OVG) läuft zurzeit ein Klageverfahren des BUND gegen das geplante Steinkohlekraftwerk der Trianel-Gruppe in Lünen bei Dortmund. Seit Anfang März ruht die Klage, denn das OVG hat den Europäischen Gerichtshof (EuGH) bei der Klärung der Frage, in welchem Umfang Umweltverbände überhaupt klagen dürfen, um „Amtshilfe“ gebeten. Der EuGH soll entscheiden, ob ein Verband auch dann klagen kann, wenn allgemeine Rechtsgüter wie der Schutz der Allgemeinheit oder Gesundheit betroffen sind. Im deutschen Recht ist eine Klage bisher nur erlaubt, wenn die eigenen Rechte eines Klägers verletzt wurden. Das EU-Recht geht aber darüber hinaus. Wie dies im Einzelfall aussieht, soll der EuGH nun klären. Die Entscheidung fällt voraussichtlich in ein bis zwei Jahren. [jg]

- ▶ BUND NRW, Dirk Jansen, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 302005-22, E-Mail: dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de

VERKEHR & TOURISMUS

Integrierte Verkehrsplanung

Netze planen statt Straßen

■ Die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) hat neue „Richtlinien für integrierte Netzgestaltung“ (RIN) veröffentlicht. Sie begründen eine neue Generation von Regelwerken und dehnen die „Richtlinien für die Anlage von Straßen“ von 1988 auf eine integrierte Betrachtung aller Verkehrsträger aus. Gerade im öffentlichen Verkehr und beim Radverkehr werde damit Neuland beschritten, sagte der Verkehrsforscher Jürgen Gerlach, Professor an der Universität Wuppertal. Leitgedanke der RIN ist die Erreichbarkeit der sogenannten Zentralen Orte, nach der sich das Verkehrsnetz richten soll. Die neuen Richtlinien liefern bundeseinheitliche Standards für Systemanalysen und -vergleiche. Als methodische Hilfen sollen sie Eingang in die regionale Verkehrs- und Raumplanung finden.

Die FGSV ist ein gemeinnütziger Verein mit zahlreichen Fachgremien, in denen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenwirken. Die RIN haben keine Gesetzeskraft, aber dennoch eine hohe Verbindlichkeit. [mb]

- ▶ FGSV, Köln, Tel. +49 (0)221 / 93583-0, Fax -73, E-Mail: koeln@fgsv.de, www.fgsv.de
- ▶ Fachartikel: www.kurzlink.de/mobilogisch-rin

Luftverschmutzung

Keine Diesellok ohne Filter

■ Nach Informationen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) verzögert die Deutsche Bahn die Anschaffung neuer Diesellokomotiven mit Partikelfiltern. 2004 hatte Bahnchef Hartmut Mehdorn zugesagt, alle neuen Dieselloks mit Filtern auszustatten und vorhandene nachzurüsten. Im März hatte die Bahn nach DUH-Angaben jedoch 130 neue Rangierloks ohne Partikelfilter bestellt. Die Bestellung wurde als Reak-

tion auf die Kritik inzwischen verschoben. Die neuen Loks stoßen große Mengen der Dieselpartikel aus, die in Deutschland nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation zu rund 75.000 vorzeitigen Todesfällen im Jahr führen. Die DUH forderte die Bundesregierung als Eigentümerin der Bahn auf, Mehdorn zurückzurufen. [mbu]

- ▶ DUH, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: info@duh.de, www.duh.de

Straßennutzungsgebühren

Lkw „auf der Kriechspur zur Kostenwahrheit“

■ Nach dem Willen des Europaparlaments dürfen die EU-Staaten künftig Speditionen auch die Kosten berechnen, die deren Lkw durch Staus, Lärm und Luftverschmutzung verursachen. Die Abgeordneten einigten sich im März in erster Lesung aber nicht auf eine gemeinsame Berechnung dieser sogenannten externen Kosten. Einführung und Ausgestaltung einer Lkw-Maut sind weiter den Mitgliedstaaten überlassen.

Das Parlament hatte 2006 die EU-Wegekostenrichtlinie, auch Eurovignettenrichtlinie genannt, verabschiedet. Dazu hatte die EU-Kommission im vergangenen Jahr vorgeschlagen, die externen Kosten in die Lkw-Maut einzubeziehen. Für Berichterstatter Saïd El Khadraoui (Sozialisten, Belgien) ist die Richtlinie „ein erster Schritt zur Anwendung des Verursacherprinzips“. Im EU-Ministerrat ist die Neufassung allerdings umstritten.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Michael Cramer kritisierte die Unverbindlichkeit des Parlamentsbeschlusses. Damit bewege sich der Güterverkehr nur auf der „Kriechspur zur Kostenwahrheit“. Zudem blieben Klimawandel- oder Unfallfolgekosten weiter unberücksichtigt. [mbu]

- ▶ www.europarl.eu (Regionen und Verkehr)
- ▶ EU-Parlament, Michael Cramer, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2845779, www.michael-cramer.de

Fehmarnbelt**Beltquerung wird teuer**

■ Im März hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf (16/12069) zum Vertrag mit Dänemark über die sogenannte feste Fehmarnbeltquerung vorgelegt. Kernstück ist ein Bauwerk (Brücke, Tunnel oder Kombination) für den Schienen- und Straßenverkehr über den 19 Kilometer breiten Fehmarnbelt. Hinzu kommt die erforderliche Hinterlandanbindung. Laut dem Vertrag wird Dänemark das Bauwerk errichten, bezahlen und betreiben. Für Ausbau und Finanzierung der Hinterlandanbindung auf deutscher Seite ist die Bundesrepublik verantwortlich. Der Bundesrat hatte im Februar keine Einwände gegen den Gesetzentwurf erhoben, der nun zur weiteren Beratung beim Verkehrsausschuss liegt.

Befürworter sehen die Fehmarnbeltquerung als vorrangiges Projekt für die transeuropäischen Verkehrsnetze und Schlüsselement für die zentrale Nord-Süd-Achse zwischen Mitteleuropa und den nordischen Ländern, die auch den Eisenbahnverkehr nach Skandinavien fördere.

Seit Langem kritisiert der NABU die Planungen und warnt nun vor hohen Baukosten. So lägen für die deutsche Hinterlandanbindung keine aktuellen Kostenschätzungen vor. Anfang 2008 hatte der Umweltverband ein Gutachten vorgelegt, wonach der Brückenbau insgesamt rund neun Milliarden Euro statt der geschätzten 5,6 Milliarden kosten wird. „Die Ausschussmitglieder sind gut beraten, sich die ökologischen Risiken und ökonomischen Nebenwirkungen von Fachleuten erklären zu lassen und auch das Kleingedruckte im deutsch-dänischen Staatsvertrag genau zu lesen“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Außerdem fehle das Thema Schiffssicherheit im Staatsvertrag. Die Zuständigkeiten beim Notfallmanagement sparten Schiff-zu-Schiff-Kollisionen aus, kritisierte Miller. Dabei entstände durch eine Brücke ein risikoreiches Nadelöhr in der am meisten befahrenen Wasserstraße der Welt. [mbu]

- ▶ NABU Schleswig-Holstein, Neumünster, Tel. +49 (0)173 / 9373241, www.nabu-sh.de

WASSER & MEERE

Ostsee**Umweltstatus inakzeptabel**

■ Der Umweltstatus der Ostsee ist einer aktuellen Bewertung der Helsinki-Kommission Helcom zufolge noch immer inakzeptabel. Es gebe aber vielversprechende Zeichen einer Verbesserung, so das von den Ostseeanrainern eingerichtete internationale Gremium. Die Anfang März veröffentlichte Bewertung zeigt einen leicht fallenden Trend bei den Stickstoff- und Phosphoreinträgen seit 1990. Die Nährstoffanreicherung führe aber noch immer in den meisten Bereichen der Ostsee zur Eutrophierung. Die Wasserqualität könne nur steigen, wenn die Einträge vor allem aus der Landwirtschaft deutlich abnähmen, warnen die Autoren der Studie. Der Bericht soll die Umsetzung des Ostsee-Aktionsplans unterstützen, der die Eutrophierung als eines der vier dringlichsten („prioritären“) Probleme benennt. [bv]

- ▶ www.helcom.fi/BSAP/4th
- ▶ www.helcom.fi/press_office/news_helcom

Walfang**Faule Kompromisse**

■ Anfang März hat sich die Internationale Walfangkommission (IWC) in Rom getroffen. Im Mittelpunkt stand die Kompromissfindung mit Japan, um das Land freiwillig zur Reduktion oder Einstellung seines „wissenschaftlichen Walfangs“ in der Antarktis zu bewegen. Im Gegenzug soll der „traditionelle Walfang“ in Küstengewässern ermöglicht werden. Eine Studie der internationalen Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS zeigte allerdings, dass es historisch nur in der Hälfte der von Japan angegebenen Orte Walfang gab. Korea stellte klar, dass es selbst großes Interesse an der Wiederaufnahme des Walfangs in Küstengewässern habe. Erhalte Japan eine Fangquote zugesprochen,

werde es sich ebenfalls um eine solche bemühen. Die WDCS warnte vor einer solchen Entwicklung, die immer neue Staaten dazu einlade, Walfangaktivitäten zu reaktivieren. Die Verhandlungen werden im Juni fortgeführt. [bv]

- ▶ WDCS, München, Tel. +49 (0)89 / 6100-2393, E-Mail: kontakt@wcds.org, www.wcds-de.org

Fischerei und Klima**Auch Fischen wird´s zu warm**

■ Neben der Überfischung der Meere bedroht auch der Klimawandel die globalen Fischbestände. Davor warnt ein im März von der UN-Welternährungsorganisation FAO in Rom vorgestellter Bericht. Fischarten verlegten wegen steigender Wassertemperaturen ihre Laichplätze immer weiter nach Norden. So wanderten die Restbestände des Kabeljaus von der Nordsee in die Arktis, während andere Arten in die Nordsee einwanderten. Doch fehle ein solcher Nachschub in den tropischen Meeren. Der drohende Zusammenbruch vieler Fischbestände gefährdet laut dem Bericht die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern, die Arbeitsplätze in der Fischerei und das Ökosystem Ozean.

Obwohl seit Jahren eine Fischereiwende gefordert wird, stieg der Anteil der überfischten oder kritischen Bestände laut FAO weiter: von 77 Prozent im Jahr 2004 auf 80 Prozent 2006. Der Anteil der moderat genutzten oder unterfischten Bestände habe sich seit den 1970er-Jahren von 40 auf 20 Prozent halbiert. Schon heute schätzen Experten die wirtschaftlichen Verluste durch Überfischung auf etwa 40 Milliarden Euro im Jahr. In 40 Jahren könnte die Fischerei nach Prognosen des WWF komplett zusammenbrechen. Die FAO fordert ein verantwortlicheres Fischereimanagement, mehr Schutzgebiete und fischereifreie Zonen sowie eine Ausweitung der Aquakulturen. [bv]

- ▶ www.fao.org/docrep/011/i0250e/i0250e00.htm
- ▶ WWF, Karoline Schacht, Tel. +49 (0)40 / 530200-127, E-Mail: schacht@wwf.de, www.wwf.de

Wasserpolitik

Wasser-Countdown

■ 2009 ist ein wichtiges Jahr für die europäische Wasserpolitik. Bis zum Jahresende müssen die ersten Managementpläne für die Flusseinzugsgebiete mit spezifischen Maßnahmen erstellt sein, damit bis 2015 ein guter Qualitätsstatus erreicht werden kann. Die Europäische Wasserkonferenz wird sich Anfang April in Brüssel diesem Thema widmen.

Das fünfte Weltwasserforum Mitte März in Istanbul befasste sich dagegen unter anderem mit Anpassungsstrategien des Wassermanagements an den globalen Wandel inklusive des Klimawandels. Der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow hatte im Februar eine Wasserinitiative im Europaparlament gestartet, um das Thema in die UN-Verhandlungen über ein Kyoto-Nachfolgeabkommen im Dezember in Kopenhagen einzubringen.

Nach ihrem Grünbuch von 2007 bringt die EU-Kommission voraussichtlich am 1. April ein Weißbuch über Wasser und Klimawandel heraus. Damit will sie die EU-interne Debatte ankurbeln und konkrete Schritte einleiten, um unter anderem die Wassersicherheit zu fördern. Auch das Wassermanagement wird ein wichtiges Thema in dem Weißbuch sein. [bv]

- ▶ www.ewc2009.eu
- ▶ www.worldwaterforum5.org
- ▶ www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l28193.htm

Seeverkehrssicherheit

Erika-III-Paket verabschiedet

■ Das Europäische Parlament hat im März das dritte Maßnahmenpaket für die Seeverkehrssicherheit (Erika III) verabschiedet. Es soll die Präventivmaßnahmen für die Sicherheit im Seeverkehr verbessern. Die zu dem Paket gehörenden Richtlinien und Verordnungen legen fest, dass Schiffe in Zeitabständen kontrolliert werden müssen, die sich nach ihrem Risikoprofil richten. So müssen ältere Schiffe mindestens alle sechs Monate überprüft

werden. Auch die Kontrollorganisationen unterliegen nun strengeren Bestimmungen.

Das Paket regelt auch die Aufnahme von in Seenot geratenen Schiffen in Nothäfen. In der Vergangenheit war dies häufig verweigert worden – Umweltkatastrophen wie der 1999 vor der bretonischen Küste gesunkene Öltanker Erika waren die Folge. Das neue Sicherheitspaket verlangt, dass die Mitgliedstaaten vorbeugend Szenarien für Seeunfälle erarbeiten, um zu verhindern, dass Behördenzuständigkeiten unklar sind und wertvolle Rettungszeit verloren geht. [sb]

- ▶ www.europa.eu/rapid/IP/09/390

Binnenschifffahrt

Elbschifffahrt auf Tiefststand

■ Nach Angaben des Wasser- und Schiffsamts Magdeburg sind dort 2008 nur 0,7 Millionen Tonnen Güter auf der Elbe transportiert worden – 0,2 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr und damit die geringste Menge seit über 100 Jahren. Hauptursache sind die anhaltenden Niedrigwasserstände von Mai bis Dezember. Die Elbhäfen verlagern ihren Güterumschlag zunehmend auf die Schiene.

Der BUND kritisierte die Steinschüttungen an den Elbufern, die die Befahrbarkeit verbessern sollen, als nutzlos. Die Behörde suche auf Kosten von Natur und Steuerzahlern nach Selbstbeschäftigung. Der Umweltverband forderte eine unabhängige Prüfung der Wirtschaftlichkeit des geplanten Saale-Elbe-Kanals. Wäre der Kanal schon fertig, hätten 2008 wegen niedriger Wasserstände acht Monate lang keine Frachtschiffe mit voller Ladung fahren können. Nachdem mehrere Institute in der Region ihre Mitarbeit bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung angeboten hätten, so der BUND, liege es nun am zuständigen Wasserstraßenneubauamt Magdeburg, damit eine Fehlinvestition von geschätzten 100 Millionen Euro abzuwenden. [bv]

- ▶ BUND-Elbeprojekt, Dr. Ernst Paul Dörfler, Dessau, Tel. +49 (0)178 / 1617800, www.elbeinsel.de

EU-Konjunkturprogramm

Chance in der Krise durch Umwelttechnologie

■ Die EU-UmweltministerInnen haben auf ihrem Treffen Anfang März in Brüssel die Umweltmaßnahmen im europäischen Konjunkturprogramm begrüßt. In ihren Schlussfolgerungen zur Vorbereitung des Frühjahrsgipfels der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. März betonten sie die Notwendigkeit, zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern zu kommen und die Energieeffizienz zu steigern. Die Wirtschaftskrise und die Antwort der Politik darauf machten es möglich, dies gleichzeitig mit den notwendigen Wirtschaftsreformen zu erreichen. Das Konjunkturprogramm müsse dazu Mittel für Umwelttechnologien, erneuerbare Energien und Recycling bereitstellen.

Harsche Kritik am EU-Konjunkturpaket hatte im Vorfeld die EU-Abgeordnete der Grünen Rebecca Harms geübt. „Das visionslose Konjunkturprogramm, das uns die Barroso-Kommission vorgelegt hat, ist nicht geeignet, um Europa zukunftsfähig zu machen. Zukunftsmärkte und zukunftsfähige Jobs werden nicht in den alten industriellen Strukturen geschaffen“, sagte die Politikerin.

Die UmweltministerInnen forderten auf ihrer Sitzung auch mehr Anstrengungen, um den Verlust der Artenvielfalt aufzuhalten. Dies müsse zusätzlich zum Biodiversitätsaktionsplan und dem Ausbau des Natura-2000-Netzes geschehen. Über 2010 hinaus müsse eine globale Vision entwickelt werden, um den Artenverlust zu stoppen. Die MinisterInnen sprachen sich außerdem für weniger Bürokratie (better regulation) aus, betonten aber die Notwendigkeit, geltende EU-Umweltgesetze in den Mitgliedstaaten auch tatsächlich umzusetzen. [jg]

- ▶ Schlussfolgerungen des Umweltministerrates: www.kurzlink.de/umweltrat-2009-03

Konsum und Produktion

Politik und Einzelhandel reden über Nachhaltigkeit

■ Die EU-Kommission und der europäische Einzelhandel haben ein Forum gegründet, um die Auswirkungen des Einzelhandels und seiner Lieferketten auf die Umwelt zu reduzieren, nachhaltigere Produkte zu fördern und die Verbraucherinnen und Verbraucher besser über umweltfreundliche Einkaufsmöglichkeiten zu informieren. Sie erfüllen damit einen Punkt im EU-Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch sowie eine nachhaltige Industriepolitik.

An dem Forum können Erzeuger, Lieferanten, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen und alle anderen Interessierten teilnehmen. Sie sollen dort bewährte Praktiken austauschen und wissenschaftliche Informationen für die Bewertung umweltverträglicher Produkte erhalten.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) in Brüssel begrüßte die Einrichtung des Forums. Kritisch sieht der EU-weite Dachverband allerdings, dass die Teilnahme freiwillig ist. Die Erfahrung lehrt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen auf europäischer Ebene im Umweltbereich nicht viel bringen. Es sei Zeit für wirkliche Veränderungen, die sich für VerbraucherInnen beim Einkauf offensichtlich zeigen.

Das Forum steht allen Unternehmen offen, die sich dem Umweltaktionsplan der Einzelhändler (REAP) anschließen. Bislang haben dies 24 Einzelhandelsketten getan. Mit am Tisch sitzen unter anderem C&A, Ikea, Kaufland, Lidl, die Metro-Gruppe, Quelle und Rewe. Die EU-Kommission will die Leistungen der Einzelhändler überwachen. Das Forum tritt einmal im Quartal zusammen. Die erste Arbeitssitzung findet am 1. April statt. [jg]

- ▶ Einzelhandelsforum: www.ec.europa.eu/environment/eusd/escp_en.htm
- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search – IP/09/339)
- ▶ EEB, Doreen Fedrigo, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891304, E-Mail: doreen.fedrigo@eeb.org, www.eeb.org

Umweltzerstörungsprämie

Die Regierung begegnet der Finanzkrise mit einer Prämie für das Verschrotten und den Neukauf von Autos. Doch auf Dauer helfen nur Investitionen in umweltfreundliche, langlebige und reparaturfreundliche Produkte, meint Axel Mayer.

Die „Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen“ vom 20. Februar 2009 legt fest: Wer sein über zehn Jahre altes Auto verschrottet, bekommt bei gleichzeitiger Anschaffung eines Neuwagens eine sogenannte Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro.

Der Schriftsteller und Publizist Hans Magnus Enzensberger hat der „Umweltprämie“ den richtigen Namen gegeben. Er schrieb in der „Zeit“, die Abwrackprämie sei eine „Belohnung für die Vernichtung von Gebrauchsgegenständen; ihr Besitzer empfängt die Prämie, die er als Steuerzahler entrichtet“.

Die Abwrackprämie ist tatsächlich auch eine Umweltzerstörungs- und Wertzerstörungsprämie. Der Begriff Umweltprämie ist Orwellsches Neusprech. Viele der neuen Autos haben einen nur geringfügig niedrigeren Energieverbrauch und Schadstoffausstoß als die Altfahrzeuge. Und die Energie- und Rohstoffmengen, die bei der Produktion eines Automobils verbraucht werden, die damit verbundene Umweltzerstörung und die Schadstoffemissionen spielen in der Debatte überhaupt keine Rolle. Ein Mittelklasse-Pkw wiegt 1.000 bis 2.000 Kilogramm. Solche Industrieprodukte haben jedoch einen „ökologischen Rucksack“, der rund 30-mal so schwer ist – wenn man etwa auch den Abraum bei der Erzgewinnung für Stahl und Blech hinzurechnet. Und Recycling ist immer auch wertminderndes Downcycling. Güter möglichst sparsam zu verwenden und die Gebrauchszyklen zu verlängern – das wäre wirklich Umweltschutz!

Immer mehr und immer dümmere Produkte kaufen mit Geld, das man nicht hat – diese Grundidee des American Way of Life stand am Beginn der US-Immobilienkrise. Es ist der Mythenmix aus Konsumismus und der Illusion von Freiheit, aus schnellem Geld und schnellem Genuss. Manche Ansätze zur Bewältigung der Krise wiederholen zum Teil die Fehler, welche die Krise erst ausgelöst haben. Das ist kein Wunder, schließlich gehören viele der heutigen „Problemlöser“ in Politik und Wirtschaft zu den Problemverursachern.

Es spricht wenig gegen eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Krisenintervention. Doch wenn in einer Zeit des Klimachaos und der schwindenden Energievorräte in Wegwerfprämien für langlebige Produkte investiert wird, um die Konjunktur anzukurbeln, dann legt die sogenannte Krisenintervention die Wurzeln für zukünftige, größere und nicht mehr reparable Zusammenbrüche. Besonders problematisch und umweltfeindlich ist in diesem Zusammenhang tatsächlich die Verschrottungsprämie für Pkw.

Für das Klima macht es da keinen Unterschied, dass die Mehrzahl der neuen Fahrzeuge nicht in Deutschland, sondern in Polen, Brasilien, Mexiko und Spanien hergestellt wird. Die nicht Auto fahrenden SteuerzahlerInnen, aus deren Taschen die „Umweltprämie“ ebenfalls finanziert wird, sehen die Subventionierung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländern und die damit verbundene Geldverschwendung vermutlich nicht so positiv wie PolitikerInnen und die Lobbyisten der Autoindustrie.

Ökologisch und zukunftsfähig sind Programme zur Bewältigung der Krise nur mit der Zielsetzung wirklicher Nachhaltigkeit. Die Produktlebensdauer, die Phasen des Produzierens, Konsumierens und Wegwerfens dürfen nicht künstlich verkürzt werden. Nur gute, umweltfreundliche, langlebige, reparaturfähige und dadurch arbeitsplatzschaffende Produkte haben eine Zukunft. Der jetzt überall gepredigte schnelle Konsumismus ist ein zerstörerischer Irrweg und Wegbereiter kommender Krisen.

Axel Mayer ist Geschäftsführer des BUND-Regionalverbandes Südlicher Oberrhein in Freiburg. Er befasst sich unter anderem mit Kritik an „Greenwashing“ – dem Erfinden grüner Mäntelchen als PR-Methode.

Kontakt:
Tel. +49 (0)761 / 30383, Fax 23582,
E-Mail: bund.suedlicher-oberrhein@bund.net,
www.bund-freiburg.de,
www.bund.net/nachhaltigkeit

Vom Müsli zum Macher

Kaufen Sie auch »bio«? Dann sind Sie auf der Höhe der Zeit: Naturkost boomt! Anfangs als »Kohlrabi-Apostel« verspottet, sind die Pioniere von einst die Trendsetter von heute: Allein in Deutschland setzt die Bio-Branche jährlich 5,3 Milliarden Euro um. Helma Heldberg zeigt in kurzweiligen Porträts, wie aus belächelten Idealist(inn)en erfolgreiche Bio-Unternehmer(innen) wurden und gibt in Exkursen einen Einblick in die Geschichte der Naturkostbewegung.

H. Heldberg

Die MüsliMacher

Erfolgsgeschichten des Biomarktes und seiner Pioniere

208 Seiten, mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-127-1



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Macher

DNR INTERN

Veranstaltungsrückblick

Atomkraft ist out

■ In den nächsten Jahren ist ein weiteres Schrumpfen des Anteils der Atomenergie an der Energieversorgung zu erwarten. Darin waren sich die ExpertInnen der Tagung „Renaissance der Kernenergie für Klimaschutz?“ einig. Rund 120 TeilnehmerInnen kamen auf Einladung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und der Umweltbeauftragten der Kirchen Ende Februar ins oberbayerische Tutzing. Erstmals in der Geschichte der Atomkraft sei 2008 kein neues AKW ans Netz gegangen. Derzeit würden in 31 Ländern 436 Reaktoren betrieben, die aber nur sechs Prozent der weltweiten Primärenergieerzeugung leisteten. Ihr Durchschnittsalter betrage 25 Jahre. Bis 2025 müssten altersbedingt weltweit 192 AKW vom Netz. Ein vollständiger Ersatz sei auch wegen der langen Vorlaufzeiten von etwa zwölf Jahren nicht möglich. Die Politik müsse stattdessen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen fördern. [jg]

- DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005

EHRENAMT

Aktionswoche 2009

Für Engagement werben

■ Dieses Jahr findet vom 2. bis 11. Oktober zum fünften Mal die Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Darüber informiert das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Das Kampagnenbüro ruft alle Engagierten und Organisationen auf, die Aktionswoche 2009 zu nutzen, um auf ihre Arbeit aufmerksam zu machen und für bürgerschaftliches Engagement zu werben. Dazu kön-

nen sie kostenlos Flyer bestellen oder im Internet herunterladen. Veranstalter und Aktive können ihre Projekte und Termine für die Aktionswoche in einen Onlinekalender eintragen. Im Jahr 2008 kamen bundesweit 1.500 Veranstaltungen zusammen, doppelt so viele wie im Vorjahr. [mb]

- E-Mail-Abwurf: aktionswoche@b-b-e.de, Download (PDF, 4 MB): www.kurzlink.de/bbewoche09.pdf, Kalender: www.engagement-macht-stark.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Ehrenamtspreis

Bürgerpreis für Umweltaktive

■ Deutschlands größter bundesweiter Ehrenamtspreis wird in diesem Jahr zum Thema Umweltschutz ausgeschrieben. Der Bürgerpreis der Initiative „für mich, für uns, für alle“, bei dem im vergangenen Jahr zweckgebundene Sachpreise im Wert von 300.000 Euro vergeben wurden, ist in die vier Kategorien Erwachsene, Jugendliche, Unternehmen und „Lebenswerk“ unterteilt. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 30. Juni im Internet eingereicht werden. „für mich, für uns, für alle“ ist ein Zusammenschluss engagierter Bundestagsabgeordneter, der Städte, Landkreise und Gemeinden sowie der Sparkassen. [mb]

- Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 288789031, E-Mail: info@buenger-engagement.de, www.buenger-engagement.de

Wildtierforschung

Neue Schutzkonzepte gesucht

■ Am 4. März verleiht die Deutsche Wildtier-Stiftung in Hamburg erneut ihren mit bis zu 50.000 Euro dotierten Forschungspreis. Er wird alle zwei Jahre an NachwuchsforscherInnen verliehen, deren Arbeiten zu neuen Erkenntnissen rund um

heimische Wildtiere und zu neuen Schutzkonzepten beitragen. Einsendeschluss für Projekte und Arbeiten zu rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Fragen ist der 31. Mai. Eine unabhängige Wissenschaftsjury entscheidet nach Fachgutachten über die Vergabe. [aka]

- ▶ Deutsche Wildtier Stiftung, Eva Goris, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 733391874, Fax 7330278, E-Mail: e.goris@deutschewildtierstiftung.de, www.deutschewildtierstiftung.de

Trophée des femmes

Kämpferinnen für die Natur

■ Im Februar ist in Stuttgart zum sechsten Mal der Umweltpreis „Trophée de femmes“ verliehen worden, den die Umweltstiftung Yves Rocher für Engagement im Umwelt- und Naturschutz vergibt. Unter den Preisträgerinnen ist die Geschäftsführerin der Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA) Brigitte Peter aus Markgröningen bei Ludwigsburg. Die AGA ist ein Mitgliedsverband des DNR. Sie erhielt den zweiten Preis in Höhe von 5.000 Euro für ihr Engagement im Artenschutz. Seit 1981 ist Brigitte Peter hier aktiv, insbesondere für den Schutz von Meeresschildkröten.

Der erste Preis über 10.000 Euro ging an Ilse Köhler-Rollefson aus Ober-Ramstadt im Odenwald für die „Unterstützung der Hirtenvölker als Hüter der biologischen Vielfalt in Indien“. Die Tierärztin gründete 1992 die Liga für Hirtenvölker und nachhaltige Viehwirtschaft, mit der sie für eine Anerkennung der Rolle von Hirten beim Erhalt der biologischen Vielfalt kämpft.

Platz drei mit 3.000 Euro Preisgeld belegte Ingrid Kröncke aus Wilhelmshaven für ihr Projekt „Mariner Umweltschutz in der Nordsee“. Die Meeresbiologin erforscht seit 25 Jahren die Ökologie von Lebensgemeinschaften am Meeresboden von Wattenmeer, Nordsee und Ozeanen. [mbu]

- ▶ Fondation Yves Rocher, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 7834-155, www.yves-rocher-fondation.org
- ▶ www.aga-international.de
- ▶ www.pastoralpeoples.org

Bundesverdienstkreuz

Klaus Traube geehrt

■ Dem Umweltforscher, Hochschulprofessor, Autor und ehemaligen Atommanager Klaus Traube ist im März das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Traube, Jahrgang 1928, arbeitete 17 Jahre lang für

die Atomindustrie und war in den 1970er-Jahren an der Entwicklung des Schnellen Brüters beteiligt. Nach einem Politikskandal und einem „Wandel des Umweltbewusstseins“ wurde er zu einem der profiliertesten Kritiker der Atomwirtschaft und Verfechter alternativer Energien. Die Politik der Energiewende in Deutschland hat er maßgeblich mitgeprägt. „Die enorm gefährliche Atomenergie ist energiewirtschaftlich ein Flop“, so Traube. Ehrenamtlich war er unter anderem als energiepolitischer Sprecher des Umweltverbandes BUND und als Vizepräsident des Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung tätig. Seit 2005 ist er energiepolitischer Berater des Deutschen Naturschutzrings (DNR). In dieser Funktion verfasste er die „Leitlinien der Umweltverbände für eine nachhaltige Energiepolitik“ und das DNR-Positionspapier „Atomenergie – Retter des Klimaschutzes?“.

Jeder Bürger und jede Bürgerin kann die Auszeichnung einer Person mit dem Bundesverdienstkreuz anregen. Dazu wendet man sich an die Staatskanzlei des Bundeslandes, in dem der oder die Vorgeschlagene wohnt. [jg]

- ▶ www.bundespraesident.de
- ▶ www.kurzlink.de/dnr-energie-leitl
- ▶ www.kurzlink.de/dnr-atomenergie-pos

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html

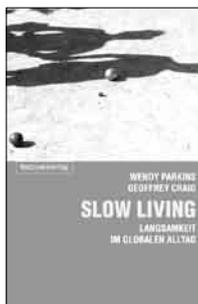
Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

REZENSIONEN

Augenblick – verweile doch!

Ist Langsamkeit im globalisierten Alltag möglich? Ein neuseeländisches Autorenduo beschreibt mit „Slow Living“ das Leben in einem Tempo, das mehr Sorgsamkeit, Aufmerksamkeit und Besonnenheit braucht. Dafür könnte die Welt wieder ein Ort des Genusses werden.



■ Mal ehrlich: Geht es Ihnen nicht auch oftmals zu schnell? Sehnen Sie sich nicht nach ein bisschen mehr Zeit und Ruhe? Wenn Sie die Frage bejahen, gibt es für Sie zwei Lösungen – zumindest

theoretisch: den Tag mit mehr als 24 Stunden – geophysikalisch unmöglich und darüber hinaus auch nicht wirklich zielführend, schließlich ist Zeit Geld, und wir würden den Mehrgewinn sicher in diesem ökonomischen Sinne einsetzen – oder die konsequente Entschleunigung.

„Slow living“, langsames Leben, heißt das Credo der Anglistin Wendy Parkins und des Politologen Geoffrey Craig aus Neuseeland. Das Buch ist kein Ratgeber, keine konkrete Anleitung, wie ein entschleunigtes Leben zu führen ist, sondern eine fundierte Darlegung, anspruchsvolle Analyse und konsequente Erweiterung bestehender Konzepte. Es möchte darauf aufmerksam machen, „welche Möglichkeiten und Folgen mit einer alternativen, auf Langsamkeit basierenden Form des Alltagslebens verbunden sein können“.

Am Beginn der Ausführungen steht die Schilderung der Slow-Food-Bewegung. Sie ist Vorbild sowie Basis der Erörterungen der Autoren und zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Die Organisation wurde 1986 von dem Italiener Carlo Petrini als Reaktion auf die Eröffnung einer McDonald's-Filiale an der Spanischen Treppe in Rom begründet – ein Umding für jede Kunstinteressantin und jeden Liebhaber der italienischen Küche! In den Anfängen agierten Petrinis Anhänger auf lokaler Ebene, unterstützten Landwirte, Restaurants und Wirtschaftskreisläufe, indem sie lokale Produkte aufwerteten und für

die Osterien vor Ort warben. Mittlerweile hat sich ihr Fokus erweitert. Das Interesse an biologischer Vielfalt und nachhaltigen Anbausystemen macht „slow food“ heute zu „einer komplexen Mischung aus Genießen und Ökologie“. In den 90er-Jahren folgte wiederum in Italien die Cittaslow-Bewegung, die Petrinis Kerngedanken auf alle Aspekte des Stadtlebens auszudehnen suchte.

Craig und Parkins gehen nun abermals weiter, wollen die Langsamkeit in alle Lebensbereiche eindringen lassen, auf den gesamten „globalisierten Alltag“ ausdehnen. Doch was bedeutet „slow living“? Ein bloßes „langsamer“? Ein Zurück in eine vorindustrielle Idylle oder tiefe Skepsis gegenüber der Moderne gepaart mit asketischer Genügsamkeit? Weder noch! Es handelt sich um den Versuch, „das Lebenstempo so zu verändern, dass der Alltag zu einem Ort für Sinn und Genuss wird“, was sich durch ein Mehr an „Sorgsamkeit, Aufmerksamkeit und Besonnenheit“ erreichen lässt. In einzelnen Kapiteln werden die Lebensbereiche in diesem Sinne durchleuchtet, beispielsweise das Zuhause oder der Arbeitsplatz, werden Begriffe und Ansätze wie „cocooning“, „downshifting“ oder das in Australien beliebte „seachanging“ – die Flucht in ein verschlafenes Städtchen am Meer, um dort langsamer zu leben, ohne die Verbindung zur Arbeitssphäre aufgeben zu müssen – präsentiert. Wer das Buch liest, bekommt einen äußerst detaillierten Eindruck davon, wie man sich die alltägliche Chance für ein Genießen offenhält – „und zwar mit gewöhnlichen Mitteln, die aber zu ungewöhnlichen Resultaten führen können“.

[Christoph Hirsch]

► Parkins, W.; Parkins, C. G.: Slow Living. Langsamkeit im globalisierten Alltag. Rotpunktverlag, Zürich 2009, 289 S., 22 €, ISBN 978-3-85869-378-5

Ökologische Investments

In Zeiten der Finanzkrise Geld zu horten, ist in diesem Wirtschaftssystem unklug. Aber wenn schon investieren, dann doch bitte ökologisch-ethisch. Wie, erklärt Thomas Werner.



■ Dieses neue Buch zu ökologischen Investments richtet sich als Fachbuch vor allem an Vermögensverwalter und Privatkundenbetreuer im Bankenbereich sowie an Steuerberater, Rechtsanwälte

und Wirtschaftsprüfer. Doch auch für interessierte Privatanleger kann das Buch eine gute Ergänzung zu anderen Publikationen zum Thema ethisch-ökologischer Kapitalanlagen sein.

Thomas Werner beschreibt in der Einleitung die umfassenden Hintergründe, die zur Herausbildung eines ökologisches Kapitalmarktes geführt haben. So werden die verschiedenen Nachhaltigkeitsleitbilder erläutert und Entwicklungen und Definitionen ethisch-ökologischer Anlagen dargestellt. Ein Exkurs behandelt verschiedene Formen der ökologisch orientierten Energienutzung, wie beispielsweise Biomasse, Solarenergie, Windkraft und Geothermie. Unter anderem gibt es Informationen über Direktinvestitionen, stille Beteiligungen, geschlossene und Investmentfonds. Aber auch Aktien, Anleihen, Genussrechte und Genussscheine sowie Zertifikate werden erwähnt. Nicht zuletzt beschreibt der Autor Venture Capital/Private Equity, Mikrofinanzierung sowie Lebens- und Rentenversicherungen.

Struktur, Funktionsweise, Kosten, Chancen und Risiken der jeweiligen Produkte sind gut erläutert. Am umfassendsten sind die geschlossenen Fonds, Investmentfonds und Zertifikate dargestellt, was sicherlich auch mit der Zielgruppe zu tun hat. Der Stil des Buches ist nüchtern und erinnert an eine Bedienungsanleitung für Finanzprodukte. Ein großer Nachteil ist die

fehlende Übersicht zu Varianten ethisch-ökologisch orientierter Sparformen. Die Möglichkeit eines Gesamtüberblicks zum grünen Kapitalmarkt wurde somit nicht genutzt.

Als Nachschlagewerk für die genannten Berufe ist das Buch gut geeignet. Interessierte Privatanleger, die sich einen ersten Überblick verschaffen wollen, finden sicherlich kompaktere und auch preiswertere Veröffentlichungen zum grünen Geld.

[Christoph Schierholz]

- Werner, T.: Ökologische Investments. Chancen und Risiken grüner Geldanlagen. Gabler, Wiesbaden 2009, 230 S., 44,90 €, ISBN 978-3-8349-0741-7

Lohas – Mythos und Wirklichkeit



Der Lebensstil, der Gesundheitsbewusstsein und Nachhaltigkeit miteinander vereint, wird neudeutsch Lohas (Lifestyle of Health and Sustainability) abgekürzt.

Als neuer Trend ausgemacht, scheinen die Lohas die Ökos abzulösen, weil sich das Konzept der Nachhaltigkeit auf dem Weg in die Durchschnittsgesellschaft befindet.

Um die Lohas als Zielgruppe sowohl für Marketingfirmen als auch für die Umweltbildung bekannter zu machen, hat das Beratungsunternehmen Stratum im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt eine Studie durchgeführt. Sie sollte herausfinden, was „Lohas-affine Zielgruppen“ wirklich denken und fühlen und welche Erwartungen sie an Unternehmenskommunikation und Werbung knüpfen. Fazit: Der nachhaltige Lebensstil in der Mitte der Gesellschaft ist konservativ, naturromantisch, unpolitisch, ästhetisch, anspruchsvoll, harmoniebetont, naheorientiert und ichbezogen. Außerdem sind Lohas PragmatikerInnen und nicht sehr offen für wirkliche Verhaltensänderun-

gen. Sie bevorzugen „individuelle Benefits und wenig Aufwand bei möglichst hohem Umweltnutzen“. Mit öko-aufklärerischen Appellen erreicht man sie eher nicht, allzu chic und trendy sollte die Kommunikation auch nicht daherkommen.

Die kleine und teure Broschüre über die Ergebnisse der Studie stellt auf 50 Seiten die Welt der Lohas mit vielen Bildern und Grafiken überblicksartig dar. Wer mehr Hintergrundinformationen will, sucht allerdings vergeblich. Es geht hauptsächlich um Marketing und so sieht die Broschüre auch aus. Der Text ist ebenfalls anstrengend PR-lastig („Wording“, „Ehrlichkeits-Appel“, „Learning für Unternehmen“), doch die Ergebnisse der Studie selbst können für die strategische Arbeit mit und für Zielgruppen sicher lohnend eingesetzt werden.

[Juliane Grüning]

- Häusler, R.; Kerns, C.: Lohas. Mythos und Wirklichkeit. Stratum, Berlin 2008, 50 S., 29,- €. Hrsg./Bezug: www.stratum-consult.de

Die Liebe der Vögel



Ja, es ist endlich wieder Frühling und aus kürzlich noch frostig erstarrten Böden steigen die Lebensäfte empor. In den noch

kahlen Büschen und Bäumen zwitschert es. Liebe macht sich breit im Vogelreich und anderswo. Es war nur eine Frage der Zeit, bis diese Stimmung sich auch in einem Buch niederschlägt. Das hat nun der Umweltschützer, Autor, Fotograf und Aktivist Ernst Paul Dörfler vorgelegt. „Vom ersten Lustgeträller bis zur Reise in den Süden“ beobachtet er das Privatleben der Vögel.

Dem Zyklus des Lebens abgeschaut, beschreibt der Autor zunächst ausführlich die Partnersuche der verschiedenen Vogelarten. Den Männchen obliegt dabei meist die Frage „Willst du mich?“, die sich in Gesängen, Tänzen, Ritualen und Federschmuck ausdrückt. Die Weibchen haben „die Qual der Wahl“. Dörfler beschreibt dann die unterschiedlichen Formen des Nestbaus

ebenso wie die Wahl des Platzes und die Verteidigung des Reviers. Der Paarungsakt, das „Nestgeflüster“ und die „gewagte Vogelliebe“ beispielsweise der Mauersegler, deren Paarung tatsächlich in der Luft stattfindet. Im Kapitel „Ei(genschaften)“ dreht sich alles um die Vogeleier, in dem über Kinderstuben wird das Brutgeschäft beschrieben, das von „ihm“ oder „ihr“, im Kollektiv oder von anderen Vogelarten – wie beim Kuckuck – erledigt wird. Wie das Nest gegen Räuber verteidigt wird, wer Nestflüchter oder Nesthocker ist und welche Art der Geburtenregelung betrieben wird, erfahren die LeserInnen im Abschnitt zu Elternschaft und Familienleben. Nach erfolgreicher Aufzucht beginnt für die Zugvogelarten die Reise in wärmere Gefilde. Auch der Verantwortung der Menschen für den Klimawandel, der das Zugverhalten vieler Vogelarten bereits jetzt beeinflusst, ist ein eigenes Kapitel gewidmet. „Wenn wir künftig noch Vögel und Vogelhochzeiten in all ihrer Vielfalt und Pracht erleben wollen, ist entschiedenes Handeln gefragt“, mahnt Dörfler.

Die Mischung aus lehrreichen, aber überhaupt nicht streng naturwissenschaftlichen oder moralischen Texten und wundervollen Fotos verschiedener ProfifotografInnen macht Lust auf eigenes Naturerleben vor der Haustür. Damit hat Dörfler nicht nur den Blick auf ein besonders freudiges Thema gerichtet, sondern auch bewiesen, dass Ornithologen eine Menge Humor haben können. Das entspricht so gar nicht dem Klischee des eigenbrötlerischen, mit Fernglas und vogelkundlicher Besserwisserie ausgerüsteten Naturschützers. Das Buch lässt staunen über die Wunder der Balz und Partnerwerbung in der Vogelwelt, verführerische Brautgeschenke, die Kulleraugen der jungen Käuze... Dabei kommt aber die fachliche Auseinandersetzung nicht zu kurz und die LeserInnen können mit einer Fülle interessanter Informationen in den eigenen (Vogel-)Frühling starten.

[Juliane Grüning]

- Dörfler, E. P.: Die Liebe der Vögel. Vom ersten Lustgeträller bis zur Reise in den Süden. Janos Stekovics, Halle 2009, 216. S., 28,- €, ISBN 978-3-89923-220-2

Von der Verteilung der Vielfalt

Was haben Wasser, Wissen und Erbgut gemeinsam? Richtig, sie sind lebensnotwendig, unser aller Besitz und daher unverkäuflich. Soweit die Theorie, denn die Realität sieht anders aus: Der Welt droht die Einzäunung und Kommerzialisierung. Dieses Buch präsentiert unsere Gemeingüter in all ihrer Vielfalt, zeigt deren Potenzial und verdeutlicht ihre Rolle bei der Durchsetzung und Sicherung von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie.

S. Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

Wem gehört die Welt?

Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter

285 Seiten, 24,80 EUR
ISBN 978-3-86581-133-2



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



ie Welt

Verursacher sollen für Schäden haften



Die europäische Richtlinie zur Umwelthaftung wurde mit dem Umweltschadensgesetz in bundesdeutsches Recht übertragen. Neu dabei ist unter anderem der Ansatz, die bisher

durch zivilrechtliche Schadensersatzansprüche geregelten Risiken durch „Schäden öffentlicher Belange“ beim Schutz der Arten, natürlicher Lebensräume, der Gewässer und Böden zu erweitern. Für eine beachtliche Zahl von Umweltgütern besteht künftig eine „Einstandspflicht“ für Unternehmen, also die Pflicht, für etwas einzustehen und zu haften. Naturschäden sind künftig so zu sanieren, dass der Ausgangszustand wiederhergestellt und anerkannten Umweltverbänden eine Klagebefugnis eingeräumt wird. Daraus entstehen komplexe Fragen für die Praxis, die der vorliegende Ratgeber übersichtlich beantwortet.

Das Buch „Umweltschadensgesetz“ von Erich Gassner und Hans-Joachim Schemel wendet sich als Arbeitshilfe an alle, die mit Fragen zu Umweltschäden konfrontiert werden, seien es Verwaltungsbehörden, Gerichte, Rechtsanwälte, Versicherungsgesellschaften, Umweltverbände, Planungsbüros oder Studierende. Die einführende Darstellung des Umweltschadensgesetzes erläutert die Vorschriften zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Umwelthaftung sowohl in rechtlicher als auch in fachlicher Hinsicht. Besonderes Gewicht wird auf praktische Beispiele gelegt wie zum Beispiel eine für Deutschland maßgeschneiderte Zusammenstellung der relevanten Tier- und Pflanzenarten. Systematisch wird das Gesetz bis hin zu den Bereichen Verwaltungsvollstreckung und Rechtsschutz diskutiert.

[Juliane Grüning]

► Gassner, E.; Schemel, H.-J.: Umweltschadensgesetz. Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden 2008, 158 S., 29,- €, ISBN 978-3-8293-0855-7

OECKL für alle Lebenslagen



Wer Adressen und Telefonnummern politisch-gesellschaftlicher Akteure sucht, kann natürlich im Telefonbuch oder Internet nachschauen. Einfacher ist aber ein Blick in die Taschenbücher des öffentlichen Lebens für Europa und internationale Zusammenschlüsse sowie für Deutschland. Die neuen Ausgaben für 2009 bieten wieder auf mehreren hundert Seiten geballte Informationen über Behörden, Ministerien, Institutionen,

Medien und Vereine. Alles sortiert und mit AnsprechpartnerInnen versehen. Dazu gehören auch Organisationen im Ausland, die sonst nur mit aufwendiger Eigenrecherche ermittelt werden können. Ein Anhang mit Abkürzungs-, Personen- und Sachregister erleichtert einen noch besseren Überblick.

Natur und Umwelt sind in beiden Taschenbüchern eigene Kapitel gewidmet, in denen neben staatlichen Institutionen auch Verbände, Naturparks, Zoos und überregionale Organisationen Erwähnung finden. Allerdings könnten die „grünen“ Kapitel durchaus noch vollständiger sein, so sind beispielsweise nicht besonders viele kleinere Umweltverbände erwähnt.

[Juliane Grüning]

► OECKL Taschenbuch des öffentlichen Lebens. Europa und internationale Zusammenschlüsse 2008/2009. Festland, Bonn 2008, 1.703 S., 101,40 €, ISBN 978-3-87224-089-7

► OECKL Taschenbuch des öffentlichen Lebens. Deutschland 2009, Festland, Bonn 2008, 2008 S., 112,80 €, ISBN 978-3-87224-092-7

INTERNET

Mondfahrt für den Klimaschutz

■ Lovepeace – so nennt sich die neu aufgearbeitete interaktive Plattform von Greenpeace in der Schweiz, die spielerisch durch aktive Beteiligung das Umweltbewusstsein der Gesellschaft vor allem beim Klimaschutz, dem Erhalt des Regenwaldes und der Überfischung der Meere verstärken soll. So werden zum Beispiel wöchentlich Aktionen mit einem Gesamtziel wie „Sparen wir den Strom eines Fußballstadions!“ (Energieeffizienz) oder „Radfahren auch im Winter: Wir fahren zusammen zum Mond!“ (CO₂-Ausstoß reduzieren) von der Mitmachplattform ausgerufen, um so zu zeigen, wie man durch kleine Handlungen im Alltag lernt, nachhaltig mit Ressourcen umzugehen.

[ans]

► www.lovepeace.ch

Schneller Einstieg in neue EU-Richtlinien zu Klima und Energie

■ Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings erarbeitet zurzeit zweiseitige Überblickspapiere zu Gesetzesregelungen im Energie- und Klimabereich. In den sogenannten Factsheets präsentieren die EU-UmweltexpertInnen in Kürze das Wichtigste zu den zentralen europäischen Richtlinien und Gesetzgebungsprozessen. Mit einem Überblick über die wesentlichen Streitpunkte und Positionen – jeweils mit direkten Links versehen – erhalten die LeserInnen einen schnellen Einstieg in komplexe Sachverhalte. Die kostenlosen Infoblätter, zum Beispiel zum europäischen Emissionshandel, zur Richtlinie über CO₂-Abscheidung und -Speicherung oder zum Kyoto-Nachfolgeabkommen, können im Internet heruntergeladen werden. Die Factsheets richten sich an FachreferentInnen, Medienschaffende und weitere Interessierte. Kommentare und Nachfragen sind ausdrücklich erwünscht.

[sl]

► www.eu-koordination.de/?page=91

EU-Umweltpolitikthemen von morgen

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) veröffentlicht jedes Jahr eine Vorausschau auf die Umweltthemen, die eine wichtige Rolle in der öffentlichen Diskussion spielen dürften. Die Ausgabe 2009 der „Signale“ befasst sich besonders mit dem Klimawandel, Naturschutz und biologischer Vielfalt, der Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie Gesundheitsfragen. Insgesamt acht Beiträge behandeln die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in diesen Feldern. Das Heft kann in mehreren Sprachen im Internet heruntergeladen werden, auch auf Deutsch.

[jg]

► www.kurzlink.de/eea-signale2009 (PDF, 3,7 MB)

Große Konzerne beobachten

■ Gemeinsam den mächtigsten Firmen auf die Finger schauen kann die kritische Öffentlichkeit jetzt bei Crocodyl. Die Internetseite entstand in Zusammenarbeit von CorpWatch, dem Center for Corporate Policy und dem Corporate Research Project. Die Webseite will die Zusammenarbeit zwischen unternehmenskritischen Verbänden, im Journalismus Tätigen, AktivistInnen und AkademikerInnen aus dem globalen Süden und Norden fördern. Hier können sie mithilfe von Firmenprofilen in Form von Wikis Informationen über die ökologische und soziale Bilanz großer Konzerne zusammentragen und austauschen. Das Ergebnis ist ein sich weiterentwickelndes und öffentliches Kompendium mit Blick auf Unternehmen und deren Tätigkeiten.

[aka]

► www.crocodyl.org

Rechte an genetischen Ressourcen

■ Ein Informationsportal der internationalen Verhandlungen zum Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich (Access and Benefit-sharing, ABS) haben die Vereinten Nationen geschaltet. Die Seite bietet News, Termine und Hintergrundinformationen.

[jg]

► www.cbd.int/abs/ir

NEU ERSCHEINEN

► Bätzing, W.: **Orte guten Lebens. Die Alpen jenseits von Übernutzung und Idyll.** 350 S., 24,- €, ISBN 978-3-85869-392-1

► Bezzel, E.: **Vogelfedern. Federn heimischer Arten bestimmen.** BLV, München 2008, 128 S., 13,40 €, ISBN 978-3-8354-0456-4

► Coppens, Y.: **Der Ursprung des Menschen.** Hanser, München 2008, 60 S., 18,40 €, ISBN 978-3-446-23087-3

► Davis, J.: **Innovation Through Action Research in Environmental Education: Project to Praxis.** VDM, Saarbrücken 2008, 328 S., 79,- €, ISBN 978-3-639-02257-5. Download: www.kurzlink.de/actionresearch-davis

► De Haan, G. u. a.: **Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Grundlagen und schulpraktische Konsequenzen.** Springer, Berlin 2008, 258 S., 74,95 €, ISBN 978-3-540-85491-3

► Foladori, G.; Invernizzi, N.: **Nanotechnologies in Latin America.** Karl Dietz, Berlin 2008, 128 S., 6,90 €, ISBN 978-3-320-02167-2. Kostenloser Download (PDF, 1,3 MB): www.kurzlink.de/nanola

► Fuchs, R.: **Life Science. Eine Chronologie von den Anfängen der Eugenik bis zur Humangenetik der Gegenwart.** LIT, Münster 2008, 456 S., 49,90 €, ISBN 978-3-8258-0166-3

► Germann, P. u. a.: **Für zukunftsfähige Funktechnologien. Begründungen und Forderungen zur Begrenzung der Gefahren und Risiken durch hochfrequente elektromagnetische Felder.** BUND, Berlin 2008, 48 S. Kostenloser Download (PDF, 380 kB): www.kurzlink.de/bund-funk-2008

► Goldberg, J.: **Überleben im Goldland. Afrika im globalen Kapitalismus.** Papyrossa, Köln 2008, 249 S., 16,90 €, ISBN 978-3-89438-398-5

► Hilb, M.: **Glocal Management of Human Resources.** LIT, Münster 2009, 300 S., 34,90 €, ISBN 978-3-8258-1819-7

- ▶ Hostmann, M.; Knutti, A.: **Befreite Wasser. Entdeckungsreisen in revitalisierte Flusslandschaften der Schweiz.** Rotpunktverlag, Zürich 2009, 260 S., 21,50 €, ISBN 978-3-85869-397-6
- ▶ Köpke, U. (Hrsg.): **Organic Agriculture in the Tropics and Subtropics.** Dr. Köster, Berlin 2008, 182 S., 16,80 €, ISBN 978-3-89574-675-8
- ▶ Kretzschmar, R.; Rehm, C.; Pilger, A. (Hrsg.): **1968 und die Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog.** W. Kohlhammer, Stuttgart 2008, 194 S., 19,50 €, ISBN 978-3-17-020708-0
- ▶ Lange, H. (Hrsg.): **Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises? VS,** Wiesbaden 2008, 341 S., 49,90 €, ISBN 978-3-531-15093-2
- ▶ Luo, Y.: **Naturschutz und Umweltschutz als moralische Verpflichtung? Erörterung unter besonderer Berücksichtigung der Diskursethik.** LIT, Münster 2008, 224 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1710-7
- ▶ Mayer, J. u. a. (Hrsg.): **Beiträge zur 10. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau. Werte – Wege – Wirkungen: Biolandbau im Spannungsfeld zwischen Ernährungssicherung, Markt und Klimawandel.** Dr. Köster, Berlin 2009, 1.030 S., 39,80 €, ISBN 978-3-89574-700-7
- ▶ Mies, M.: **Das Dorf und die Welt. Lebensgeschichten – Zeitgeschichten.** Papyrossa, Köln 2008, 307 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89438-387-9
- ▶ Müller-Christ, G. (Hrsg.): **Transfer von Umweltmanagementsystemen: Mit Unternehmensnetzwerken aus der Effizienzfalle?** LIT, Münster 2008, 184 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1060-3
- ▶ Nökel, S.: **Islam, Umweltschutz und nachhaltiges Handeln. Globale Diskurse und Akteure.** SI-Skripte Bd. 7, Stiftung Interkultur, München 2009, 20 S., 3,- €. Bezug/Download: www.stiftung-interkultur.de (Publikationen)
- ▶ OECD (Hrsg.): **Höhepunkte des Weltverkehrsforums 2008. Transport und Energie: Die Herausforderungen des Klimawandels.** Paris 2008, 72 S., 24,- €. Bezug: UNO-Verlag, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 94902-0, www.oecd.org/bookshop
- ▶ OECD/FAO (Hrsg.): **Agricultural Outlook 2008–2017,** Paris 2008, 230 S., 80,- €, ISBN 978-92-64-04590-3. www.agri-outlook.org
- ▶ Otto, K.; Adamek, S.: **Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben.** Kiepenheuer & Witsch, Köln 2009, 336 S., 8,95 €, ISBN 978-3-462-04099-9
- ▶ Probst, T.: **Landschaftswandel im bayerischen Alpenraum und politische Steuerungsansätze. Eine Evaluierung der Zielerreichung landschaftsbezogener Rechtsinstrumente aus Landes- und Regionalplanung, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft am Beispiel Isarwinkel** (Dissertation). WiKu-Wissenschaftsverlag, Köln 2009, 310 S., 56,35 €, ISBN 978-3-86553-296-1
- ▶ Rabe von Pappenheim, J.: **Das Prinzip Verantwortung. Die 9 Bausteine nachhaltiger Unternehmensführung.** Gabler, Wiesbaden 2009, 176 S., 29,90 €, ISBN 978-3-8349-1431-6
- ▶ Rodd, T.; Stackhouse, J.: **Wissen neu erleben: Bäume.** BLV, München 2008, 304 S., 25,60 €, ISBN 978-3-8354-0273-7
- ▶ Siegrist, D.; Stremlow, S. (Hrsg.): **Landschaft Erleben Reisen. Naturnaher Tourismus in Parks und UNESCO-Gebieten.** Rotpunktverlag, Zürich 2009, 250 S., 24,- €, ISBN 978-3-85869-393-8
- ▶ Wächter, H. J.: **Naturschutz in den deutschen Kolonien in Afrika (1884–1918).** LIT, Münster 2009, 112 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1767-1
- ▶ Watter, H.: **Nachhaltige Energiesysteme. Grundlagen, Systemtechnik und Anwendungsbeispiele aus der Praxis.** Vieweg+Teubner, Wiesbaden 2009., 340 S., 23,90 €, ISBN 978-3-8348-0742-7
- ▶ WWF (Hrsg.): **WWF Global 200. Die letzten Naturparadiese der Erde.** White Star, Wiesbaden 2008, 304 S., 29,95 €, ISBN 978-3-86726-022-0
- ▶ Zeise L.: **Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft.** Papyrossa, Köln 2009, 196 S., 14,90 €, ISBN 978-3-89438-396-1

Impressum

umwelt aktuell April 2009
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jgj], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Florian Noto [fn], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anna-Katharina Albold [aka], Anne Schweitzer [ans], Sara Becker [sb]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Titelfoto:** DLR **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de **Anzeigen:** oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Zeitschrift Natur und Landschaft bei.



TERMINE

APRIL

19.–21.04.,
Göteborg (S)

**4th International
Conference on Future
Urban Transport**

► FUT, Tel. +46

(0)70 / 6561232, E-Mail: fut2009@fut.se, www.fut.se

21.04., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)
**Grüne Doppik. Was sind öffentliche Freiflächen in
Stadt und Landschaft wert?** Seminar

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz,
Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, www.nna.de

22.04., Offenbach (D)

Artenschutz in Fachplanungen. Workshop

► Umweltinstitut, Tel. +49 (0)69 / 810679, E-Mail:
mail@umweltinstitut.de, www.umweltinstitut.de

22.04., Hannover (D)

**Mit Energie gegen die Krise: Kursbestimmungen
zwischen globalen und hausgemachten Risiken**

► INEP, Tel. +49 (0)4224 / 140-566, E-Mail: info@
inep-institut.org, www.inep-institut.org (Aktuelles)

22.–23.04., Tutzing am Starnberger See (D)

**Biomasse energetisch nutzen – aber
umweltverträglich.** Tagung

► Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)8158 /
251146, Fax 996443, E-Mail: programme@ev-
akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

22.–24.04., Brüssel (B)

Internationale Klima-Bündnis-Konferenz 2009

► Energie-Cités, Nathalie Moroge, Besançon (F),
Tel. +33 (0)381 / 653681, www.klimabuendnis.org

24.04., Wien (A)

Neobiota und Klimawandel. Tagung

► Umweltbundesamt, Dr. Wolfgang Rabitsch, Tel.
+43 (0)1 / 31304-3340, E-Mail: wolfgang.rabitsch@
umweltbundesamt.at, www.umweltbundesamt.at

24.–25.04., Luzern (CH)

**5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien
Regionen. Food and Democracy**

► SAG, Tel. +41 (0)44 / 2622577, E-Mail: info@
foodanddemocracy.org, www.gmo-free-regions.org

24.–26.04., Berlin (D)

McPlanet.com 2009. Game Over – Neustart

► Kongressbüro, Tel. +49 (0)30 / 21502601,
E-Mail: info@mcplanet.com, www.mcplanet.com

26.–28.04., Meißen bei Dresden (D)

Keine Ökologie ohne Gerechtigkeit. Tagung

► Evangelische Akademie, Dr. Bettina Musiolek, Tel.
+49 (0)3521 / 4706-16, E-Mail: bettina.musiolek@ev-
akademie-meissen.de, www.ev-akademie-meissen.de

27.–28.04., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

**Ist die Rolle klar, macht die Arbeit Spaß! Stärkung
der Selbstkompetenz für GruppenleiterInnen im
Bereich Naturschutz und Umweltbildung.** Seminar

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz,
Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, Fax -95, www.nna.de

27.–30.04., Insel Vilm bei Rügen (D)

Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog.

Grünland im Umbruch. Tagung

► BfN, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86112,
E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de www.bfn.de

28.04., Bonn (D)

Ökostrom mit Umweltnutzen. Seminar

► Grüner Strom Label, Tel. +49 (0)228 / 28914-49,
Fax -48, E-Mail: info@gruenerstromlabel.de,
www.gruenerstromlabel.de

30.04., Rauenstein/Thüringen (D)

Grundwasser- und Höhlenschutz in Deutschland.

Seminar

► VdHK, Bärbel Vogel, Ramsau, Tel. +49 (0)8657 /
983787, E-Mail: b.w.vogel@gmx.de, www.vdhk.de

30.04.–02.05., Tutzing am Starnberger See (D)

Zeitpolitische Perspektiven postfossiler Mobilität

► Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)8158 / 251-
146, Fax 996443, E-Mail: programme@ev-akademie-
tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

MAI

04.–15.05., New York (USA)

**17th Session of the Commission on Sustainable
Development (CSD17)**

► United Nations, Tel. +1 (0)212 / 963-8102,
Fax -4260, www.un.org

08.–09.05., Berlin (D)

**Konsum Macht Politik. Lifestyle, neue
Bescheidenheit und Weltverantwortung.** Tagung

► Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)30 / 20355-
500, E-Mail: eazb@eaberlin.de, www.eaberlin.de

08.–09.05., Berlin (D)

1. Karriereforum erneuerbare Energien. Fachmesse

► eEnergy, Doris Müller, Tel. +49 (0)30 / 65075730,
E-Mail: info@eenergy.de, www.eenergy.de

11.05., Bonn (D)

Die Umsetzung der Europäischen

Wasserrahmenrichtlinie

► Bundesumweltministerium, Rita Heinen,
E-Mail: rita.heinen@bmu.bund.de, www.bmu.de

12.–13.05., Hannover (D)

Paradigmenwechsel in der Regulatorischen

Toxikologie. Workshop

► FoBiG, Dr. Fritz Kalberlah, Freiburg/Br.,
E-Mail: fritz.kalberlah@fobig.de, www.fobig.de

12.–15.05., Brüssel (B)

Re-cycling cities. Velo-city 2009. Kongress

► ECF, Tel. +32 (0)2 / 3739207, E-Mail: info@
velo-city2009.com, www.velo-city2009.com

13.–15.05., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Energieerzeugung vor Ernährungssicherung?

► Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller,
Tel. +49 (0)5766 / 81-0, Fax -900, E-Mail:
monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

13.–15.05., Donostia-San Sebastián (E)

European Conference on Mobility Management

► ECOMM, Karl-Heinz Posch, Graz, Tel. +43 (0)316 /
810451-26, www.ecomm2009.eu

14.–17.05., Linz (A)

**Subversiv Messe, Fachmesse für Gegenkultur und
Widerstandstechnologien**

► Social Impact/Linz09, Tel. +43 (0)732 /
773142-23, Fax -35, E-Mail: kb@social-impact.at,
www.subversivmesse.net

15.–16.05., Gelsenkirchen (D)

5. Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien

► Wissenschaftsladen Bonn, Tel. +49 (0)228 /
20161-23, -24, Fax -11, E-Mail:
info@jobmesse-ee.de, www.jobmesse-ee.de

18.–20.05., Brüssel (B)

Nitrogen Deposition and Natura 2000. Workshop

► ECN, Petten (NL), Tel. +31 (0)224 / 564155,
E-Mail: erisman@ecn.nl, http://cost729.ceh.ac.uk

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Bundesweites Kindergartenprojekt

Leuchtpol: Energie und Umwelt neu erleben

Der größte Fachverband für Umweltbildung in Deutschland, die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e. V. (ANU), startet mit „Leuchtpol – Energie und Umwelt neu erleben“ das bisher umfangreichste Nachhaltigkeits- und Bildungsprojekt im Elementarbereich in Deutschland.

□ Strom kommt aus der Steckdose, die Heizung spendet Wärme, das Auto fährt, wenn es aufgetankt ist, und warmes Wasser fließt, wenn der Wasserhahn aufgedreht wird. Kinder sind vertraut mit Energie, Wasser, Licht und Motorkraft. Für sie gehört die Verwendung von Energie zum Alltag. Was allerdings dafür getan werden muss, damit die Wohnung warm und der Flur beleuchtet ist und welche globalen Folgen mit der derzeitigen Energienutzung verbunden sind, bleibt nicht nur Kindern häufig verschlossen.

Neugier und Forschergeist wecken

Dass Energie etwas Besonderes ist, wird uns dann erst bewusst, wenn sie fehlt. Neugier und Forschergeist der Kinder werden geweckt, wenn zum Beispiel das Licht einmal ausfällt – oder die Kita einen Tag den Strom absichtlich abschaltet: als Experiment. Diese Ausnahmesituation fordert die Kinder und lässt sie aktiv werden, herumlaufen, Lichtschalter ausprobieren und gemeinsam überlegen, was man tun kann, um Licht in den Raum zu bringen. Ein weiteres Projekt schickt Kinder als „Energiedetektive“ auf den Weg, um kalte und warme Orte und Gegenstände in ihrem Kindergarten zu suchen und diese dann mit farbigen Klebestreifen zu markieren. Was es da alles zu entdecken gibt: Heizkörper, Kochherd, Warmwasser-Aquarium, Kerzen, Teekanne, Wärmflasche, Sonnenplätze am Fenster.

Bedarfe in der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen

Viele ErzieherInnen sind da bald überfordert. Die große Vielfalt an Aus- und Wei-

terbildungsgängen trägt nur noch mehr zur Verunsicherung bei. Internationale Vergleichsstudien wie PISA oder IGLU haben gezeigt, dass Kitas noch viel zu selten als Bildungseinrichtung für Kinder verstanden werden. Ute Stoltenberg, Professorin am Institut für integrative Studien (infi) der Leuphana-Universität Lüneburg, stellte in einer aktuellen Studie fest, dass die Bildungspläne der meisten Bundesländer für den Elementarbereich kaum zufriedenstellende Konzepte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung aufweisen. Damit Kinder lernen, komplex zu denken, sind natur- und sozialwissenschaftliche Denkweisen und Methoden bei den ErzieherInnen nötig. Das Ziel darf nicht die bloße Wissensvermittlung sein, sondern der Aufbau einer Persönlichkeit, die sich ermutigt und fähig fühlt, das eigene Leben mitzugestalten, und die über Wissen und Kompetenzen verfügt, dies im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu tun.

Konzepte für die Elementarbildung

Hier setzt das neue Projekt „Leuchtpol“ der ANU an. Es zeigt, wie Kinder wichtige Basiskompetenzen erlangen und wie sie einen verantwortungsvollen, sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Nutzung von Energie erlernen. Leuchtpol bietet kostenfreie Fortbildungen an, die der Professionalisierung im Elementarbereich dienen. Bei erfolgreicher Teilnahme erhalten die ErzieherInnen ein Zertifikat. Alle teilnehmenden Einrichtungen bekommen erprobte Materialien und Anregungen für die Praxis sowie Unterstützung durch ExpertInnen bei der Ausgestaltung eines

eigenen Konzepts. Bis Ende 2012 sollen sich etwa zehn Prozent aller Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland – etwa 4.000 Einrichtungen insgesamt – an dem Projekt beteiligen. Dadurch werden mehr als 16.000 ErzieherInnen und 320.000 Kinder erreicht. Zugleich sollen Forschung, wissenschaftliche Erkenntnisse und Expertendiskussion über Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich vorangebracht werden. Bundesländer und private Träger werden aufgefordert, das Konzept in die Bildungspläne und die reguläre Ausbildung von ErzieherInnen zu integrieren.

Die Erfahrungen der ANU fließen in das Projekt ein

Für die Umsetzung dieses bundesweiten Projektes wurde Ende 2008 die „Leuchtpol gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung von Umweltbildung im Elementarbereich mbH“ mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet. Alleinige Gesellschafterin ist der ANU Bundesverband e.V. Als Dachverband mit rund 700 Umweltzentren und freien Anbietern kann die ANU auf langjährige Erfahrungen ihrer Mitglieder zurückgreifen. Neben der zentralen Geschäftsführung wird die Gesellschaft ihre Aufgaben in acht bundesweit verteilten Regionalbüros umsetzen. Ein Kuratorium und die wissenschaftliche Begleitung durch Prof. Dr. Ute Stoltenberg sichern das Projekt ab. Leuchtpol versteht sich als Beitrag zur weltweiten UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung von 2005 bis 2014.

Förderung durch die Eon AG

Die Leuchtpol gGmbH wird von der Eon AG im Rahmen ihrer Corporate-Responsibility-Aktivitäten gefördert. In Deutschland ist dieses Projekt von der finanziellen Ausstattung her einzigartig. Allerdings sind Teile der Öffentlichkeit – insbesondere in einigen Umweltverbänden – skeptisch, da der global aufgestellte Konzern aufgrund seiner Position am Markt sowie der Konzernpolitik öffentlich in der Kritik steht. Unter anderem strebt Eon nach einer Laufzeitverlängerung für AKWs und dem Bau neuer Kohlekraftwerke. Die

ANU versteht die Zusammenarbeit mit Eon jedoch als ein typisches Vorgehen auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung: Ungleiche Akteure aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern suchen nach gemeinsamen Vorhaben, die zu Win-win-Situationen führen und Nachhaltigkeit stärken.

Die ANU hat bereits 2007 eine Grundsatzposition zu Sponsoring verabschiedet, die eine hohe Transparenz und Glaubwürdigkeit im Hinblick auf die pädagogische Unabhängigkeit bei der Umsetzung gewährt. Mit Eon wurde ein Marketing- und Werbeverbot in den Kindergärten und bei den Fortbildungen vereinbart. Durch die kontinuierliche und intensive Kommunikation mit Gegnern wie Befürwortern des Projekts wollen die ANU und die Projektgesellschaft zeigen, dass es ein Bewusstsein für Stolpersteine und Grenzen gibt und dass sie die konstruktiv-kritische Begleitung begrüßen. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ Leuchtpol gGmbH, Geschäftsführer Albrecht W. Hoffmann, Frankfurt am Main, Tel +49 (0)69 / 310192-0, E-Mail: a.w.hoffmann@leuchtpol.de, www.leuchtpol.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern plant landesweite Energieaktionswoche

□ Die ANU Bayern hat ihren Internetauftritt komplett neu gestaltet. Dort ruft die ANU alle Träger der Marke „Umweltbildung.Bayern“ zur Beteiligung an einer Aktionswoche zum Thema Energie auf, dem Jahresschwerpunkt der UN-Dekade. Gesucht werden Aktivitäten in der Zeit vom 11. bis 19. Juli. Als Auftakt ist ein bayernweiter Aktionstag geplant. Am Ende des Jahres findet eine Fachveranstaltung statt. Die ANU Bayern knüpft damit an die erfolgreiche Kampagne „WasSerleben 2008“ an. Veranstaltungen zum Thema Energie können schon im Veranstaltungskalender des Umweltministeriums veröffentlicht werden.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de
- ▷ www.umweltbildung.bayern.de/aktionen

Neue Umweltbildungszentren dank Konjunkturpaket II

□ Im Februar hat die Bundesregierung das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik vorgelegt. Insgesamt 50 Milliarden Euro stehen für Investitionen sowie für Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger bereit. Zehn Milliarden davon sind für eine Bildungs-offensive und die Förderung kommunaler Infrastruktur vorgesehen. Davon wiederum sollen 6,5 Milliarden Euro in den Ausbau von Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern und den Städtebau fließen. Die Kommunen können geplante Investitionen vorziehen, beispielsweise bei Kindergärten, Schulen und Hochschulen – aber auch im Bereich der Umweltbildung.

- ▷ www.bundesregierung.de (Suche: Konjunkturpaket)

Wie die Länder die Mittel verteilen, wird derzeit in den Parlamenten entschieden. Hier drei Beispiele:

Beispiel NRW: Kommunen erhalten Pauschale

□ In Nordrhein-Westfalen stehen für 2009 und 2010 insgesamt fast drei Milliarden Euro zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung. Die Landesregierung in Düsseldorf beschloss in ihrem sogenannten Zukunftsinvestitionsgesetz einen „Zukunftspakt für die Kommunen“. Den Kommunen des Landes werden demnach nach einem bestimmten Schlüssel pauschal insgesamt 2,38 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, der Rest geht an die Hochschulen. Höchste Zeit also für die Träger der Umweltbildung, bei den Kommunen mit ihren Vorhaben vorstellig zu werden.

- ▷ www.im.nrw.de/bue/359.htm

Beispiel Bayern: Zehn Millionen für die Umweltbildung

□ In Bayern hat die Regierung bereits Mitte Februar beschlossen, die Umweltbildung mit fast zehn Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zu fördern. Rund die Hälfte davon soll in das Projekt „Grünes

In memoriam Gerhard Winkel

Dr. Gerhard Winkel war ohne Zweifel eine der wichtigsten Personen für die Umweltbildung und Umweltzentren in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Er arbeitete zunächst als Lehrer an einer Versuchsschule, wirkte in Bildungsausschüssen mit, betrieb internationale pädagogische Forschung und setzte sich dann als Abteilungsleiter in der Schulverwaltung Hannover erfolgreich für die Gründung des dortigen Schulbiologiezentrums ein. Als dessen Leiter entwickelte er die Schulgartenarbeit zur Naturschutzerziehung und gestaltete die Grundlinien moderner Umweltbildung. Gerhard Winkel war Verfasser zahlreicher Publikationen, darunter das „Schulgarten-Handbuch“ und „Umwelt und Bildung“. Als Gründer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Unterricht Biologie“ wirkte er als Mentor und Motor der Umweltzentren-Bewegung der 80er-Jahre. Unermüdlich und zugleich bedacht setzte er sich für einen bundesweiten Zusammenschluss der Umweltzentren ein und war einer der Gründungsväter der Bundes-ANU und des ANU-Landesverbands Niedersachsen. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland und die Ehrendoktorwürde der Universität Flensburg. Bis zuletzt arbeitete er als Vorstandsmitglied im Verein zur Förderung des Schulbiologiezentrums mit. Gerhard Winkel verstarb am 10. Februar im Alter von 82 Jahren.

Klassenzimmer“ in der Rhön fließen. Die Rhön war vor 30 Jahren das erste Unesco-Biosphärenreservat in Deutschland. Nun soll in Oberelsbach im bayerischen Teil des Schutzgebietes ein neues Umweltbildungszentrum entstehen, das die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie demonstriert und das öffentliche Bewusstsein für die Biosphärenreservate stärkt. Das neue Haus wäre neben dem Haus der Wildnis im Bayerischen Wald und dem Haus der Berge in Berchtesgaden das dritte große Zentrum in Bayern.

- ▷ www.rhoen-aktuell.de, www.mainpost.de

Beispiel Hamburg: Zwei neue Umweltbildungszentren geplant

□ Auch Hamburg nutzt das Konjunkturprogramm der Bundesregierung zur Förderung der Umweltbildung. Der Senat beschloss mit der Drucksache 19/2250 „Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 – Nachhaltiges Wachstum“, für das geplante neue „Haus des Waldes“ der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald vier Millionen Euro bereitzustellen. Für weitere vier Millionen Euro soll das ehemalige Wasserwerk auf der Elbinsel Kaltehofe unter Erhalt des kulturhistorisch wertvollen Industrieensembles zu einem Ort der Umweltbildung mit hoher Freiraumqualität umgestaltet werden.

▷ www.buergerschaft-hh.de/parldok

THEMA: KLIMAWANDEL – KLIMASCHUTZ

Klimaschutz im Unterricht – aber nicht im Schulalltag

□ Das Thema Klimaschutz ist im Unterricht angekommen, nicht jedoch im Schulalltag. Das ist das Ergebnis einer nicht repräsentativen Umfrage, die das Umweltbüro Nord e.V. aus Stralsund bei Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen der Fachtagungen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in mehreren Bundesländern durchgeführt hat. Klimaschutz und Klimawandel werden demnach im Unterricht zwar ebenso behandelt wie die Beziehungen zum persönlichen Lebensstil oder innovative Technologien. Die politische Dimension des Klimaschutzes oder die Vermittlung von Handlungskompetenzen werden aber allgemein als Defizit der eigenen Bildungsarbeit eingeschätzt. Auch die Integration des Klimaschutzes in den Schulalltag sei noch mangelhaft. So wissen viele Lehrer zum Beispiel nicht, wie viel Geld ihre Schule für Energie ausgibt, welche Kollegen das Thema Klimaschutz in anderen Fächern behandeln oder ob es an ihrer Schule ein spezielles Umweltteam gibt.

▷ www.umweltschulen.de/klima/klimawaage.html

Messe „Bildungsforum Erneuerbare Energien“

□ Klimaschutz ist auch wirtschaftlich eine lohnende Zukunftsinvestition. Experten rechnen bis 2010 im Sektor der erneuerbaren Energien mit 40 Prozent Beschäftigungszuwachs. Bis 2020 sollen sogar bis zu 500.000 Arbeitsplätze entstehen. In der Bildung wird das Thema aber oft nur ungenügend vermittelt. In den Bildungsplänen von 290 Ausbildungsberufen fehlen Energie und Energieeffizienz komplett. In allgemeinbildenden Schulen wird das Thema meist an den Erdkunde- oder Physiklehrer abgeschoben. Die Solarsupport-Studie des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin stellte fest, dass es in der Stadt zwar mehr als 100 Solardächer auf Schulen gibt, aber kaum betreuende Lehrer und Schüler-AGs. Erstmals findet auf der Freiburger Messe Local Renewables 2009 ein Bildungsforum für Erneuerbare Energien statt. Es stellt vom 27. bis 29. April pädagogisches Material und Good-practise-Beispiele aus Schule und Universität vor. Auch über bildungspolitische Forderungen kann diskutiert werden.

▷ www.solarbildung2009.de

Werden Sie Energiesparlampen-UnternehmerIn

□ Die Projektwerkstatt GmbH spart durch radikale Vereinfachungen Handelsstufen, Materialien und Wege ein. Bekannt ist etwa die Teekampagne, durch die Darjeeling-Tee sehr viel preisgünstiger wurde. Die neue CO₂-Kampagne wendet das Prinzip auf hochwertige Energiesparlampen an und will durch große Einkaufsmengen hohe Qualität zu günstigen Preisen ermöglichen. Wer eine eigene Webseite besitzt, kann dort ein Fenster freischalten und mit der CO₂-Kampagne verlinken. Über einen Zähler wird angezeigt, wie viele Energiesparlampen über die Webseite verkauft wurden. Beim Verkauf eines Zehnerpacks Lampen für 26 Euro werden 1,30 Euro angerechnet. Die Verwaltungsarbeit und Abrechnung übernimmt die Projektwerkstatt GmbH in Potsdam.

▷ www.co2kampagne.de

Europäischer Tag der Sonne 2009

□ Am 15. und 16. Mai findet erneut der Europäische Tag der Sonne statt, der sich von Österreich aus zu einer internationalen Aktion in halb Europa ausgeweitet hat. Er soll auf Solarenergienutzung als Alternative zu Öl und Gas aufmerksam machen. Das Programm „klima:aktiv solarwärme“ unterstützt – weitgehend kostenlos – teilnehmende Gemeinden, Betriebe und Schulen mit Informationsmaterial, Flyern, Plakaten, Transparenten, T-Shirts, Luftballons, Solar-DVD und vielem mehr. Für Schulen gibt es kostenlose praxiserprobte Unterrichtshilfen. Alle Aktivitäten beim Europäischen Tag der Sonne werden in einem Online-Veranstaltungskalender gesammelt und in den Medien beworben.

▷ www.klimaaktiv.at

Klima-Wanderweg im Engadin

□ Einen der schönsten Wanderwege im Oberengadin in der Schweiz kann man nun im Internet virtuell erleben und dabei viel über den Klimawandel lernen. Unterwegs geben 18 Themenstationen über Wetter, Klima und deren Wirkung auf das Relief Auskunft. Erfolgreich bestandene Lernkontrollen bestätigen den Teilnehmenden das Überwinden von insgesamt 400 Höhenmetern.

▷ www.klimaweg.ethz.ch

Linksammlung zu erneuerbaren Energien

□ Ein Ziel des Forschungsvorhabens powerado ist die bessere Kommunikation von Bildungsangeboten zu erneuerbaren Energien für Kinder und Jugendliche. Zwar gibt es diese, sie sind aber nicht immer leicht zu finden. Eine umfangreiche Auswahl bietet die Internetseite des Projekts. Sie versammelt unter anderem Materialdatenbanken, Lehrerfort- und -weiterbildungsinstitute, universitäre Einrichtungen, Kultus- und Umweltministerien, Umweltbildungszentren, Projekte aus Schulen, Handwerk und Berufsausbildung.

▷ <http://powerado.visual-programming.net>

Fifty-fifty-Aktion für mehr Taschengeld

□ Jugendliche, die sich an der Schweizer Energiesparaktion für mehr Taschengeld „50:50“ beteiligt haben, verpflichteten sich, zu Hause Energie zu sparen. Grundidee der Aktion ist ein Vertrag, nach dem der Sparerlös zwischen Eltern und Jugendlichen aufgeteilt wird. Am Ende des Projekts im kommenden Mai werden unter den erfolgreichsten Energiesparern Preise verlost.

▷ www.5050.ch

Wetterfrosch und Wolkenschloss

□ Wer mit Kindern das Wetter verstehen und das Klima schützen will, findet hier reichlich Anregungen. Auf verständliche Weise erläutern die AutorInnen die Grundlagen von Wetter und Klima, vermitteln Wissenswertes über unsere Energielieferanten und stellen Zusammenhänge her. Viele erprobte und einige neu entwickelte Experimente und Spielideen bieten Anregungen zum Spielen, Singen, Erzählen und Lernen. Das Buch soll auch Erwachsene anregen und enthält eine Technikcheckliste sowie nützliche Tipps für einen klimafreundlichen Lebensstil – wirkt dadurch aber auch leicht leselastig. Als Praxisbuch leistet es einen wichtigen Beitrag zur Bildungsoffensive der staatlichen Umweltbildungsstätten gegen die Wissenserosion in Sachen Natur.

▷ Blessing, K. u. a.: Wetterfrosch und Wolkenschloss. Mit Kindern Wetter verstehen und Klima schützen, Hirzel, Stuttgart 2009, 216 S., 14,80 €, ISBN 978-3-7776-1647-6

Broschüre stellt Nord-Süd-Schulpartnerschaften vor

□ Schulpartnerschaften zwischen Nord und Süd vermitteln Jugendlichen nicht nur Wissen über die globale Entwicklung, internationale Verflechtungen oder Klimaschutz. Sie ermöglichen auch praktische Erfahrungen im Konsumverhalten oder beim Ressourcenschutz. Die vom Umweltministerium Schleswig-Holstein herausgegebene Broschüre „Nord-Süd-Schulpartnerschaft – wie geht das?“ enthält

Bausteine für den Aufbau einer solchen Partnerschaft, bundesweite Adressen und Internetlinks zur Beratung sowie ein Plan-spiel, mit dem die Bereitschaft zum Aufbau einer Partnerschaft erprobt werden kann.

▷ Bezug: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Kiel, Tel. +49 (0)431 / 988-7146, broschuere@mlur.landsh.de

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

02.–05.04., Stuttgart (D)

Wissenshunger. Wie unsere Ernährung das Klima beeinflusst. Symposium und Ausstellung als Beitrag zur Slow Food Messe 2009

▷ www.wissenshunger.info
▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

17.–19.04., Bremen (D)

Grünschnitt. Collagentechnik mit Naturmaterialien

▷ www.naturarte-wenerhenkel.de

18.–19.04., Göttingen (D)

Räuberbrücke, Kletterberg, Waldkarussell. Naturerfahrung und Psychomotorik

▷ www.naturschule-freiburg.de

18.–19.04., Bülach bei Zürich (CH)

Internationaler GLOBE-Workshop zum Thema Boden

▷ www.globe-swiss.ch (Neue Webseite – Themen)

19.–21.04., Opole (PL)

9th International Conference on Current Issues of Sustainable Development. Governance and Institutional Change

▷ Universität Opole, Prof. Joost Platje, E-Mail: jplatje@uni.opole.pl, www.beids.de

21.04., Essen (D)

Einmal Wildnis und zurück. Treffen des umweltpädagogischen Arbeitskreises Westfalen

▷ ANU NRW, Suse Stahlschmidt, Bochum, Tel. +49 (0)234 / 90485-62, Fax -65, E-Mail: s.stahlschmidt@versanet.de

22.–24.04., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Naturinterpretation – die Brücke zum Besucher

▷ www.nna.de

23.04., Dortmund (D)

Runder Tisch Umweltbildung Nordrhein-Westfalen

▷ www.nua.nrw.de

25.04., Wallenhorst bei Osnabrück (D)

Die Kraft der 4 Elemente Erde, Wasser, Feuer, Luft – spüren! Thema Wasser. Seminar

▷ www.naturerlebnisbuero-bicker.de

27.–29.04., Freiburg/Br. (D)

1. Bildungsforum Erneuerbare Energien.

Bundesweite Fachtagung

▷ www.solarbildung2009.de

28.04., München (D)

Spiel, Spannung und Erleben! Erlebnis-pädagogische Dynamik in Workshops und Schulklassenprojekten

▷ ÖBZ, www.umweltbildung-in-bayern.de

29.04., Flintbek bei Kiel (D)

So wird Bildung zum Erlebnis. Erlebnisplanung informeller Bildung

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

08.–10.05., Deinsdorf bei Nürnberg (D)

Mit Kindern und Märchen in der Natur

▷ www.naturschule-freiburg.de

10.–15.05., Montréal (CDN)

5th World Environmental Education Congress

▷ www.5weec.org

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber



Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich), jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleier-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de